

# MECKLENBURGER AUFBRUCH

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG • SONDERAUSGABE

## Denk' ich an Deutschland...

Mit einer sehr persönlichen Rückschau der 2016 verstorbenen Regine Marquardt auf erfahrene 40 Jahre DDR eröffnete am letzten Tag des Jahres 1989 der Mecklenburger Aufbruch. Es entstand eine Wochenzeitung als Begleitung des Wandels, selbstkritisch und selbstbewusst, eine echte Standortbestimmung. Am Ende des Jahrgangs 1990 hieß es dann optimistisch: „Der Mecklenburger Aufbruch soll bleiben, für was Günter Grass ihn hält: ein Dokument der Zeitgeschichte, ohne Vergangenheit aber mit Zukunft.“ Die Zukunft, das waren dreieinhalb Jahre, in der die Zeitung ihren Beitrag im Gespräch zwischen Ost und West und der Wiederentdeckung von Heimat leisten konnte, die dann bald Mecklenburg – Vorpommern hieß.

Holger Marquardt

Denk' ich an Deutschland, dann fallen mir die letzten vierzig Jahre ein, mein ganzes Leben in der DDR. Aufgewachsen mit der Forderung: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Ahnungslos verspielte ich die 50er Jahre. Sie endeten, als wir morgens in der Schule durchzählten, wie viele sind heute Nacht „abgehauen“. Ich lernte schreiben, rechnen und heucheln – abends wurde die Antenne auf Westen gedreht.

Die Mauer wurde gebaut. Der Lehrer sagt: „Antifaschistischer Schutzwall“. Das schluckten wir, wir wurden also geschützt. In den Jahren danach spürten wir, unser Land kam zur Ruhe. Wunden heilten. Wir ertrugen all die Demütigungen unseres Lebens. Wir wussten, Frieden verlangt einen hohen Preis.

Irgendwer musste diesen Preis zahlen für das, was unsere Väter getan. Erwachsen geworden, beginnt eine neue Ära im Land. Ulbricht ist entmachteter. Stalin ein Mythos – soweit entfernt von unserem Leben wie Iwan der Schreckliche, oder doch fast. In der Kultur ein neuer Wind. Die Wirtschaft relativ gesund, wir atmen auf.

In der DDR leben heißt für viele leben in der besseren, der möglichen Welt. Kannten wir eine andere? Doch statt der erhofften Öffnung wird es eng in dieser vermeintlich besseren Welt. Der Staat, der große Vater, lehrt uns Mores – wer nicht hören will muss spüren! Der Vater hat viele Helfer bei der Erziehung – die Angst, jeder könnte mein Feind sein. Die Wunde bricht auf, beginnt zu bluten. Biermann, Krug,



FOTO: PATRICK PLEUL/DPA

Kunze, Kunert, Domrose... So beginnen die 80er Jahre. In Amerika ein Cowboy im Weißen Haus, im Osten ein Greis. Eiskalt wird der russische Bär in die Knie gezwungen, kaputtgerüstet. Die Rechnung geht auf. Dann die Hoffnung mit Michael Gorbatschow! Und unsere Staatsführung? Sie tut so, als dringen die Zeichen der Zeit nicht an ihr Ohr. Sie merkt nicht, dass es bergab geht im Land? Sie merkt es nicht?

Und wir, das Volk? Wir gehen weiter zur Wahl. Haben wir uns wenigstens geschämt: wir, die wir unsere Väter fragten: „Was habt ihr getan?“ Wir sind erwachsen, haben Kinder und leben ihnen vor. Seid still, fallt nicht auf! Die da oben wissen schon was sie tun! Der kleine Mann kann nichts tun!

So erleichtert man sich in Deutschland das Gewissen, seit Jahrzehnten, seit Jahrhunderten – es steckt uns vielleicht in den Genen. Es kam die Empörung in uns hoch, wenn wir sahen, wie scheinbar leicht und unbeschwert unsere Brüder und Schwestern im Westen lebten! So hätten wir es auch gerne für uns. Wir hatten es dann satt, den Preis zu zahlen für die Schuld unserer Väter. Wir merkten, unser Leben geht vorüber und so viele Wünsche bleiben offen.

Dann der Sommer 1989. Ich sitze vor dem Fernseher. Fassungslos, wie gelähmt, Tausende verlassen das Land. Freunde sind darunter. Ich bleibe zurück, wie in einem Boot ohne Führung... die da oben tun nichts. Honecker,

ein greiser kranker Mann, klebt an seiner Macht. Sein Hofstaat handelt nach dem Wahlspruch: Wenn der Tyrann schläft, geht man auf Zehenspitzen. Wer ihn weckt, wird bestraft. Es wird Geburtstag gefeiert mit allen Brutalitäten der Macht, das Volk soll jubeln. Das Volk jubelt nicht, es steht auf.

Endlich, so tief gedemütigt, dass es sich empört über die Arroganz und Ignoranz der Macht. Wir wurden geprügelt in den aufrechten Gang. Nach Jahrzehnten finden wir die Sprache wieder, erst im Schutz der Kirchen, dann gehen wir auf die Straßen. Wir entledigen uns der alten morbiden Macht der Greise.

Dann geht alles in atemberaubendem Tempo: Enthüllungen! Wir haben es immer geahnt – wer

etwas anderes behauptet, ist unehrlich – „die da oben“ waren skrupellose Egoisten. Sie handelten nach den Gesetzen einer mafiosen Vereinigung. Wen wundert's, wenn nun mehr zerbricht als eine Cliqueswirtschaft?

Und wir? Wir, die wir von der Wiege bis zur Bahre in dem sozialen Netz gehalten waren, wie werden wir nun damit fertig, ohne diese „Obhut“ zu leben? Wir sind hinausgestoßen, in eine raue Wirklichkeit. Sind wir dem gewachsen?

Wir leben in dem einen Teil des einen Volkes, wo nichts glitzert. Wir müssen mit all dem Erbe der Vergangenheit fertig werden – wir sind nämlich ein Teil dieser Erbschaft, die angetreten sein will. Es scheint uns jetzt so phantastisch einfach, den Verlockungen des Wohlstands zu folgen. Doch sind wir der Teil Deutschlands, der noch einmal die Chance hat, neu zu beginnen.

Wir dürfen uns helfen lassen, denn wir haben den anderen Deutschen auch geholfen, ideell und materiell: Wir haben die gemeinsame deutsche Schuld getragen. Wir haben das mühevoller getan als die Bürger der anderen deutschen Republik. Wir haben unser Land aufgebaut, sehr unvollkommen, aber ohne Marshall-Plan. Im Gegenteil, wir zahlten hohe Reparationen. Darüber hinaus versorgten wir die westdeutsche Wirtschaft mit gut ausgebildeten, hoch motivierten Fachkräften – es waren drei Millionen Menschen, die wir verloren haben.

Darum gibt es keinen Grund für falsche Bescheidenheit! Wenn es uns gelingt, in dem nächsten Jahrzehnt unsere Wirtschaft zu sanieren, wird das gesplittete Land ein Land in Europa sein. Der Weg dahin? Eine Vertragsgemeinschaft, dann wahrscheinlich eine Konföderation... aber das wird morgen entschieden.

Heute haben wir uns jedes nationale Hochgefühl zu verbieten, wir leben nämlich nicht allein auf der Welt. Die Wunden des Krieges unserer Väter heilen langsam, aber die Geschichte lehrte Angst vor Deutschland. Diese Angst können, dürfen wir nicht wieder selbstherrlich übergehen. Denk' ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich wach, hellwach.

Ich wünsche uns eine gemeinsame Zukunft, die gut ist für die Welt, in der es sich zu leben lohnt.

Regine Marquardt, 31. 12. 1989  
gekürzter Beitrag

## Erinnern

„Ja, warum nicht?...“ fragt Dr. Ulrike Petschulat, ehemalige Geschäftsführerin der Stiftung Mecklenburg

# Zum Geleit

Warum die Stiftung Mecklenburg eine Sonderausgabe zum 30. Jahrestag des Ersterscheinens des Mecklenburger Aufbruch herausbringt? Ja warum nicht? Unser Mecklenburg und wir Bewohner stehen bei beiden unbestritten im Zentrum. Die Stiftung Mecklenburg hat sich seit ihrer Gründung genau darum gekümmert.

Beim Mecklenburger Aufbruch stand dreieinhalb Jahre lang jede Woche ebenso das Geschehen in unserem Land und das Menschliche im Fokus. Er ist durch die von

STIFTUNG MECKLENBURG

STIFTUNG MECKLENBURG che Themen erhitzen die Gemüter? Welche kleinen und heftigen Umbrüche markierten die Zeit? Bei allem ganz wichtig ist mir die Frage, wo hat es sich gelohnt aufzubrechen, wo hat es eine tolle oder wenigstens eine zufriedenstellende Entwicklung gegeben? Wartet mancher noch heute auf den Prinzen, der blühende Landschaften zaubert? Oder gibt es Dinge, die ganz genauso schräg laufen wie vor dreißig Jahren?

In den ersten drei Monaten der politischen Umbrüche stand der Himmel offen, wie es eine der Begründerinnen des Neuen Forum in Schwerin formulierte. Eine unglaubliche Energie hat sich durch die ersten Großdemonstrationen auf die teilnehmenden Menschen übertragen und sie beflügelt, miteinander und füreinander da zu sein und gemeinsam in die neue

Zeit aufzubrechen. Das Erleben, das innere Bild und das Gefühl von damals sind fest in mir verwurzelt und motiviert mich auch jetzt noch aufzubrechen. Das Jubiläum ist Anlass, auf die wunderbaren und auf die schwierigen Ereignisse der politischen Wende zurückzublicken. Ein kleines Team kümmerte sich ehrenamtlich seit Anfang des Jahres darum, für diese Sonderausgabe von 24 Seiten Autoren und Inhalte zu finden. Wir wollen ein Stück Geschichte lebendig werden lassen und gleichzeitig nachschauen, was daraus geworden ist. Wel-

Größtes Anliegen der Sonderausgabe aber ist es, Mut zu machen, heute und jetzt und immer wieder aufzustehen gegen Unrecht, gegen Hass und falsche politische Weichenstellungen. Jeder hat die Möglichkeit aufzubrechen, alte Gleise zu verlassen und die Welt ein kleines Stück besser zu machen. Lassen wir uns diese Möglichkeit nicht und von Niemandem nehmen!

auf der Stelle uneingeschränktes Einverständnis. „Erst mal anfangen, wegen der Kosten sehen wir später weiter. In dieser Situation wird der Verlag unter allen Umständen helfen.“ Das erste Treffen fand abends in der damaligen Druckerei in Rendsburg statt. Frau Marquardt erschien mit einem Mitarbeiter, einem Wartburg-Kombi in Fußbodenfarbe, einer Tasche mit vielen Zetteln, angeblich Manuskripte, sowie einigen Landschaftsfotos vom scheinbar unberührt schönen Mecklenburg. Toll. Dar- aus sollte also eine Zeitung werden, der „Mecklenburger Aufbruch“ der Regine Marquardt.

Es wurde eine lange Nacht. Texte wurden abgesetzt, der Umbruch skizziert, Seiten nach Themen und Lese-Abläufen konfiguriert, Überschriften diskutiert, Fotos eingestellt. Irgendwann war aus der Zetelsammlung ein ansehnliches, lesbares Produkt geworden und wurde gedruckt. Die erste Auflage wurde von der begeisterten Herausgeberin und Chefredakteurin mit tiefem, anrührendem Dank in Empfang genommen. Das Blatt kam offenbar zunächst an bei bestimmten Lesern im entstehenden Mecklenburg-Vorpommern. Das waren neue Themen, neuartige Töne, eine

anderer Sprache als das bis dahin gedruckte, kaum zu ertragende Partei-Chinesisch; allerdings auch eine Spur pathetisch-pastoral, sprachlich anspruchsvoll, politisch ganz Aufbruchstimmung und Nachdenklichkeit. Über das Produkt wurde mit der Herausgeberin selbstverständlich laufend diskutiert. Der Anfangserfolg verpuffte nämlich rasch. Der Auflagenrückgang war unübersehbar. Für uns Verlags-Profis und Drucker waren die Produkt-Fehler überdeutlich. Qualitätskriterien, vor allem Marktgesetze waren mit der Herausgeberin schwerlich zu diskutieren. Rasch war die hellwache Anfängerin zur Missionarin mutiert. Auch ein gelegentlicher Hinweis, wie viel der „Aufbruch“ den Verlag regelmäßig kostete, lösten bei der begabten Amateur-Herausgeberin nur ungläubige Verblüffung aus. Schließlich arbeitete sie besten Willens, überzeugt für eine bessere Gesellschaft, in der die Geldfrage noch nicht vorkam. Auch sonst wurde es schwieriger, mit der inzwischen ziemlich selbstbewussten, längst politisierenden Herausgeberin – bald auch gesuchter Talk-Show-Gast auf den Fernsehkanälen – verlegerische Mindestanforderungen zu erarbeiten. Dabei wurde zunehmend klar, aus wie unter-

schiedlichen Welten die heterogenen Partner kamen. Regine Marquardt witterte bei ihren großzügigen Gönnern sogar den Versuch, ihre sauber gedruckten Welt-Betrachtungen zu trivialisieren, womöglich unter wirtschaftlichen Gesetzen. Der Verlag riet zu mehr Lesernähe, praktischeren Themen, kurzum – zu Professionalität und forderte diese eines Tages auch ein. Das ging schief. Das Ende der großen Hilfsaktion war gekommen. Wir trennten uns freundschaftlich. Frau Marquardt krönte ihre politischen Ambitionen mit einem Ministeramt im Schweriner Kabinett. Als Gesellschafterin beim späteren Privat-Radio lernte die studierte Theologin dann auch noch den Segen des Kapitalismus kennen, der in der alten DDR, aber auch von manchen Predigt-Kanzeln bis zur Stunde gelegentlich als Teufelswerk gescholten wird. Markt und Kapitalismus existieren noch. Den „Mecklenburger Aufbruch“ gibt es schon lange nicht mehr.

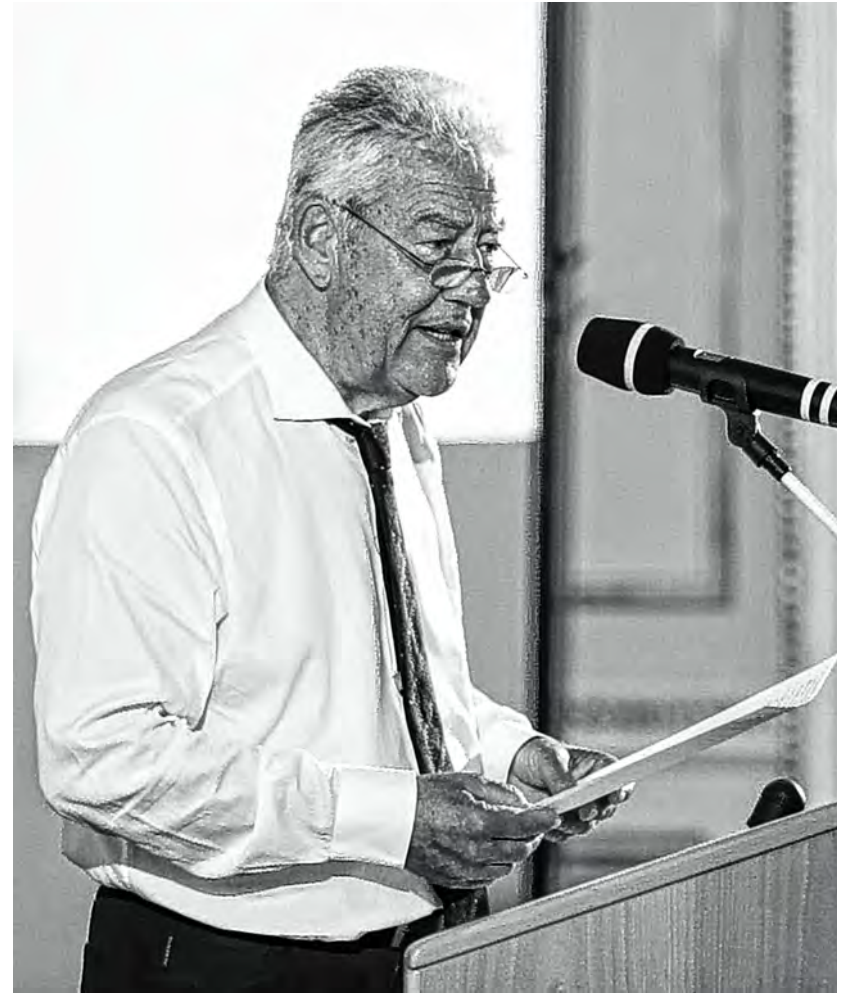
Die sh:z-Herausgeber erklärten

# Ein unerwarteter Besuch

Fast 30 Jahre ist es her, da saß eine junge, engagierte Bürgerrechtlerin aus der DDR auf dem Sofa meines Büros in der Staatskanzlei Schleswig-Holstein: Regine Marquardt! Sie war mir bekannt als Mitglied des Neuen Forums und hatte durch Vermittlung eines Kollegen aus der Landtagsfraktion den direkten Weg zu mir gefunden. Was sie mir dann vorschlug, war so kühn, dass es mir zunächst den Atem verschlug: Sie wollte eine Zeitung herausgeben, eine freie Zeitung für die freie Zukunft im Osten Deutschlands!

Eine grandiose Idee. Nur, wie ein solches Projekt ohne Ressourcen realisieren? Da die Kieler Landesregierung, bei aller Neigung für den Plan, dazu nicht in der Lage war, wurde umgehend ein Kontakt geknüpft zum Verlagschef des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages, Klaus May. Kurz darauf traf er Regine Marquardt, war von ihrem Elan und der Idee einer ersten, unabhängigen und überparteilichen Zeitung, dem „Mecklenburger Aufbruch“, begeistert – und sorgte mit redaktioneller Hilfe und per Rotationsdruck dafür, dass am 30. Dezember 1989 ein Lkw mit 80 000 Zeitungsexemplaren die Grenze bei Lübeck-Schlutup passieren konnte.

Zunächst nur als eine Ausgabe zum Start in die neue Zeit geplant, entstanden dann, durch den unglaublichen Elan Regine Marquardts und ihres Teams, ab Silvester 1989 zahlreiche weitere „Aufbrüche“. Nach fast dreieinhalb Jahren jedoch – und trotz al-



Björn Engholm

FOTO: STIFTUNG MECKLENBURG/OLIVER BORCHERT

lem bis zur Selbstausschöpfung führenden Engagements – war das stolze Projekt am Ende. Probleme mit Druckkapazitäten, das Fehlen eines effektiven Distributionssystems, ständig rückläufige Anzeigenlöse und damit permanenter Finanzmangel machten im Mai 1993 die Einstellung aller Aktivitäten unabwendbar. Vor allem aber, und das stimmte besonders traurig: Die kleine, feine Neu-

gründung einer eigenständigen Zeitung hatte keinerlei Chance gegen die von westdeutschen Verlagen übernommenen und mit frischem Kapital ausgestatteten aufgelagestarken DDR-Blätter. Da schlug die Profitabilität die Leidenschaft aus dem Felde...

Björn Engholm

ehemaliger Ministerpräsident Schleswig-Holstein

# Es wurde eine lange Nacht

Nein, wir mochten sie ganz und gar nicht, die untergegangene DDR, die Verleger Axel Springer bis zu ihrem ruhmlosen Staatsbankrott nur zwischen Anführungszeichen in seinen Blättern duldete. Wieso sollte das sowjetische Besatzungsgebiet, eine kommunistische Diktatur, befestigt wie ein riesiges Zuchthaus, regiert von Dachdecker Erich Honecker, „deutsch“ sein, welche „demokratische Republik“ sollte der SED-Staat eigentlich darstellen? Eine erfolgreiche Sportnation? Selbst die beruhte, gerichts-bekannt, auf kriminellen körperlichen Eingriffen in die Entwicklung Heranwachsender.

Dann beherrschten Montagsdemonstrationen die abendliche Tagesschau, es gab öffentlichen Widerstand jenseits der Elbe, befeuert von historischen Szenen in Prag und Ungarn, wo man die aus hiesiger Sicht eher dümmlichen kommunistischen Parteiparolen offenbar längst satt hatte. Getragen wurde der Aufstand von mutigen, starken Menschen, die es verstanden hatten, dass es jetzt endlich eine reale Chance geben könnte, der miesigen Stasi-überwachten Welt des ersten „Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden“ womöglich eines Tages doch noch le-

gend und nach eigener Wahl zu entkommen.

Unter Umständen sogar das „sozialistische“ System zu demokratisieren. Das war ein Traum weiter denkender Eliten drüben – aus vielen Berufen. Während der Chef der sowjetischen KP, Michail Gorbatschow, seine Abneigung gegen die nach russischer Sitte ausgiebig geküssten Ostberliner Partei-Hohlköpfe nicht einmal verbarg.

Eines Tages erreichte mich aus der Kieler Staatskanzlei ein Anruf. Ich arbeitete für den Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag (sh:z) als Sprecher der Geschäftsführung: Ob wir helfen könnten? Es gebe da eine untriebige, politisch begabte, mit dem Westen einigermaßen vertraute Pastorin, in Carlow, im nahen Grenzgebiet. Die Dame plane eine wirklich freie, für herkömmliche Begriffe dort geradezu revolutionär neuartige Form eines kritisch-nachdenklichen, aufklärerisch-politischen Periodikums herauszubringen. Natürlich besitze sie nichts. Keinen Apparat, kein Geld, keine fachliche Erfahrung, nichts. Man wäre uns deshalb überaus dankbar, wenn wir... usw.

Die sh:z-Herausgeber erklärten

andere Sprache als das bis dahin gedruckte, kaum zu ertragende Partei-Chinesisch; allerdings auch eine Spur pathetisch-pastoral, sprachlich anspruchsvoll, politisch ganz Aufbruchstimmung und Nachdenklichkeit. Über das Produkt wurde mit der Herausgeberin selbstverständlich laufend diskutiert. Der Anfangserfolg verpuffte nämlich rasch. Der Auflagenrückgang war unübersehbar. Für uns Verlags-Profis und Drucker waren die Produkt-Fehler überdeutlich. Qualitätskriterien, vor allem Marktgesetze waren mit der Herausgeberin schwerlich zu diskutieren. Rasch war die hellwache Anfängerin zur Missionarin mutiert. Auch ein gelegentlicher Hinweis, wie viel der „Aufbruch“ den Verlag regelmäßig kostete, lösten bei der begabten Amateur-Herausgeberin nur ungläubige Verblüffung aus. Schließlich arbeitete sie besten Willens, überzeugt für eine bessere Gesellschaft, in der die Geldfrage noch nicht vorkam. Auch sonst wurde es schwieriger, mit der inzwischen ziemlich selbstbewussten, längst politisierenden Herausgeberin – bald auch gesuchter Talk-Show-Gast auf den Fernsehkanälen – verlegerische Mindestanforderungen zu erarbeiten. Dabei wurde zunehmend klar, aus wie unter-

schiedlichen Welten die heterogenen Partner kamen. Regine Marquardt witterte bei ihren großzügigen Gönnern sogar den Versuch, ihre sauber gedruckten Welt-Betrachtungen zu trivialisieren, womöglich unter wirtschaftlichen Gesetzen. Der Verlag riet zu mehr Lesernähe, praktischeren Themen, kurzum – zu Professionalität und forderte diese eines Tages auch ein. Das ging schief. Das Ende der großen Hilfsaktion war gekommen. Wir trennten uns freundschaftlich. Frau Marquardt krönte ihre politischen Ambitionen mit einem Ministeramt im Schweriner Kabinett. Als Gesellschafterin beim späteren Privat-Radio lernte die studierte Theologin dann auch noch den Segen des Kapitalismus kennen, der in der alten DDR, aber auch von manchen Predigt-Kanzeln bis zur Stunde gelegentlich als Teufelswerk gescholten wird. Markt und Kapitalismus existieren noch. Den „Mecklenburger Aufbruch“ gibt es schon lange nicht mehr.

Die sh:z-Herausgeber erklärten

andere Sprache als das bis dahin gedruckte, kaum zu ertragende Partei-Chinesisch; allerdings auch eine Spur pathetisch-pastoral, sprachlich anspruchsvoll, politisch ganz Aufbruchstimmung und Nachdenklichkeit. Über das Produkt wurde mit der Herausgeberin selbstverständlich laufend diskutiert. Der Anfangserfolg verpuffte nämlich rasch. Der Auflagenrückgang war unübersehbar. Für uns Verlags-Profis und Drucker waren die Produkt-Fehler überdeutlich. Qualitätskriterien, vor allem Marktgesetze waren mit der Herausgeberin schwerlich zu diskutieren. Rasch war die hellwache Anfängerin zur Missionarin mutiert. Auch ein gelegentlicher Hinweis, wie viel der „Aufbruch“ den Verlag regelmäßig kostete, lösten bei der begabten Amateur-Herausgeberin nur ungläubige Verblüffung aus. Schließlich arbeitete sie besten Willens, überzeugt für eine bessere Gesellschaft, in der die Geldfrage noch nicht vorkam. Auch sonst wurde es schwieriger, mit der inzwischen ziemlich selbstbewussten, längst politisierenden Herausgeberin – bald auch gesuchter Talk-Show-Gast auf den Fernsehkanälen – verlegerische Mindestanforderungen zu erarbeiten. Dabei wurde zunehmend klar, aus wie unter-

schiedlichen Welten die heterogenen Partner kamen. Regine Marquardt witterte bei ihren großzügigen Gönnern sogar den Versuch, ihre sauber gedruckten Welt-Betrachtungen zu trivialisieren, womöglich unter wirtschaftlichen Gesetzen. Der Verlag riet zu mehr Lesernähe, praktischeren Themen, kurzum – zu Professionalität und forderte diese eines Tages auch ein. Das ging schief. Das Ende der großen Hilfsaktion war gekommen. Wir trennten uns freundschaftlich. Frau Marquardt krönte ihre politischen Ambitionen mit einem Ministeramt im Schweriner Kabinett. Als Gesellschafterin beim späteren Privat-Radio lernte die studierte Theologin dann auch noch den Segen des Kapitalismus kennen, der in der alten DDR, aber auch von manchen Predigt-Kanzeln bis zur Stunde gelegentlich als Teufelswerk gescholten wird. Markt und Kapitalismus existieren noch. Den „Mecklenburger Aufbruch“ gibt es schon lange nicht mehr.

Das Ende der großen Hilfsaktion war gekommen. Wir trennten uns freundschaftlich. Frau Marquardt krönte ihre politischen Ambitionen mit einem Ministeramt im Schweriner Kabinett. Als Gesellschafterin beim späteren Privat-Radio lernte die studierte Theologin dann auch noch den Segen des Kapitalismus kennen, der in der alten DDR, aber auch von manchen Predigt-Kanzeln bis zur Stunde gelegentlich als Teufelswerk gescholten wird. Markt und Kapitalismus existieren noch. Den „Mecklenburger Aufbruch“ gibt es schon lange nicht mehr.

Klaus May

Artikel „West-östliche Erinnerungen“ vom 28. 8. 2009, erschienen im sh:z Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co. KG

...und Gedenken

# Freiheitslust

Joachim Gauck, Bundespräsident i.R.

Das Besondere in Schwerin war der DDR-weit einmalige Versuch der SED-Spitze, am 23. Oktober 1989 eine Dialogveranstaltung auf dem Alten Garten mit vielen herangekarrten linientreuen und ahnungslosen Werktätigen zu veranstalten. Das Ansinnen misslang gründlich und im Ergebnis gingen rund 40.000 Bürger dieses Landes durch die Stadt und um den Pfaffenteich und vereinten sich in dem Ruf: Wir sind das Volk! An all dies wurde am 23. Oktober 2019 im rasselvollen Schweriner Dom und auf dem Marktplatz erinnert. Joachim Gauck redete frei und sprach von der Grundangst der Menschen damals und vom Risiko, das viele für sich empfunden hatten. Ihr Wunsch zur Veränderung hatte darüber gesiegt und die starke plötzlich auflebende Gemeinschaft hat schließlich Kraft und Macht zur tatsächlichen Umwälzung ge-

bracht. „Die Selbstermächtigung der Bürger für ihre Interessen und Demokratie einzutreten, endet nicht mit den Ereignissen der Wende, sondern bleibt ständige Aufgabe in der sich verändernden Welt“, so Gauck. Klare Worte fand er auch für jene, die heute beklagen, dass es den Ostdeutschen immer noch zu schlecht ginge. An dieser Stelle müsse die Frage gestellt werden: „Wer bringt sich mit welchen Ideen ein, damit das besser wird?“ Er appellierte an die älteren und jungen Dombesucher, sich an der damals gewonnenen Lust an der Freiheit zu freuen. Er ermutigte, sich auch heute der Last der Verantwortung für das Leben in der Gemeinschaft zu stellen. Ehrenamtlich tätig zu werden sei für Jede und Jeden möglich und nötig, damit eine Gesellschaft lebendig sei und das Erreichte gegen Verächter der Demokratie verteidigt würde. *Red.*

# Solidarpakt der Wertschätzung

Ministerpräsidentin Schwesig wünscht sich Vielfalt

Wenn man zusammen daran glaubt, dass es besser werden kann, dann wird es das auch. So sagte es die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig beim Festempfang der Landesregierung am 9. November in Dassow – da, wo vor 30 Jahren noch eine Grenze Deutschland teilte, wo sogar der See vor der Haustür mit einer großen Mauer versperrt war.

Die Menschen lebten am See – mussten aber 25 Kilometer weit fahren, um schwimmen zu können. Sie berichtete von der Landes-Feier in Waren/Müritz in Erinnerung an die erste Demonstration in Mecklenburg-Vorpommern und dankte in diesem Zusammenhang den Kirchen: „Wenn die Kirchen nicht gewesen wären, wäre die Grenzöffnung nicht möglich gewesen“.

Aus dem Mauerfall, diesem „Riesenglücksfall der Geschichte“ könnten wir

lernen, dass wir etwas verändern können – auch wenn es „betonfest“ erscheine. Sie erinnerte aber auch an die Menschen, die bei dem Versuch, über die Ostsee in den Westen zu flüchten, ihr Leben lassen mussten.

Am 17. November 1989 sei dann die Ostsee für Sportboote freigegeben worden. Da die Hoffnungen in der Wende-Zeit aber besonders stark waren, wuchsen auch die Enttäuschungen. Gemeinsam mit dem Bundespräsidenten Joachim Gauck forderte sie einen „Solidarpakt der Wertschätzung“.

Bei allen Entscheidungen gehe es nicht um gut oder böse, sondern um die beste Lösung. Sie werde verheißungsvolle Wege dahin unterstützen und wünsche sich dafür eine größtmögliche Vielfalt.

Marion Wulf-Nixdorf

# Nicht Furcht, sondern Kraft, Liebe und Besonnenheit

Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt: In diesem Jahr bin ich viele Male Kerzenwege gegangen

Kerzenwege in Schwerin, in Waren, in Gadebusch. Es waren die Wege, die Menschen im Jahr 1989 gegangen sind, um sich selbst und anderen unter hohem persönlichem Risiko Freiheit und Bürgerrechte zu erkämpfen – friedlich und gewaltfrei. Alle diese Wege führten aus einer Kirche auf einen öffentlichen Platz. Im schützenden Raum vieler kirchlicher Häuser hatten Menschen bereits Jahre vor dem Herbst 1989 begonnen, in Umwelt- und Friedensgruppen offen über die Fragen und Probleme zu

sprechen, über die in der Öffentlichkeit der damaligen DDR nicht gesprochen werden durfte. In kirchlichen Räumen oder in Privatwohnungen aber wurden Demokratie und Freiheit erprobt. Dort war es möglich, das widerspruchslöse Einstimmen in staatliche Parolen zu durchbrechen, eine eigene Persönlichkeit mit individuellen Wünschen zu entwickeln. Aus diesen Sprach- und Erprobungsräumen der Freiheit führte der Weg im Herbst 1989 hinaus auf die Straßen und damit in die Öffentlichkeit. Da-

bei wurde deutlich: Es ist möglich, Angst und Furcht hinter sich lassen, wenn die Hoffnung vor einem liegt. Es ist möglich, darauf zu vertrauen, was in der Bibel so beschrieben wird: „Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit.“ Die Diktatur von damals ist überwunden. Heute leben wir in einer Demokratie. Heute geht es nicht darum, sich Freiheit und Menschenrechte erkämpfen zu müssen. Heute geht es aber darum, Freiheit und Menschenrechte in

der Demokratie vor ihren Gegnern zu schützen. Es geht darum, sich einzusetzen für die Unantastbarkeit der Würde aller Menschen, unabhängig davon, was sie glauben, woher sie kommen. Sich einzusetzen dafür, dass wir in Frieden zusammenleben – ohne dass Einzelne oder ganze Gruppen Angst haben müssen, ohne dass sie bedroht werden. Es geht darum, dass wir öffentlich zusammenstehen, klar eintreten für Nächstenliebe und Barmherzigkeit, für Freiheit, für Menschenwürde und Menschen-

rechte aller Menschen. Kirchen und Gemeindehäuser können auch heute wieder Raum bieten für vielstimmige Gespräche, für intensives Nachdenken und Diskutieren ebenso wie für Tischgemeinschaften und Feste. Ich würde mich freuen, wenn das im Jahr 2020, im 30. Jahr der Deutschen Einheit, in vielen Kirchengemeinden unserer Ost und West verbindenden Nordkirche so sein könnte! Denn: Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit.



Joachim Gauck und Rico Badenschier im Dom am 23. Oktober 2019. FOTO: BAYER



Manuela Schwesig und Markus Meckel FOTO: MILKO EILERS



Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt FOTO: DOEBLER

# Der aufregendste Monat des Lebens

Oberbürgermeister Rico Badenschier sprach über die Ereignisse am 23. Oktober 1989

„Der Dom hat geschwitzt“ hat der Schweriner Domprediger Sagert gesagt, als sich am 23. Oktober 1989 die Menschen im Dom trafen um friedlich dafür zu beten, dass die erste Montagsdemonstration in Schwerin gewaltlos bliebe. Sie hielten sich an den Händen: Angst, Anspannung und Aufregung lagen in der Luft. Die Fenster beschlagen. Das Kondenswasser von der Decke tropfend. WIR gehen los. Ins Ungewisse.

Die Bilder vom Platz des Himmlichen Friedens waren in den Köpfen präsent. Hier in Schwerin standen 245 bewaffnete Sicherheitskräfte bereit und weitere unter Alarmbereitschaft. Auch die Parteifunktionäre trugen Waffen für den Ernstfall. Das Neue Forum meldete die Demonstration für den 23. Oktober an. Und die SED versuchte sie für sich zu vereinnahmen mit Busladungen voller

Claqueure und Handzetteln in den Briefkästen. Darauf stand: Heraus zur Kundgebung! Dialog und Tat – gemeinsam für Erneuerung in unserem Land! Auf dem Alten Garten versammelten sich unzählige Menschen. Heinz Ziegner, der erste Sekretär der SED-Bezirksleitung, verwehrte jedoch den auf den Handzetteln versprochenen Dialog: „Für Ratschläge, die darauf zielen, den Sozialismus zu beseitigen, haben wir keine Zeit und kein Ohr.“

Der Demonstrationzug setzte sich in Bewegung – Neues Forum. Wir gehen los! Und die SED-Führung entschwand durch den Kohlenkeller der heutigen Staatskanzlei. Zwischen der Gründung des ersten Neuen Forums in der DDR in der Schweriner Paulskirche am 2. Oktober und dem Fall der Mauer am 9.11. liegen nur 38 Tage. Was folgte, war eine Zeit voller Hoffen

und Bangen, zwischen Euphorie und Enttäuschung. In Schwerin hat schon Ende der 1970er-Jahre eine durchaus politisch-oppositionelle Umweltbewegung mit Baumpflanzaktionen auf sich aufmerksam gemacht. Vor allem Jugendliche prangerten Umweltprobleme an und warfen ökologische Fragen auf. 1983 verhinderte eine Fahrraddemonstration den Weiterbau der Autobahn Schwerin-Wismar durch ein Naturschutzgebiet.

Unter dem Dach der Kirche sammelte sich in der gleichen Zeit eine pazifistische Friedensbewegung. Deren Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ findet sich auch im Schweriner Dom an der Wand. Immer mehr Bürger fassten den Mut, forderten Mitwirkung und Mitbestimmung ein, beharrten auf Meinungs-, Presse- und Reisefreiheit. Ob es die Demonstrationen der

Ausreisewilligen DDR-Bürger Ende der 1980er-Jahre waren, die Friedensgebete hier im Dom oder die Bürgerinitiative zur Rettung der barocken Schelfstadt, die mit Eingaben und einer Ausstellung den Flächenabriss der historisch wertvollen Bauwerke verhinderte, oder die mutigen Wahlbeobachter, die 1989 die Wahlfälschungen aufdeckten.

Wir erinnern uns vor allem daran, dass Bürgerinnen und Bürger in Schwerin aufwachten und in den Montagsdemos den Mut fanden, ihre Angst vor dem Kontroll- und Unterdrückungsstaat zu überwinden für ihre Rechte einzutreten, den Willen zur politischen Mitgestaltung zu leben und das Ende der SED-Herrschaft herbeizuführen. Heute, dreißig Jahre nach der friedlichen Revolution beobachte ich eine gewisse Rollenkehr. Die Subversiven von

einst, sind heute die Etablierten. Die Meinungsfreiheit musste damals erkämpft werden, sie dient heute oftmals als Feigenblatt für Extremisten. Das Auflehnen gegen die Gesellschaftsstruktur hat nicht mehr Freiheit und Gerechtigkeit zum Ziel, sondern kommt heute von Rechtsaußen: Hass, Hetze, Todesschüsse.

Vor 50 Jahren war die zweite Deutsche Demokratie in der BRD einem ähnlichen Druck ausgesetzt. Auch damals bestand die Sorge, das so mutig Errungene, das so teuer Erkaufte zu verlieren.

Und so wie für die junge Bundesrepublik vor einem halben Jahrhundert gelten für uns hier und heute, 30 Jahre nach der friedlichen Revolution die Worte Willy Brandts unverändert: Wir sind nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen gerade erst damit an.

+ + + Lasst uns die Revolution genießen + + + Der Weg ins Offene + + +

1990-005

1992-003

MECKLENBURGER  
AUFBRUCH

## Politik

## Streit um Landeshauptstadt

## Neues Forum in Norden getragen

Wer wird Landeshauptstadt? Man kann es heute kaum glauben, aber von Mai bis Oktober 1990 war das eines der wichtigsten Themen für die Menschen in den drei Nordbezirken der DDR. Ein echter „Dauerbrenner“, über dessen Entwicklung Presse und Rundfunk fast täglich berichteten. „Rostock oder Schwerin oder?“ war die Überschrift einer Kolumne, die im Mecklenburger Aufbruch am 27. Juni 1990 erschien. Es ging dabei um eine Pressekonferenz, auf der ich als Regierungsbevollmächtigter für den Bezirk Schwerin ein Konzept zur Landesentwicklung vorgestellt hatte. Aber was hatte das mit der Landeshauptstadt zu tun? Und wie kam ich überhaupt dazu, mich in diesen Streit einzumischen?

Einen Monat zuvor hatte ich noch als Chemiker im Schweriner Bezirkskrankenhaus gearbeitet. Anfang Juni wurde ich dann als Regierungsbevollmächtigter an die Spitze des Bezirkes Schwerin berufen. Der alte Rat des Bezirkes musste gehen, neue Leute kamen als Ressortleiter dazu. Jetzt ging es darum, die Bezirksstrukturen abzuwickeln und die Wiedergründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vorzubereiten. Vor diesen Aufgaben standen auch die neuen Bezirksverwaltungen in Neubrandenburg und Rostock. Ich weiß nicht, wie es meinen Kollegen dort erging, aber ich wurde gleich bei meiner ersten Pressekonferenz gefragt: „Rostock oder Schwerin? Wer wird Landeshauptstadt?“

Für mich gab es nur eine Antwort. Doch die Mehrheit im Lande war zu diesem Zeitpunkt klar für Rostock. Alle Parteien hatten ihre Landesbüros dort eröffnet, Vereine und Verbände zogen nach. Ein wissenschaftliches Gutachten sprach der Hansestadt die bessere Eignung zu, denn hier waren schon Wirtschaft und Wissenschaft konzentriert. Was lag näher, als in Rostock auch die Chefetagen der Landespolitik zu etablieren? Die Rostocker Bezirksverwaltung stellte sich sofort hinter diese Ambitionen. Mein Kollege Martin Brick aus Neubrandenburg dagegen signalisierte Neutralität.

Um die Neubrandenburger für Schwerin zu gewinnen, entwarf ich das schon genannte Konzept zur Landesentwicklung. Darin war Dezentralisierung angesagt: kein übermächtiger Zentralort, sondern optimale Entwicklung aller Kommunen. Rostock hatte mit Hafen, Werften und Universität sowieso eine gute Zukunft. Für Schwerin war die Ansiedlung von Landtag und Landesregierung überlebenswichtig. Neubrandenburg, Stral-



FOTO: IMAGO IMAGES

sund und Greifswald sollten Landesbehörden erhalten. Rostock lehnte dieses Konzept ab, Neubrandenburg aber stimmte zu. So ging der Streit um die Landeshauptstadt weiter, und immer noch war die große Mehrheit für Rostock. Von dort kam der Vorschlag, im künftigen Land M-V zwei Landschaften zu gründen: Mecklenburg und Vorpommern. So könnten Schwerin und Stralsund Landschaftshauptstädte werden – und Rostock damit Landeshauptstadt. Diese Option, die wir ablehnten, wurde sogar in den Entwurf der Landesverfassung aufgenommen.

Inzwischen hatten Gutachten aus Kiel und Hamburg festgestellt, dass im Hauptstadstreit nur der Landtag von M-V endgültig entscheiden kann. Dieser sollte aber erst im Oktober gewählt werden. Bis dahin mussten alle Gebäude für Parlament und Regierung vorbereitet werden. Doch an welchem Ort sollte das geschehen? Ein Ausweg aus diesem Dilemma schien unmöglich zu sein, bis der Vorschlag kam, eine Vorentscheidung durch die kommunalen Abgeordneten im Lande herbeizuführen.

Das Verfahren dazu wurde am 14. Juli 1990 von den Regierungsbevollmächtigten festgelegt. Zuvor gab es eine große Beratung im Güstrower Schloss, zu der alles erschienen war, was im Norden der DDR Rang und Namen hatte. Selbst der Kommunalminister aus Berlin kam als Vermittler. Ansonsten war es ein schwarzer Tag für Schwerin, denn immer noch stand die Mehr-

heit im Lande hinter Rostock. Doch bereits einen Monat später war im Mecklenburger Aufbruch zu lesen: „Eine Landeshauptstadt scheint gefunden. Nach zähem Ringen haben die Parlamentarier Mecklenburgs sich mehrheitlich für Schwerin entschieden.“ Wie konnte das geschehen? Bereits auf der Rückfahrt von Güstrow kam mir eine Idee, die später die Wende im Hauptstadstreit brachte. Denn warum waren eigentlich so viele für Rostock, warum kaum einer für Schwerin?

Schwerin hatte mit seinem Schloss und den schon vorhandenen Regierungsgebäuden doch die besten Voraussetzungen. Vielleicht lag es daran, dass zwar viele Rostock, aber nur wenige Schwerin kannten? Man musste einfach alle, die zu entscheiden hatten, nach

**Manfred Preiß, Minister in der letzten DDR-Regierung, hatte in Sachen Hauptstadstreit immer wieder zu schlichten.**

In „Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte“ erinnert er sich: „In Güstrow moderierte ich ein Treffen in dem geklärt werden sollte, ob nun Rostock oder Schwerin den Zuschlag zur Landeshauptstadt erhält. Und beide Städte investierten Geld in neue Verwaltungsstrukturen. Geld, das sie eigentlich nicht hatten. Ein Irrsinn. Zwölf Stunden ging das, ich war abends völlig erledigt.“

Schwerin einladen! Und so geschah es auch. Bezirksverwaltung und Schweriner Magistrat gingen gemeinsam ans Werk. Abgesandte der Stadt luden vor Ort alle Kreistage und Stadtvertretungen der kreisfreien Städte zum Besuch nach Schwerin ein. Mitarbeiter der Bezirksverwaltung organisierten An- und Abreise, die Rundgänge durch die Stadt und auch die später so geschmähten „Kaffee-Fahrten“ über den Schweriner See. Das Geld dafür kam aus einem Verfügungsfond, den ich vom früheren Bezirksratsvorsitzenden übernommen hatte. Ich selbst schrieb einen Aufruf an alle Landsleute, sich gegenseitig zu besuchen, um sich sobesserkennen zu lernen. Als jetzt in den Kreisen mit den Abstimmungen zur Landeshauptstadt begonnen wurde, wendete sich das Blatt. Fast täglich berichteten die Zeitungen über die aktuelle Entwicklung.

Bald hatte Schwerin die Nase vorn und stand bei der Auszählung am 16. August mit deutlicher Mehrheit als Sieger fest. Rostock stellte das Ergebnis in Zweifel und legte Berufung ein. Man äußerte sogar den Verdacht, dass die Schweriner „Kaffeefahrten“ von einem „großen Rüstungskonzern“ finanziert worden seien. Trotz weitergehender Proteste erkannte der gerade gewählte Landesbevollmächtigte Martin Brick die Vorentscheidung an und zog nach Schwerin. Hier begannen jetzt Aufbaustäbe mit der Ansiedlung von Landtag und Landesregierung. Das Schloss wurde für die erste Landtagssitzung hergerichtet, auf der dann der Landtag über seinen künftigen Sitz endgültig entscheiden konnte.

Doch in den Wochen davor gab es noch manche Aufregung. „Skandal um die Landeshauptstadt?“ fragte der Mecklenburger Aufbruch, als Rostock Anfang Oktober ein neues Gutachten der Firma Roland Berger präsentierte. Danach sei die Vorentscheidung für Schwerin ein Fehler und Rostock die einzig mögliche Alternative für die Entscheidung des Landtags. „Geld regiert die Welt!“ kommentierte der Mecklenburger Aufbruch diesen zum Glück vergeblichen Versuch.

Der Landtag von M-V entschied am 27. Oktober 1990 mit 40 zu 25 Stimmen für Schwerin als Landeshauptstadt. Hier entstanden jetzt Tausende von Arbeitsplätzen in der Verwaltung. Rostock baute seinen Platz als führender Wirtschaftsstandort in Mecklenburg aus. Damit konnte eine dezentrale, auf Gleichwertigkeit aller Regionen gerichtete Entwicklung des Landes beginnen.

Dr. Georg Diederich

Mit 30 Jahren gehört der Schweriner Martin Klähn nicht nur zu den Jüngsten, die am 9. und 10. September 1989 auf der Gründungsveranstaltung des Neuen Forums in Grünheide als Erstunterzeichner anwesend sind. Er ist auch der einzige Vertreter aus dem Norden der DDR. Kaum zurück in Schwerin, verwandelt sich seine Wohnung in einen der Dreh- und Angelpunkte des Neuen Forums in der Region. Mit der Folge, dass vor seinem Haus die Stasi auf und ab spaziert, um all jene Angst einzujagen, die kommen, um den Aufruf zu unterschreiben. Gezielt beginnt man, seine Familie einzuschüchtern. Und in Klähns Betrieb, dem Schweriner Wohnungsbaukombinat, ziehen plötzlich fremde Herren ins Büro nebenan. Beim Essen sitzt er alleine, da viele Kollegen ihn schneiden. Doch es gibt auch welche, die ihm helfen, die heimlich und mühsam den vom ihm mitgebrachten Aufruf des Neuen Forums abtippen und unter die Leute bringen.

Heute, 30 Jahre später, empfindet Martin Klähn den damaligen Gründungsauftrag als eher harmlos. „Der Text klang keineswegs staatsfeindlich, einfach nur ehrlich und offen. Die meisten, die ihn lasen, konnten sich hinter die Positionen stellen.“



Und so bekam das Ganze eine eigene Dynamik. „Gemeinsam mit der Gemeindepädagogin Uta Loheit stellt er zehn Tage, nachdem er aus Berlin zurück ist, beim Rat des Bezirkes Inneres den Antrag, das Neue Forum als politische Vereinigung nach Vereinsrecht der DDR anzuerkennen. Derweil melden auch Bärbel Bohley und Katja Havemann das Neue Forum für die gesamte DDR an. Daraufhin erklärt das Innenministerium die Bürgerbewegung für staatsfeindlich. Und so bekommen auch Uta Loheit und Martin Klähn in Schwerin eine Abfuhr.“

Was sie nicht davon abhält, am 2. Oktober 1989 zur Gründungsveranstaltung einzuladen. Mehr als 800 Menschen drängen in die Schweriner Paulskirche. Wenige Tage später, am 23. Oktober, organisiert das Neue Forum die erste Montagsdemo. Und so demonstrieren an diesem Abend plötzlich 40 000 Menschen für das Neue Forum, gegen die SED und für Veränderungen in der DDR. Für Martin Klähn gehören diese Tage zu den herausragendsten seines Lebens.

Anja Bölck

## Zeitstrahl

**7. Mai 1989**  
Kommunalwahlen in der DDR – erstmals konnten DDR-Bürgerrechtler nachweisen, dass Ergebnisse von der SED-Führung gefälscht wurden



FOTO: DPA/ROLAND HOLSCHNEIDER

**3./4. Juni 1989**  
Niederschlagung des chinesischen Volksaufstandes

**4. September 1989**  
Beginn der Leipziger Montagsdemonstrationen

**9./10. September 1989**  
Gründung der DDR-Bürgerrechtsbewegung „Das Neue Forum“ in Grünheide, Berlin

**12. September 1989**  
Gründungsaufruf der Bürgerinitiative „Demokratie jetzt“

**14. September 1989**  
Gründung des „Demokratischen Aufbruchs“

**18. September 1989**  
Zulassungsantrag für Neues Forum im Bezirk Schwerin

**30. September 1989**  
Geflohene DDR-Bürger in Prager Botschaft dürfen ausreisen



FOTO: DPA/REINHARD KEMMETHER

**2. Oktober 1989**  
In der Schweriner Paulskirche findet die erste öffentliche Informationsveranstaltung des Neuen Forums statt

**5. Oktober 1989**  
Fürbittandacht in der Rostocker Petrikirche mit 600 Teilnehmern

## Politik/Gesellschaft

## Abbau oder Aufbruch?

Im Oktober 1990, kurz nach der Landtagswahl, begann meine Arbeit mit 36 Jahren als Staatssekretär im Kultusministerium. Ohne zu wissen, ob die Hauptstadt Schwerin oder Rostock sein würde, hatten die Schweriner begonnen, für jedes Ministerium Räume und einen kleinen Aufbaustab bereit zu stellen. Das Gebäude war der Marstall am Schweriner See, auch heute noch Sitz des Kultusministeriums. In wenigen Wochen waren sehr wichtige Entscheidungen gleichzeitig zu treffen. Das Ministerium musste selbst erst aufgebaut werden. Bis zum 31.12.1990 musste geklärt sein, welche Einrichtungen im Bildungsbereich als Landesinrichtungen übernommen werden. Wenn nicht, hieß das „Warteschleife“ und Arbeitslosigkeit. Wenn ja, hieß das Suche nach Haushaltsfinanzierung. Der Aufbau eines neuen Schulsystems war verbunden mit einem drastischen Lehreraufbau. Welches Schulsystem sollte es überhaupt sein? In welchem Verfahren und nach welchen Kriterien sollten stasibelastete Bedienstete festgestellt und entlassen werden? Ich erinnere mich

an unglaublich viel Arbeit, eine fast unmenschlich große Bereitschaft und Begeisterung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, an der Zukunft dieses damals wirklich neuen Landes mitzuarbeiten. Ich erinnere mich an bewegende Demonstrationen: Musiker spielten vor meinem Büro, weil ein Orchester „abgewickelt“ werden sollte. Gehörlose Schüler demonstrierten mit ihren Eltern, weil sie fürchteten, dass ihre Schule geschlossen werden könnte. Erzieherinnen fragten verzweifelt, was mit ihren Abschlüssen sei? Ausgewachsene Menschen weinten in meinem Büro, wenn ich sie mit ihrer Stasivergangenheit konfrontieren musste.

30 Jahre später und mit Abstand sehen viele Dinge anders aus. Meine kurze Bilanz sieht so aus: Erstens: Es war viel zu viel auf einmal zu entscheiden. Da passieren Fehler. Aber ich wüsste nicht, wie wir uns mehr Zeit hätten lassen können. Zweitens: Es gab wunderbar wenige Regeln. Und das führte zu Freiräumen, die heute durch angeblich unverzichtbare Regeln eingegrenzt werden. Drittens: Es gab zu viel Kopie westlicher Systeme.

Aber jedenfalls zu Beginn wollte die ostdeutsche Bevölkerung genau das. Alles, was nach „drittem Weg“ oder Fortsetzung von DDR aussah, war nicht mehrheitsfähig. Das wird heute oft vergessen. Viertens: Es gab zu wenig Ostdeutsche in Führungspositionen. Aber im Bildungsbereich waren die ehemaligen DDR-Bürger in der Regel mit einem Generalverdacht versehen, überwiegend von den Landsleuten selbst. Und leider gab es auch zu viele Ostdeutsche, die sich eine Führungsfunktion nicht zutrauten

und entsprechende Angebote ablehnten. Fünftens: Im Einigungsvertrag hatten die westdeutschen Länder durchgesetzt, dass für alle DDR-Bildungsabschlüsse erst ein Verfahren zur Feststellung der Gleichwertigkeit zum Westen durchgeführt werden müsste. Hier gibt es kein aber: das war entwürdigend und eine schwere Hypothek für das Selbstbewusstsein ostdeutscher Bürger. Heute wird oft gesagt, dass nach der Euphorie der friedlichen Revolution und des Einigungsprozesses die Jahre der Ent-

täuschungen, Arbeitslosigkeit, falscher Treuhandentscheidungen und einer „Landnahme“ durch den Westen folgten. Daran mag einiges stimmen. Aber es gab nach meiner Erinnerung genauso viel Aufbruch: Lehrer, die sich freuten, einen neuen freien Unterricht zu machen. Hochschulen, die Forschung und Lehre neu entdeckten und sich international öffnen konnten. Theater, die Stücke mit Begeisterung aufführten, die sie Jahrzehnte nicht frei inszenieren konnten. Kindergärten, die auf die Kreativität der Kinder setzten. Und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kultusministerium, die – unbeschadet mancher Intrigen und Merkwürdigkeiten – in ihrer ganz großen Mehrheit nicht dem „nachgeordneten“ Bereich etwas vorschreiben, sondern allen helfen und sie unterstützen wollten. Lassen wir uns vor lauter berechtigter Kritik nicht die Erfolge der ersten Jahre nach der Wiedervereinigung schlecht reden. Aufbruch lohnt!

Dr. Thomas de Maizière  
Staatssekretär im Kultusministerium  
später Chef der Staatskanzlei M-V



Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern

FOTO: PETSCHULAT

## Der lange Weg zur schwarzen Null

Drei Fragen an die frühere Finanzministerin Sigrid Keler

Es war eine Freude, über die Landespolitik im Mecklenburger Aufbruch zu lesen und die manchmal auch ein wenig schrägen Schlagzeilen zu sehen, die offenbar mit Lust produziert wurden. So auch die Überschrift zum Interview mit Sigrid Keler zur Landtagsdebatte über den ersten Haushalt des Landes 1991. Sigrid Keler war als SPD-Abgeordnete von 1990-1994 Vorsitzende des Finanzausschusses und hat die Finanzministerin Bärbel Kleedehn, CDU, das Fürchten gelehrt.

In einem Interview im MA, am 3. April 1991, wird unter der Überschrift „Wir brauchen keinen ordentlichen Haushalt“ davon berichtet, dass sie einen Eklat in der Landtagssitzung provozierte, als sie den Rechenschaftsbericht des Finanzausschusses vortrug. Die Abgeordneten der Regierungskoalition CDU und FDP verließen protestierend den Saal und verlangten ihren Rücktritt. Sie hielt ihren Vortrag, nachdem der Landtag den Haushaltsplan gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet hatte. Wir haben bei Sigrid Keler nachgefragt, ob sie sich nach fast dreißig Jahren an diese Überschrift erinnert und was sie davon hält.

**Frau Keler, was war da los und warum waren Sie der Meinung, wir brauchen keinen Haushalt?**

Als ich jetzt die Überschrift und den Artikel wieder gelesen habe, fiel mir ein, dass ich mich damals über meinen irrtümlich verwendeten Begriff „ordentlicher Haushalt“ geärgert habe. Der Journalist nutzte das offenbar und machte daraus die Schlagzeile. Im Text wurde aber deutlich, was ich meinte. Das Etatrecht ist das Königsrecht des Parlaments. Der erste Regierungsentwurf für das Jahr 1991 war nach dem Motto „arm aber schnell“ mit uferlosen Ermächtigungen ohne konkretes Fundament dem Parlament vorgelegt worden. Deshalb habe ich für die Rechte der Parlamentarier gekämpft und die Regierung aufgefordert, einen aussagefähigen Haushalt vorzulegen.

Dieser sogenannte „Strichhaushalt“ erfüllte die Minimalanforderungen nicht. In den Jahren danach haben wir im Finanzausschuss bei vielen zu hohen Ansätzen die „heiße Luft“ herausgenommen, um zu realistischen Planungen zu kommen. In den späteren Jahren wurde über den sogenannten „Strichhaushalt“ viel gelästert.

**Der damalige CDU-Fraktionschef warf Ihnen vor, die Arbeit am Haushalt verzögert zu haben. Welche Alternativen sahen Sie?**

Das Ganze zeigt, wie bereits Anfang 1991 die Auseinandersetzungen zwischen der Regierungskoalition (CDU/FDP) und der stärksten Oppositionsfraktion (SPD) an Schärfe zunahm. Im Finanzausschuss, dessen Vorsitzende ich war, gab es solche Kämpfe nicht. Wir haben sehr intensiv, konstruktiv und fair zusammengearbeitet.

Formale Fragen spielten damals eine untergeordnete Rolle – uns ging es darum, wie wir das Land voran bringen können. Für mich waren diese ersten vier Jahre spannend und lehrreich.

**Wie schätzen Sie die Finanzsituation des Landes aus heutiger Sicht ein?**

Seit 2009 sind die Steuereinnahmen ständig gestiegen, meist mehr als der Plan. Die Zinsen sind seit Jahren auf Tiefststand, gut für alle, die Schulden haben, aber

schlecht für alle Sparer. Die Arbeitslosigkeit ist kontinuierlich zurückgegangen, was mich besonders freut. Für das Land und die Kommunen sind das ideale Voraussetzungen, die Haushalte weiter zu konsolidieren. Die politische „Großwetterlage“ und davon abhängig die Konjunktur trüben sich ein. Die Folgen sind noch ungewiss. M-V wird aber davon betroffen sein, weil wir vom Bund und den starken Bundesländern abhängig sein werden. Red.

## „Wir brauchen keinen ordentlichen Haushalt...“

Während der letzten Landtagssitzung verursachte die Vorsitzende des Finanzausschusses, Sigrid Keler (SPD), einen mittleren Eklat. Die Abgeordneten der CDU-FDP-Regierungskoalition verließen protestierend den Saal, als Frau Keler den Rechenschaftsbericht des Finanzausschusses verlas.

Der Finanzexperte der CDU, Dr. Siegfried Zahn, nannte es einen Skandal, daß der Bericht nicht die Meinung und die Beschlußempfehlung des gesamten Ausschusses, sondern nur die persönliche Meinung Frau Kellers zum Ausdruck gebracht habe. Da von der Ausschußvorsitzenden besondere Neutralität gefordert würde, sei die SPD-Abgeordnete in ihrer Stellung nicht mehr tragbar. Auf der nächsten Sitzung des Landtages wird die CDU einen Antrag zu ihrer Abberufung stellen. Der MA befragte Frau Keler

zu diesem Vorfall und zum Haushalt von Mecklenburg-Vorpommern. Der wurde kürzlich getreu dem Regierungsmotto „Arm, aber schnell“ mit einem Volumen von 11 Milliarden Mark und einer Kreditierungsrate von nahezu 20 Prozent gegen die Stimmen der Opposition als zweiter Haushalt in den neuen Ländern verabschiedet.

Frau Keler, wie stehen Sie und Ihre Fraktion zu den Anschuldigungen der Koalition: Haben Sie in Ihrem Bericht ein subjektives, parteipolitisch gefärbtes Bild vom Haushalt gezeichnet, und werden Sie Ihr Amt zur Verfügung stellen?

Ich habe in den Ausschußsitzungen schon immer darauf hingewiesen, daß ich rechtliche Bedenken gegen das Verfahren und gegen den Haushalt habe. Das ist dort nicht zur Kenntnis genommen worden, und jetzt war man überrascht, daß

ich es noch einmal vorgetragen habe. Diese Seite meines Rechenschaftsberichtes ist im Ausschuß nicht klar ausdiskutiert worden; man wird in den Protokollen nachsehen müssen. Die SPD-Fraktion steht voll hinter mir. Meiner Meinung nach läßt es die Geschäftsordnung gar nicht zu, den Ausschußvorsitzenden einfach abzusetzen. Heute (27. März — Anm. d. Red.) tagte übrigens der Ausschuß, und weder Herr Zahn von der CDU noch die anderen Ausschußmitglieder sind auf das Thema eingegangen. Wir haben sehr konstruktiv gearbeitet.

**Welcher Art sind denn Ihre rechtlichen Bedenken?**

Der ganze Haushalt besteht im Wesentlichen aus Globaltiteln und aus gegriffenen, fiktiven Zahlen, die Hamburger Spezialisten nach dem Modell Schleswig-Holsteins erstellt

haben. Fast nichts ist genau kalkuliert, vorhersehbare Ausgaben wurden nicht in die Finanzplanung aufgenommen. Die Einnahmen lassen sich ebenfalls nicht abschätzen, da Vergleichszahlen aus den alten Bundesländern nur begrenzt anwendbar sind. Wir wissen ja zum Beispiel nicht, wie viele Arbeitslose noch unsere Steuereinnahmen verringern. Oder nehmen wir die Personalkosten, die sind so pauschal, daß wir nicht wissen, ob wir damit auskommen. Es gibt keinen Personalstellenplan, und wir wissen nicht einmal, für wen die Gehälter vorgesehen sind. Das alles verstößt speziell gegen die Paragraphen 7 und 22 der Landeshaushaltsordnung. Wir werden den Sachverhalt auch von Fraktionen anderer Bundesländer prüfen lassen und dann sehen, ob wir noch rechtliche Schritte unternehmen.

Originalauszug vom Mecklenburger Aufbruch aus der Ausgabe 13 von 1991

## Zeitstrahl

**7. Oktober 1989**  
Großdemonstration mit 20 000 Teilnehmern in Plauen (Vogtland)

**7. Oktober 1989**  
Proteste anlässlich des 40. Jahrestages der DDR in Berlin und anderen Städten

**11. Oktober 1989**  
Friedensgebet mit 250 Teilnehmern in der Neubrandenburger Johanniskirche

**16. Oktober 1989**  
Erste Wende-Demonstration im Norden der DDR: Schweigemarsch von 300 Menschen mit Kerzen in Waren (Müritz)

**18. Oktober 1989**  
Rücktritt des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honeckers

**19. Oktober 1989**  
Demonstration von 10 000 Menschen in Rostock



FOTO: DPA/JÜRGEN SINDERMANN

**23. Oktober 1989**  
Erste Montagsdemonstration in Schwerin mit 40 000 Teilnehmern, organisiert vom Koordinierungskreis des „Neuen Forums“



FOTO: HANS-DIETER HENTSCHEL

**6. November 1989**  
Einberufung des ersten Runden Tisches der DDR in Güstrow. Zusammenkunft von Vertretern der Bürgerbewegungen, der Kirche des Staates und der Parteien.

**7. November 1989**  
Rücktritt des gesamten Ministerrates der DDR

1989

## Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

# „Eine Hoffnung lernt laufen“

Landtagspräsidentin Birgit Hesse wirbt für fortwährenden Austausch über Geschehnisse vor 30 Jahren

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat am 16. Oktober 2019 in Waren (Müritz) mit einer Festveranstaltung an die Friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern vor 30 Jahren erinnert. Den Beschluss dazu hatte das Parlament gut ein Jahr zuvor gefasst.

In der Stadt an der Müritz gab es auf den Tag genau 30 Jahre zuvor den ersten größeren Demonstrationzug im Norden – unter dem Motto „Eine Hoffnung lernt laufen“.

Den Weg der Demonstration zeichneten in diesem Jahr die unterschiedlichen Veranstaltungsorte nach. Genau wie 1989 gedachten die Menschen mit Kerzen der Friedlichen Revolution. Von ihren Erinnerungen an die Warener Demonstration wie auch die Geschehnisse in Städten wie Leipzig, Stralsund oder Schwerin im Herbst 1989 berichteten auf dem Marktplatz die Zeitzeugen Ursula Kaden aus Stralsund, Martin Klähn aus Schwerin und Christoph de Boor aus Waren. Wie damals kamen die Menschen zu einem Gedenk-Gottesdienst in der St. Georgen-Kirche zusammen. Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt und Erzbischof Dr. Heiner Koch predigten dort.

Während der anschließenden Festveranstaltung in der St.-Marien-Kirche sprachen zunächst Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig zu den Gästen. Markus Meckel, Bürgerrechtler und später letzter Außenminister der DDR, hielt die Festrede. Landtagspräsidentin Birgit Hesse hob in ihrer Rede den Mut der Menschen vor 30 Jahren hervor und warb für einen fortwährenden Austausch über die Geschehnisse sowie deren Würdigung: „Der Mut derjenigen, die seinerzeit gewaltfrei demonstrierten, ist in der jüngeren deutschen Geschichte beispiellos. Es waren bekannte und unbekannte, lokale und überregionale Persönlichkeiten, die zum Gelingen der Friedlichen Revolution beigetragen haben. Ich habe manchmal den Eindruck, dass die Herausforderungen, Schwierigkeiten und auch Enttäuschungen der Nachwendzeit dazu geführt haben, dass das Erinnern an die Friedliche Revolution nicht den Stellenwert hatte, den es haben sollte.“

Der persönliche Austausch über das, was war, muss nach meiner festen Überzeugung fortgeführt werden – zwischen den Menschen, die die Friedliche Revolution erlebt und gestaltet haben und denen, die eben nicht dabei waren – also insbesondere Jugendliche, Schülerin-

nen und Schüler.“ Auch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bekundete ihre Hochachtung vor den damaligen Akteuren: „Ich habe allergrößten Respekt vor allen, die im Herbst 1989 und erst recht – unter noch viel größeren persönlichen Risiken – in den Jahren zuvor für Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Reisefreiheit, Demonstrationenfreiheit und freie Wahlen eingetreten

Markus Meckel beglückwünschte das Land zu Beginn seiner Festrede „zu diesem Fest im Erinnern an die Friedliche Revolution 1989“ und betonte die wichtige Rolle der Kirchen als einzige Freiräume in der DDR für das Geschehen: „Fast überall waren es schließlich Kirchleute, die die Runden Tische leiteten, weil sie Erfahrung in der Moderation von Gesprächsprozessen

Botschaft dieses Herbstes, dieser Revolution! Und wenn es damals in der Diktatur gelang, gilt das heute schon lange!“ Meckel beklagte, dass in Gedenkreten der Vergangenheit oft der Eindruck entstanden sei, als hätte die SED die Mauer geöffnet und dann Kanzler Helmut Kohl die Einheit geschaffen. „Ich finde mich in solchen Reden nicht wieder. Meine Geschichte ist eine

gen Alliierten. Auf dieser Grundlage beschloss die frei gewählte Volkskammer der DDR den Beitritt, der zum 3. Oktober 1990 rechtskräftig wurde. Wenn man diese Geschichte so beschreibt, kann man behaupten – und das ist meine Überzeugung, dass die Ereignisse dieser Monate in besonderer Weise der aufrechte und selbstbewusste Gang der Ostdeutschen in die deutsche Einheit waren.“ Markus Meckel stellte in seiner Rede auch die Frage nach der Verankerung der liberalen Werte der Demokratie, für die vor 30 Jahren gekämpft wurde: „Wie offen sind wir selbst in dieser potentiell offenen Gesellschaft? Wieweit suchen wir mehr Ruhe und Ordnung und meiden den manchmal notwendigen Streit? Was halten wir von Kompromissen? Akzeptieren wir sie als Grundlage einer demokratischen Kultur oder glauben wir vielleicht, dass ein ‚mit dem Kopf durch die Wand gehen‘ Zeichen einer besonderen Charakterstärke ist?“

Gegen Ende seiner Rede ging Meckel darauf ein, dass er vor 30 Jahren dafür eingetreten war, über das Grundgesetz zu verhandeln und es möglicherweise mit Änderungen als gesamtdeutsche Verfassung zu beschließen. Inzwischen sei er zu einer veränderten Einschätzung gelangt: „Im nächsten Jahr werden wir Ostdeutschen nun auch 30 Jahre eigene Erfahrungen mit dem Grundgesetz gemacht haben – und ich finde, es sind keine schlechten. Ich kenne keine Verfassung, die ich ihm vorziehen würde. Deshalb stelle ich jetzt die Frage: Wozu brauchen wir dann noch den Artikel 146, der immer noch im Grundgesetz steht, in dem es heißt, dass dieses so lange gilt, bis das deutsche Volk sich eine Verfassung gibt?“

Ich möchte abschließend den Vorschlag machen, dass wir in einem Jahr, zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit unser Grundgesetz zu unserer Verfassung machen – und den Artikel 146 streichen. Und wer vorher noch etwas ändern möchte, suche sich Verbündete und bringe es in die Diskussion.“

Mit diesem konkreten Vorschlag ging Meckels Rede und die gesamte Festveranstaltung in der Marienkirche nach einem musikalischen Ausklang des Posaunenchores St.-Marien zu Ende. Danach ging es auf den Neuen Markt, wo der Siegerentwurf „Erinnerungszeichen Friedliche Revolution“ präsentiert wurde und weitere Angebote auf die Gäste warteten, um Erfahrungen und Erinnerungen an die Zeit damals auszutauschen und auch über die heutige Situation zu reden.

LT MV



Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Festredner Markus Meckel und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (v.l.n.r.) auf dem Warener Marktplatz. FOTO: LANDTAG M-V

sind. Sie haben auch für uns, die wir damals noch Kinder waren und für alle nachfolgenden Generationen Freiheit und Demokratie erkämpft. Unser Leben wäre anders verlaufen, wenn damals nicht so viele so mutig gewesen wären. Wir haben allen Grund, den Bürgerinnen und Bürgern zu danken, die damals auf die Straße gegangen sind und mutig Veränderungen eingefordert haben.“

Mit großem Interesse verfolgten die Gäste den anschließenden Festvortrag von Markus Meckel. Er war unter anderem Bürgerrechtler und für wenige Monate Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Von 1990 bis 2009 war er Mitglied des Deutschen Bundestages.

hatten und man ihnen vertraute. Sie trugen nicht unwesentlich dazu bei, dass das Prinzip, „Keine Gewalt anzuwenden“ zu den Markenzeichen dieser Freiheitsrevolution gehörte.“ Die friedliche Revolution brach, so Markus Meckel, nicht plötzlich los, sondern habe eine lange Vorgeschichte gehabt. Einzelne Menschen hätten die Initiative ergriffen, die Voraussetzung dafür, dass etwas geschah und Zukunft sich eröffnete. Meckel zog eine Lehre für die heutige Zeit, wo ebenso Initiative nötig sei, um Veränderungen zu erreichen: „Das war damals so und gilt auch heute, ja, ist auch heute vonnöten! Und Herausforderungen gibt es genug. Nichts muss bleiben, wie es ist! Das ist die

andere, und sie geht so: Erst wurde in einer gewaltfreien Revolution im Zusammenspiel von neuen demokratischen Vereinigungen und den Massen auf den Straßen die Diktatur gestürzt. In einem friedlichen Verhandlungsprozess am Runden Tisch wurde der Unterdrückungsapparat des kommunistischen Systems, die Stasi, ausgeschaltet. Hier wurden die Bedingungen der freien Wahl ausgehandelt. So entstanden das frei gewählte Parlament, die Volkskammer und die Regierungskoalition, welche das Mandat für Vereinbarungsverhandlungen hatten. Beide deutschen Regierungen – zwei demokratische (!) – verhandelten die nötigen Verträge miteinander und mit den ehemali-

### Zeitstrahl

9. November 1989

Öffnung der Berliner Mauer, Öffnung der Grenze der DDR zur Bundesrepublik



FOTO: DPA

13. November 1989

Hans Modrow neuer DDR-Ministerpräsident

1. Dezember 1989

Streichung des Führungsanspruchs der SED aus der Verfassung

3. Dezember 1989

Menschenkette „Ein Licht für unser Land“ durch die gesamte DDR, hunderttausende Bürger beteiligen sich

4. Dezember 1989

Erste Stasizentralen werden in Parchim, Hagenow, Malchin, Templin, Greifswald und Rostock durch Bürgerkomitees besetzt



Parchim, kreisliche Stasi-Dienststelle in der heutigen Brunnenstraße. FOTO: HANS-DIETER HENTSCHEL

6. Dezember 1989

6000 Menschen strömen in die Rostocker Marienkirche. 20 000 lauschen draußen den Lautsprechern, als Willy Brandt mit Blick auf die beiden deutschen Staaten sagt: „Eine Wiedervereinigung kann ich mir schwer vorstellen. Es wird nichts mehr so sein, wie es war. Sondern es ist etwas Neues, was wir schaffen müssen...“

6. Dezember 1989

Besetzung und Stilllegung der Stasikreisdienststelle in Schwerin



Der ehemalige Stasi-Knast in Schwerin

1989

## Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

# 25 Jahre Verfassung des Landes M-V

Ein Interview mit Rainer Prachtl

Die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern trat vor 25 Jahren – am 15. November 1994 – endgültig in Kraft. Ausgearbeitet wurde sie von einer 18-köpfigen „Kommission für die Erarbeitung der Landesverfassung“. Diese bestand aus Abgeordneten des Landtages, vier von den Fraktionen benannten Sachverständigen, jeweils einem Mitglied der Partei Die GRÜNEN, der Bürgerbewegung, der Arbeitsgruppe „Vorläufige Verfassung“ der „Runden Tische“ der ehemaligen Nordbezirke und des Regionalausschusses. Vorsitzender der Verfassungskommission war der damalige Präsident des Landtages Rainer Prachtl, CDU.

**Herr Prachtl, mehr als drei Jahre hat die damalige Verfassungskommission gebraucht, um einen Entwurf der Verfassung für M-V vorzulegen. Warum hat das so lange gedauert?**

Wenn wir genau sein wollen, hat die Verfassungskommission knapp zweieinhalb Jahre gebraucht, um den Entwurf zu erarbeiten. Wichtiger als eine „schnelle“ Verfassung war uns ein Votum des ganzen Volkes durch Volksentscheid, weil wir alle eine Verfassung für unser Land nicht ohne die Menschen machen wollten. In vielen anderen Punkten waren wir uns nicht gleich einig. In der Kommission saßen sehr verschiedene Gruppen mit eigenen Schwerpunkten, auch anderen Werten. Das bedeutet: Unsere Verfassung setzt sich aus vielen teilweise hart errungenen Kompromissen – und zwar Kompromissen im wirklich positiven Sinne – zusammen. Eine Verfassung dient nicht einseitigen Interessen und Anschauungen, sondern integriert vielfältige Interessen, führt zusammen statt zu trennen.

**Waren Sie zwischendurch an einem Punkt, an dem Sie sich gesagt haben: Ich mach nicht weiter?**

Nein, ganz bestimmt nicht. Uns allen war die Bedeutung unserer Aufgabe, unsere Verantwortung bewusst. Wir waren alle mit Elan und Herzblut dabei und haben uns für unsere Überzeugungen stark gemacht. Dem Raum zu geben, war mir sehr wichtig. Deshalb habe ich versucht, mich in Geduld zu üben, das Gespräch zu ermöglichen, nicht zu unterbrechen, das Bemühen zuzulassen, sich in längeren Ausführungen zu artikulieren. In einer Demokratie kommt eine Einigung nur dann zustande, wenn ein notwendiger diskursiver Pro-

zess – egal wie lang er geht – ermöglicht und befördert wird.

**Wie kam es zu dieser Beteiligung und wo schlagen sich diese in der Verfassung nieder?**

Wie hätten wir es mit unserem Gewissen vereinbaren können, die Menschen nicht einzubinden? Wir kamen aus Unfreiheit, aus staatlicher Gängelung. Die Menschen sind gemeinsam auf die Straßen gegangen, um sich von diesen Fesseln zu befreien. Also haben wir alle gesellschaftlichen Kräfte, die vorher am runden Tisch saßen, in den Verfassungsgebungsprozess eingebunden.

Und auch die Bevölkerung ist beteiligt worden. Wir sind über Marktplätze gezogen, standen vor den Fabrikatoren, vor den Werften. Wir haben mit den vielen Menschen diskutiert, andere haben uns ihre Gedanken geschrieben. Sie werden nicht viele Artikel in der Verfassung finden, in denen sich dieser Austausch nicht wiederfindet.

Ich nenne Ihnen ein konkretes Beispiel: Die meisten Zuschriften von Bürgerinnen und Bürgern galten dem Regelungsbedarf des Artikels 17 (Arbeit, Wirtschaft, Soziales). Wir standen hier vor einer schwierigen Entscheidung. Nichts versprechen, was nicht eingehalten werden kann, aber dennoch auf die geschilderten Sorgen und Nöte eingehen. Nach sehr intensiven Beratungen hat sich eine überwiegende Mehrheit der Kommission auf einen Text geeinigt, der vorsieht, dass das Land zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen beiträgt und auch im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts einen hohen Beschäftigungsstand sichert.

Der Entwurf wurde schließlich unverändert von mehr als zwei Drittel der Mitglieder am 14. Mai 1993 vom Landtag beschlossen und trat erst einmal vorläufig in Kraft und zwar bewusst am 23. Mai, dem Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes. Dieses Ergebnis habe ich erhofft, so war ich froh, zufrieden und sehr dankbar. Wir haben mit Kerzen, Gebeten und Mut Mauer und Stacheldraht überwunden und sollten deshalb nie vergessen „Danke“ zu sagen, auch für 25 Jahre Verfassungswirklichkeit in Frieden und Freiheit in unserem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern.

Außerdem musste nach den Jahren der DDR-Diktatur ein Versöhnungsprozess stattfinden. Deshalb habe ich beim zehnjährigen Jubiläum unserer Landesverfassung den LINKEN schmunzelnd

zugerufen: „Willkommen auf unserer Plattform!“ Ich war froh, dass sie dem ausgehandelten Verfassungstext nun überwiegend zustimmten. Damals waren sie dazu noch nicht bereit, weil sie sich mit ihrer Forderung nach einklagbaren sozialen Grundrechten nicht durchsetzen konnten. Ein breiter gesellschaftlicher und politischer Konsens ist wichtig, weil unsere Demokratie keine Schönwetterdemokratie ist.

**Vor dem Inkrafttreten gab es einen Volksentscheid. Wie wichtig war Ihnen das Votum der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern?**

Durch den Volksentscheid haben wir erst einmal auch diejenigen ins Boot geholt, die sich vorher im Entstehungsprozess nicht beteiligt haben. Aber der entscheidende Gedanke war: Wir lassen das Volk niemals mehr außen vor. Mir selbst war und ist bis heute wichtig, dass die Verfassung ein grundlegendes Fundament für die Identifizierung der Menschen mit unserem Mecklenburg-Vorpommern darstellt.

Diese Verfassung ist ebenso wie das Land für alle Bürger da und nicht umgekehrt. Die Verfassung mit den darin verbürgten Grundrechten soll ihnen Nutzen bringen. Und wenn ich von Bürgern spreche, meine ich alle. Dieses ausdrücklich zu betonen, war vor dem Hintergrund der Geschehnisse in Rostock-Lichtenhagen 1992 ein besonderes Anliegen. Es hat – leider – an Aktualität nicht eingebüßt.

**Warum braucht(e) Mecklenburg-Vorpommern eine Verfassung?**

Eine Verfassung bedeutet, ein solides Fundament für ein Leben in Freiheit und Frieden. Es war für uns von besonderer Bedeutung, unsere Verfassung so auszugestalten, dass sie unserem Bundesland diese eine eigene Identität verleiht. Deswegen haben wir in der Verfassung die Landesfarben erwähnt, den Schutz der Alleen, natürlich das Schloss wegen seines besonderen Symbolwertes als Sitz des Landtages festgeschrieben und die Förderung der niederdeutschen Sprache. Zielbestimmungen, die unser

Land enorm vorangebracht haben und im Sinne der Verfassungsgeber es zu einem selbstbewussten Glied der Bundesrepublik Deutschland haben werden lassen.

**Genügt unsere Verfassung – nach 25 Jahren – noch den gesellschaftlichen Herausforderungen?**

Wenn ich mir in Erinnerung rufe, was ich damals bei der Einbringung in den Landtag gesagt habe, haben sich die Herausforderungen gar nicht so sehr verändert. Die Würde des Menschen, der Gleichheitsgrundsatz, Meinungsfreiheit, Datenschutz, Schutz von Heimat und Natur. Darum geht es in einer Verfassung neben den staatsrechtlichen und organisatorischen Strukturen.

Das, was wir damals als Kern unseres Zusammenlebens betrachtet haben, sehe ich heute noch genauso. Vielleicht sind für unsere Generation, die wir 1989 auf die Straße gegangen sind, um Freiheit zu atmen, Werte wie Freiheit, Gleichheit und Frieden ganz besondere Güter. Für die jüngere Generation ist dies teilweise zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Wir sollten nicht vergessen, was war und uns nicht nur an Geburtstagen daran erinnern.

**Gibt es etwas in der Verfassung, etwas was Ihnen besonders am Herzen liegt? Und etwas, bei dem Sie sagen: Das würde ich aus heutiger Sicht anders machen?**

Nach wie vor halte ich die Zahl

der Abgeordneten im Parlament, nicht nur in unserem, für zu hoch. 71 Abgeordnete im Landtag war ein Kompromiss und wird es weiter sein. Damals haben schon die beiden Staatsrechtler in der Kommission gesagt: Wenn Ihr das jetzt so festlegt, könnt Ihr die Anzahl nicht mehr verkleinern.

Was mir besonders am Herzen liegt, ist die in der Verfassung verankerte Heimatverbundenheit. Die Menschen sollen in ihr ein Stück unserer Heimat wiederfinden können. Mecklenburg-Vorpommern – ein Land zum Leben bedeutet für Politiker wie auch für die Bürger, Verantwortung zu übernehmen.

**Geburtstagskinder dürfen sich immer etwas wünschen. Was wünschen Sie als einer der Väter der Verfassung sich für die Zukunft des Landes Mecklenburg-Vorpommern?**

Ich wünsche mir mehr Dankbarkeit, mehr Begeisterung, mehr Leidenschaft von uns allen und eine klare Vorbildwirkung der Politiker und damit verbunden überall mehr „Denker“ als Parteisoldaten, wenn es um Politik und unsere Verfassung geht. Bei bedeutenden parlamentarischen Debatten im Plenarsaal dürften Bezüge zur Landesverfassung nicht fehlen. Blicken wir also dankbar rückwärts – wer kann – gläubig aufwärts und mutig in die Zukunft!

LT MV



Rainer Prachtl  
Foto: Frank Hormann

### Zeitstrahl

**7. Dezember 1989**

Erstmals treffen sich Vertreter der DDR-Regierung, SED-Massenorganisationen, Blockparteien, Oppositionen und Kirchen in Ost-Berlin zu Gesprächen am zentralen „Runden Tisch“



FOTO: DPA/W. KUMM

**9. Dezember 1989**

Zusammenkunft Hans Modrow (MP der DDR) und Björn Engholm (MP von S-H), Gespräch über grenzüberschreitende Zusammenarbeit

**31. Dezember 1989**

Die unabhängige Wochenzeitung „Mecklenburger Aufbruch“ erscheint erstmals

**3. Januar 1990**

Beginn des Abbaus der Grenzsicherungsanlagen in Dömitz



FOTO: IMAGO IMAGES/H. FEDDERSEN

**7. Januar 1990**

Demonstration von 10 000 Bürgern für die Souveränität der DDR und gegen neonazistischen Terror in Neubrandenburg

**5. Februar 1990**

Fünf Oppositionsvertreter werden als Minister ohne Geschäftsbereich in Modrows neuer „Regierung der nationalen Verantwortung“ vereidigt.

**10. Februar 1990**

Michael Gorbatschow stimmt der Wiedervereinigung zu



FOTO: MARTIN ATHENSTÄDT/DPA

1989

1990

## Politik/Gesellschaft

# Buh-Mann und Medienstar

Gregor Gysi war Reizfigur für viele in den Wendejahren, weil er den Übergang in neue Zeiten für die alten Genossen und die SED/PDS ebnete. Auch der Mecklenburger Aufbruch hat sich an Gregor Gysi immer wieder gerieben. Erstaunlich, wie sich die öffentliche Wahrnehmung seiner Person gewendet hat. Als einen der wenigen politisch noch aktiven von damals hat ihn der MA befragt.

**Herr Gysi, als vor 30 Jahren die alte DDR vor dem Zusammenbruch stand, was waren damals Ihre Vorstellungen von einer ostdeutschen Gesellschaft?**

Eine grundsätzliche Reformierung der DDR war vor dem Mauerfall das Ziel der meisten Menschen und gesellschaftlichen Gruppen, die den Aufbruch wagten. Die wenigsten haben zu dieser Zeit den Sozialismus als gesellschaftliches System infrage gestellt, sondern wollten ihn in der Tat demokratisieren, entbürokratisieren, offener, transparenter und bürgernäher gestalten. Ich finde, etwas wie die Runden Tische, an dem Parteien und neue Gruppierungen um Lösungen für das Land rangen und diese gemeinsam fanden, stünde uns auch heute gut zu Gesicht.

**Sehen Sie Ihre Hoffnungen von vor 30 Jahren heute erfüllt?**

Die selbst errungene Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit prägen das Leben der Menschen. Für die jüngeren Generationen ist so etwas wie die Mauer schon fast so weit weg wie das Mittelalter. Die Einheit hat das Selbsterrungene gesichert und Neues geschaffen, aber zugleich mit ihren Fehlern und Versäumnissen dafür gesorgt, dass das Land noch nicht vereinigt ist.

Auch 30 Jahre danach gibt es noch nicht gleiche Löhne für die gleiche Arbeit in gleicher Arbeitszeit und auch nicht die gleiche Rente für die gleiche Lebensleistung. Das ist die größte Enttäuschung und eine offene Wunde der Einheit.

**Es gab damals in der SPD, vor allem von Oskar Lafontaine favorisiert, auch das Model einer deutsch-deutschen Ost-West-Föderation, war das für Sie eine denkbare und praktikable Variante?**

Wenn man dies gewollt hätte, schon. Doch die Regierung Kohl wollte sich auf diese Idee von Anfang an nicht einlassen und die Bürger der DDR wollten in ihrer Mehrheit die konvertierbare D-Mark so schnell wie möglich. Spätestens Anfang Februar, als Gorba-

tschow seine Zustimmung zur Einheit gab, gab es den Weg von Lafontaine nicht mehr.

**Der Filmemacher und DDR-Bürgerrechtler Konrad Weiß hat schon im Frühjahr 1990 von einem Ost-West-Eliten-Konsens in Wirtschaft, Politik und Kultur gesprochen, den es schon direkt vor dem Mauerfall gegeben habe und der in der Folge viele ostdeutsche Protagonisten des Umbruchs ins Abseits gespült habe - wussten Sie davon?**

Wenn es diesen Konsens gegeben hat, war er auf die unmittelbaren Akteure der Herstellung der deutschen Einheit auf beiden Seiten beschränkt. Großen Teilen der ostdeutschen Eliten hingegen blieb der Weg in die gleichberechtigte Vereinigung zunächst versperrt, sie wurden häufig durch westdeutsche Eliten ersetzt und ihre Kenntnisse und Fähigkeiten kaum anerkannt. Ihre Interessen hat dann die PDS vertreten.

**Woran liegt es, dass davon, eigentlich von Anfang an, nichts beim „Normalbürger“ gewachsen ist?**

Die Fehler der Einheit, die Massenarbeitslosigkeit, das Ausdünnen der industriellen Basis durch die Treuhand haben frühzeitig zu einer sozialen und mentalen Deklassierung der Ostdeutschen geführt. So wie die Einheit organisiert wurde, ging von ihr das Signal aus, dass die Ostdeutschen so werden sollten wie die Westdeutschen, um im vereinigten Land Anerkennung zu finden. Das Gefühl, Menschen zweiter Klasse im Land zu sein, ist nicht verschwunden und wird auch von jüngeren Generationen empfunden.

**Was wäre für die Linke zu tun, um vor allem für jüngere Leute interessanter zu werden?**

Nachwuchsprobleme haben in unterschiedlichem Ausmaß viele Parteien. Die Bewegung von FridaysForFuture zeigt, wie engagiert die jungen Leute sind und wie sehr dieses Engagement jenseits von Parteistrukturen stattfindet. Die Parteien werden sich öffnen müssen, wenn sie als Ort der politischen Meinungsbildung Bestand haben wollen.

Bodo Ramelow hat diese Öffnung praktiziert, indem er immer mit den Menschen im Gespräch ist, sich um ihre konkreten Sorgen kümmert. Das ist ein Markenzeichen der Linken und muss es wieder mehr werden. Wir brauchen weniger Selbstbeschäftigung und in manchen Fragen einen einheitlichen Standpunkt. Red.

# Geräuschloser Umbruch

## Fragen an den ersten Sozialminister

*Dr. Klaus Gollert, FDP hat in der ersten Nachwenderegierung M-V vier Jahre lang das Sozialministerium geführt. Das Haus hatte vor allem mit den „Verlierern“ der Wende zu tun, mit den Arbeitslosen, den Sozialhilfeempfängern, mit Pflege- und Sozialeinrichtungen. Dazu gehörten auch die Bereiche Arbeitsmarkt mit Altlasten, Firmenzusammenbrüchen, der große Gesundheitsbereich, die Familienfürsorge und Frauenförderung.*

**Herr Gollert, in den Mecklenburger Aufbruch-Ausgaben kamen Sie mehrfach zu Wort und man konnte den Eindruck gewinnen, Sie und „Ihr“ Haus haben alles gut und richtig gemacht. Sehen Sie das heute auch noch so?**

Im Prinzip ja und ich denke, die Zeit danach hat es bestätigt. Wir haben ab Weihnachten 1990 Tag und Nacht gearbeitet, anfangs ohne Haus und mit 22 Leuten; es war eine tolle, sehr motivierte Truppe. Jeden Morgen um acht Uhr trafen wir uns zur kurzen Informations- und Beschluss-Runde, diskutiert wurde da nicht, das organisierte jeder im speziellen Fachbereich selbst. Anfangs waren wir „Feuerwehr“ für die Alarmrufe aus Krankenhäusern, Polikliniken, Pflegeheimen usw. Die Einrichtungen hatten keinen Pfennig mehr und holten sich Checks bei uns ab, damit sie die Mitarbeiter überhaupt bezahlen konnten.

Am Ende der Legislaturperiode hatten wir 220 Mitarbeiter, mit ihnen unglaublich Vieles zukunftsweisend geregelt und konnten eigentlich stolz auf uns sein. Wir waren bei der nächsten Wahlschockiert, dass das die Wähler nicht anerkannt haben. Wir flogen als FDP kurzerhand aus dem Landesparlament heraus.

**Wenn Sie auf das Erreichte zurückblicken, welches Engagement hat sich besonders gelohnt?**

Es ist mir gelungen, die Herzchirurgie nach Carlsburg bei Greifswald zu holen und dort mit Hilfe eines Investors auszubauen. Das war und ist eine Erfolgsgeschichte.

**Wo hätten Sie aus heutiger Sicht damals gegengesteuert sollen?**

Es wurde alles von mir vorbereitet, eine medizinische Hochschule nach Schwerin zu holen. Ich hatte einen starken Finanzier dafür, eine Partner-Universität für die vorklinischen Bereiche und weitere universitäre Unterstützung. Leider hat die zuständige Kultusministerin ihre Genehmigung verweigert. Da hätte ich stärker intervenieren und mit allen Mitteln kämpfen sollen.

**Wo ist es rückblickend gründlich daneben gegangen?**

Es gab einfach keinen Weg zur Erhaltung von Pflegeheimen. Wir hatten sogar genug Fördermittel

zur Verfügung, konnten aber weder Erhalt noch Ausbau technisch und strukturell hinbekommen, das ist sehr bedauerlich. Wir konnten auch die Schließung vieler Betriebspolikliniken nicht verhindern, da die Kassenärztlichen Vereinigungen die Ärzte massiv in die Niederlassung drängten. Es ist mir nur die Umwandlung einer einzigen Poliklinik in Neubrandenburg in eine GmbH gelungen.

**In einem Interview am 19.2.93 haben Sie als FDP-Minister deutlich geäußert, dass Sie zum auszuhandelnden Solidarpakt Ihren Standpunkt als Sozialminister in M-V gegen die Bonner FDP und für unser Land durchsetzen werden. Das war mutig und ist selten in der Politik. War Ihr Handeln aus Ihrer Sicht erfolgreich?**

Ja schon, aber als Verhandlungspartner war der Vorsitzende der West-FDP, Otto Graf Lambsdorff, wirklich hammerhart. Wir haben viel gestritten, er hat aber auch viel geholfen. So war er strikt dagegen, dass es in M-V Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) gibt, weil der erste Arbeitsmarkt gestützt werden muss. Das ist richtig, aber als einziges Modell für M-V nicht brauchbar, weil es so viele Arbeitsplätze schlicht nicht gab. Die ABM als Übergangslösung habe ich gegen die Bundes-FDP-Politik und für sehr viele Menschen in M-V durchgesetzt und stehe dazu. Red.

# Verpatzte Wahl

## Heiko Lietz erinnert sich an den Alleingang des Neuen Forums

Ein trauriger Tag für die Bürgerbewegung in Mecklenburg-Vorpommern: Jene Menschen, die maßgeblich an der demokratischen Umwandlung der DDR beteiligt waren, schafften es am

14. Oktober 1990 nicht in den ersten frei gewählten Landtag – obwohl sie mit ihren Gruppierungen insgesamt 9,3 Prozent der Stimmen erzielten und damit das zweitbeste Ergebnis. Die Crux daran war: die Grünen, das Neue Forum und Bündnis 90 traten mit drei getrennten Wahllisten an, so schaffte nicht einer die Fünf-Prozent-Hürde. Dass M-V damit als einziges Bundesland ohne parlamentarische Vertretung der Bürgerbewegung dastand, hatten sie sich also selbst zuzuschreiben. Und es ärgert Viele bis heute. „Wir



Transparent der Theatermaler, 1989

FOTO: PETSCHULAT

hatten total versagt“, beschreibt es der Schweriner Bürgerrechtler Heiko Lietz, damals Spitzenkandidat des Neuen Forums für die Landtagswahl. „Viele von uns dachten, wir sind stark und brauchen nicht mit den anderen zusammen zu gehen. Es waren im Neuen Forum viele Neue an die ‚Macht‘ gekommen, ohne Politik-erfahrung und Bezug zu anderen Bürgerrechtlern. Sie plädierten für den Alleingang. Als Landessprecher des Neuen Forums in M-V musste ich die Entscheidung nach außen tragen. Ich fühlte mich ganz

unwohl in meiner Haut und dachte, das kann nicht sein, dass wir nebeneinander antreten.“ Bis heute grübelt Heiko Lietz darüber nach, was gewesen wäre, wenn... Der Einzug in den Landtag hätte durchaus Bedeutung gehabt. In diesem Fall hätten CDU und FDP keine Mehrheit erlangt. Anzunehmen ist, dass es zu einer großen Koalition gekommen wäre. Dies hätte wiederum Einfluss auf die nächste Landtagswahl gehabt und so weiter. Doch so verschwanden die Gruppierungen der Bürgerbewegung erst einmal von der Bildfläche. „Und das Neue Forum wurde für die Landespolitik quasi bedeutungslos“, so Heiko Lietz. „Dafür mussten wir dann mit ansehen, wie die Linkspartei.PDS bei der zweiten Wahl 1994 an uns vorbei in den Landtag einzog – was für ein schmachvoller Anblick!“ Red.

## Zeitstrahl

**3. März 1990**  
Gründungstreffen der DDR-Oppositionsgruppe „Neues Forum“ für das Land Mecklenburg-Vorpommern in Güstrow



FOTO: DPA

**16. März 1990**  
Der Ministerrat der DDR bestätigt eine Beschlussvorlage, nach der insgesamt 10,8 Prozent der Landesfläche der DDR, insgesamt 23 Gebiete unter vorläufigen Natur- und Landschaftsschutz gestellt werden (6 Biosphärenreservate, 5 Nationalparks, 12 Naturschutzparks)

**18. März 1990**  
Erste Volkskammerwahl der DDR unter demokratischen Bedingungen



FOTO: DPA/WOLFGANG KUMM

**6. Mai 1990**  
Erste und gleichzeitig letzte freie Kommunalwahlen in der DDR

**1. Juli 1990**  
Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion

**31. August 1990**  
Volkskammerbeschluss über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 GG, Unterzeichnung des Einigungsvertrages



FOTO: PETER KNEFFEL



## Jugend

## ABITURIENT und ZEITZEUGE



Große Demo auf dem Alten Garten in Schwerin am 23. Oktober 1989.

FOTO: JENS ROSBACH

Als die Schweriner auf die Straße gingen, hatten sie Kerzen in der Hand und selbstgebastelte Transparente – keine Fotoapparate. Und Handys gab es damals noch nicht. Zudem ignorierten viele staats-treue Zeitungen die Massenproteste. Jens Rosbach griff hingegen sofort zu seiner robusten Praktica-Spiegelreflexkamera. Der damals 18-Jährige hatte gerade Abitur gemacht und war preisgekrönter Amateurfotograf. „Ich hatte das Gefühl, dass etwas Weltbewegendes, etwas Historisches passiert“, erinnert er sich heute. „Das wollte ich un-

bedingt festhalten.“ So dokumentierte er wochenlang auf zahlreichen Schwarzweißfilmen den politischen Umbruch in seiner Heimatstadt. Der Vorteil des jungen Mannes war, dass er sich frei bewegen konnte. Ein älterer Fotograf wäre möglicherweise als Stasi-Observierer wahrgenommen worden; die Demonstranten hätten wohl nur noch ängstlich oder wütend in die Kamera geschaut. Der Teenager konnte jedoch hunderte Aufnahmen von glücklichen Kerzenträgern machen. Um die Menschenmassen gut einzufangen, kletterte Jens

Rosbach auch auf Baugerüste und Mauervorsprünge. Dabei fürchtete er, dass Volkspolizei und Geheimdienst ihm die Filme wieder wegnehmen könnten. Aber die Behörden waren längst in eine Schockstarre gefallen. Die historischen Aufnahmen von Jens Rosbach stellen heute die größte Bildsammlung der Friedlichen Revolution in Schwerin dar. Sie wurden mehrfach in Ausstellungen, Büchern und im Fernsehen präsentiert. Die Fotografien können auch heute noch bestellt werden unter <https://jensrosbach.de>

Jens Rosbach

## Azubis im Prozess

Die Landesberufsschule der Handwerkskammer Lübeck liegt direkt am Priwall, dem früheren Grenzbereich zur DDR/Nordwestmecklenburg. Deshalb waren einige der Bootsbaulehrlinge besonders an einem Projekt interessiert, bei dem sie selbst recherchieren konnten, was über das Leben und die Geschichte der DDR zu erfahren war. Aus dem 2. Lehrjahr fassen Justin Huneck (27, Hamburg), David Gödde (25, Niedersachsen), Paula Harms (20, Bayern), Lasse Sojak (17, Schleswig-Holstein) und Rune Jannik (19, Schleswig-Holstein) ihre zahlreichen Eindrücke hier zusammen:

Die Geschichte der DDR ist mit ihren Glanzstunden und Gräueltaten noch sehr jung und doch für uns, als erste Generation, die diese nur aus Erzählungen und den Betrachtungen des „Mecklenburger Aufbruch“ kennt, zum Teil schon schwer greifbar. Wir wuchsen auf in einem vereinten Deutschland, waren frei, konnten weltweit reisen, ohne den kalten Atem der Staatssicherheit in unserem Nacken.

Zum Glück sind wir noch in der Lage, Zeitzeugen Gehör zu schenken und Wissen aus den zahlreichen Informationen bestehend aus hunderten laufenden Metern Stasiakten zu ziehen. Und gerade dadurch beweist sich hier erneut die Wichtigkeit des Erhalts und der Veröffentlichung der Stasiakten. Die Einsicht in die Akten zeigt uns und den Generationen nach uns, wie sensibel ein Mensch in seiner Persönlichkeit ist und wie wertvoll persönliche Daten eines einzelnen sind. Aber im Gegensatz dazu auch, wie viel Macht ein Mensch bzw. eine Interessensgruppe mit Besitz von Informa-

tionen gegenüber anderen haben kann. Gerade deshalb ist es umso erschreckender, dass wir im Zeitalter des Internets und der allgegenwärtigen sozialen Netzwerke uns dieser Gefahr letztlich zu wenig bewusst sind. Wir nehmen die gesetzlich gesicherte Freiheit und Rechtsprechung einfach als selbstverständlich an.

Wenn man jedoch den Blick selbst in unserer „aufgeklärten“ Gegenwart international ein bisschen schweifen lässt, zeigt sich, was für ein Privileg wir damit haben. Umso wichtiger ist es deshalb, die noch junge Geschichte in unseren Köpfen zu behalten, aus ihren Fehlern zu lernen, für den Erhalt unserer persönlichen Freiheit und Menschenrechte zu kämpfen und gleichzeitig vorsichtig mit unseren vertraulichen Daten umzugehen.

Was die jungen Leute nach ihrem Besuch des Dokumentationszentrums für die Opfer deutscher Diktaturen in Schwerin bewegte, lesen Sie auf S. 11

## „Lasst uns reden!“

Schülerin berichtet über ein aufregendes Geschichtsprojekt

Mehr Toleranz, Freiheit, Akzeptanz und Offenheit - es gibt immer Anlässe, dass sich Menschen für diese Forderungen heutzutage einsetzen. Welche Rolle spielen dabei Geschichte und Religion?

Vor einiger Zeit nahmen ein paar Klassenkameraden und ich an einem Geschichts-Projekt zur friedlichen Revolution im Herbst 1989 teil, bei dem sich damals 40 000 Menschen friedlich auf der Straße für politische Veränderungen einsetzten. Durch dieses Projekt schlossen wir Bekanntschaft mit Uta Loheit, die uns bei den Aufarbeitungen des Erlebten von damals half.

Sie stellte sich unseren Fragen und schilderte ihre Erfahrungen mit der DDR und aus dem Wendeherbst in einem Interview. Das Ergebnis dieses Projekts, ein Kurzfilm, entstand in Zusammenarbeit mit unseren Geschichtslehrern, sowie der Landeszentrale für politische Bildung und der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung

der SED-Diktatur. Der Kurzfilm erzählt von individuellen Schicksalen ehemaliger DDR-Bürger und ihren Wünschen von einer demokratischen und freiheitlichen Zukunft. Am 23.10.2019 – dem 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution in Schwerin – wurde ein Festakt in der Stadt abgehalten.

Im Nachgang des Interviews mit Uta Loheit weckte sie unser Interesse für ein weiteres Projekt, bei dem es sich um eine Veranstaltung der Paulsgemeinde Schwerin zu den Ereignissen von vor 30 Jahren handelte. Ziel war es, Fragen zu stellen, die darauf abzielen, Schlussfolgerungen für heute zu ziehen.

Bei diesem offenen, gleichberechtigten Austausch diskutierten Jung und Alt über das Neue Forum, Fridays for Future und wurden von Auszügen aus dem Schweriner Theaterstück „Linien“ begleitet.

Durch die Teilnahme wurden wir aufmerksam auf den damali-

gen „Mecklenburger Aufbruch“ – eine Wochenzeitung als Stimme demokratischer Gruppen in Mecklenburg, entstanden im Winter 1989 und äußerten unser Interesse an der Teilnahme an diesem Projekt. Ich finde es spannend, dass die Sichtweise einer 16-jährigen Schülerin aus Schwerin auf die Ereignisse der Friedlichen Revolution in einem kleinen Artikel der geplanten Sonderausgabe des „Mecklenburger Aufbruch“ erscheinen darf.

Ich habe mir durch das Geschichtsprojekt in den vergangenen Wochen viele Gedanken zur Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Religionsfreiheit gemacht. Trotz meiner Konfessionslosigkeit ist Religionsunterricht von Wert. Er gibt Orientierung und Antworten auf das Leben.

Damals, in der DDR, war die Religionsausübung eingeschränkt. Die Religionsfreiheit war in der DDR-Verfassung mit verankert, jedoch sah die Partei- und Staatsfüh-

rung in den Christen ideologische Gegner und versuchte den Einfluss der Kirchen im gesellschaftlichen Leben zurückzudrängen. Es gab demnach eine strikte Trennung von Kirche und Staat. Außerdem wurde versucht die Erziehung im Bildungswesen der DDR atheistisch durchzuführen und die Kinder wurden dem kirchlichen Einfluss weitestgehend entzogen.

Zusätzlich wird der Konfirmation und der Firmung das Fest der Jugendweihe entgegengesetzt. Somit wurde der Einfluss der Kirche und die Religionsfreiheit deutlich eingeschränkt. Heutzutage steht im Schulgesetz des Landes MV, dass der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen ein ordentliches Unterrichtsfach ist.

Dieser Unterricht sollte allen Interessierten, ganz gleich ob konfessionsgebundenen oder -losen Schülern eine Möglichkeit geben, sich mit der Religion auseinanderzusetzen... Wir leben in einer Welt,

in der unterschiedliche Religionen und Kulturen aufeinander treffen, weil das Zusammenleben der Menschen durch Migration, digitale Kommunikation, Reisefreiheit und Freizügigkeit in der Arbeitswelt immer globaler wird.

Unsere Gesellschaft hat die Möglichkeit sich vielfältig zu entwickeln. Wichtig für mich ist, dass der Religionsunterricht Ansichten und Einblicke in andere Religionen bietet und das Interesse für zum Beispiel Hinduismus, Islam, Buddhismus oder Judentum weckt. Ich finde, Glaube sollte ebenso offen sein, wie sich die Menschen in den offenen Diskurs während der friedlichen Revolution begeben haben. Die liberale, offene und tolerante Ausübung der Religion könnte man auch auf die freie, offene und tolerante Politik beziehen.

Danka Ohde,

Niels Stensen Schule Schwerin Jahrgangsstufe 11

## Zeitstrahl

**3. Oktober 1990**  
Vollzug der Deutschen Einheit, Neugründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus den ehemaligen Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin

**14. Oktober 1990**  
In Mecklenburg-Vorpommern findet die erste Landtagswahl statt – die erste Landesregierung ist eine Koalition aus CDU und FDP, geführt von Alfred Gomolka

**27. Oktober 1990**  
Schwerin wird vom Landtag zur Hauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern gewählt



FOTO: DPA

**17. Januar 1991**  
Der Deutsche Bundestag wählt Helmut Kohl zum ersten Kanzler des wiedervereinigten Deutschlands

**20. Juni 1991**  
Hauptstadtbeschluss: Der Bundestag beschließt den Umzug von Regierung, Parlament, Bundesrat und Bundespräsident nach Berlin

**26. Dezember 1991**  
Auflösung der Sowjetunion

**19. März 1992**  
Regierungsbildung in MV: Bernd Seite wird Ministerpräsident der CDU/FDP-Regierung. Er führt von 1994-98 eine CDU/SPD-Regierung

**9. Mai 1992**  
Staatsvertrag zwischen den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze

**27. August 1992**  
In Rostock-Lichtenhagen attackieren Rechtsextremisten mit hunderten Anwohnern das von Vietnamesen bewohnte Sonnenblumenhaus



FOTO: DPA/JENS KALAENE

1990

1991

1992

## Bildung

### Hoffnung und Wirklichkeit

# Schule in der Wende

Im Herbst '89 hatten wir vom Neuen Forum aus in Schwerin eine Bildungsgruppe gegründet. Dass ich zu der Zeit u.a. über Bildungssysteme promovierte, half unserer Gruppe, in großer Bandbreite über Bildungswege, Schulformen und Veränderungsmöglichkeiten nachzudenken. Die Unsicherheit war groß. Was soll werden? So weitermachen wie bisher – das konnte weder für Lehrer, noch für Schüler, noch für Eltern die richtige Lösung sein. Wo sollte aber angesetzt werden?

Wir haben erstmal angefangen Vorträge in Schwerin und Besuchsreisen zu Schulen in Hamburg und Schleswig-Holstein zu organisieren, um dem Informationsdefizit zu begegnen. Durch Verabredungen mit Lehrern und Schulen, später dann mit einem Schulamts war es möglich, dass ab August 1990 über 750 Lehrerinnen und Lehrer bis zu zwei Wochen an Hamburger Schulen hospitierten. Der Andrang war so groß, dass über 1000 Bewerbungen um Hospitationsplätze 1990 nicht realisiert werden konnten. In Mecklenburg selbst stellten sich reformpädagogische Schulen vor und interessierte Schulen und Lehrerschaften folgten Einladungen, sich solche anzusehen und anzuhören. Auch der Mecklenburger Aufbruch betrieb in dieser Hinsicht Aufklärungsarbeit.

Uns war klar, dass das DDR-Schulsystem in seinen 40 Jahren ziemlich stark auf die ganze Gesellschaft eingewirkt hatte. Eltern wie Kinder durchliefen das zentralistische, autoritäre, antidemokratische, Wissensstoff-fixierte, teilweise unwissenschaftliche System, das zudem hochgradig selektiv, parteilich und ideologisch ausgerichtet war. In unserer und anderen Bildungsgruppen wurde heiß diskutiert: Welche Fragen mussten zuerst gestellt werden, um eine wirksame Veränderung im Unterricht und eine Erneuerung der pädagogischen Ausrichtung der Lehrerschaft zu erreichen?

Sollen zuerst der Unterricht und die Inhalte unter die Lupe genommen werden oder muss man zuerst bei der Lehrerschaft und deren Fortbildung ansetzen? Sind möglicherweise die Rahmenbedingungen gleich grundlegend neu auszurichten? Hat man die Zeit, die in den skandinavischen Ländern erprobt und weltweit als zukunftsweisend anerkannten Bildungssysteme auf uns zu beziehen? Welche Vorbilder wählt man? Wir suchten intensiv nach den besten Lösungen.

Im Juni 1990 nahmen die neu

eingerrichteten Bezirksverwaltungsbehörden ihre Arbeit auf, die den Übergang von den Räten der Bezirke der DDR zu den neuen Landesregierungen in den neuen Bundesländern vorbereiteten. Für den Bildungssektor und einige andere Bereiche im Bezirk Schwerin wurde ich als Ressortleiterin eingesetzt. Mir war sehr wichtig, Räte für Lehrer, Schüler und Eltern sowie Schulkonferenzen im Bezirk Schwerin einzurichten, damit noch vor der Länderbildung diese Gremien arbeitsfähig werden und auch die Direktoren neu bestimmt werden konnten. Mit den Ressortleitern der Bezirke Rostock und

ein Schulverfassungsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern vorgelegt. Zu diesen wurden Seminare und Fachgespräche mit der Lehrerschaft angeboten, auch zur Analyse des Einigungsvertrages (Abschnitt Bildung und Wissenschaft), immer mit dem Ziel, was für unser junges Bundesland M-V passen könnte.

All dies wurde vom Tisch gewischt, als zum Ende des Jahres 90 die neue Landesregierung und mit ihr die Länderhoheit im Bildungswesen Einkehr hielten. Nun ging es nicht mehr um die Frage, wie ein selbstbestimmter Aufbruch in eine zeitgemäße zukunftsweisen-

vom Tisch gefegt wurden. Wie kann jemand, der unter einer zentralistischen Partei gelitten hat, selbstherrlich ansagen, was ein ganzes Land im Bildungssektor zu machen hat und gleichzeitig die Vorschläge von der anderen großen Volkspartei SPD in den Müll kippen? Man hatte den Eindruck, hier hat Margot Honnecker Theologenkreide und CDU-Geist geschluckt und fährt mit ihrer Schulpolitik fort.

Soweit war es also schon wieder im Herbst 1991. Machtlosigkeit gegenüber einem unsinnigen und ungsgegenüber ungerechten Vorgehen machte sich breit. Der Mecklenburger Aufbruch kritisierte Herrn Wutzkes Aktionen wenigstens deutlich und zeigte, wie er zugleich auf Lehrer und belastete Hochschullehrer schimpfte oder auf die dummen Studenten, die demonstrieren gehen, statt im Hörsaal zu sitzen. Der Mecklenburger Aufbruch übertitelte sinngemäß: Herr Ministerpräsident, schmeißen Sie den Kultusminister raus (s.u.). Für die „Leistung“ des ersten Kultusministers des Landes M-V kann man das Sprichwort anwenden: Wenn der erste Knopf falsch geknöpft ist, sind alle anderen auch falsch.

Die schlecht gesetzten Prämissen im Schulbereich und ihre sich anschließenden mühsamen Korrekturen wirken bis heute. Das offenbar ungeliebte Kultus-Ressort hatte seit 1990 neun Minister. Mit diesen kamen natürlich neue Schulgesetze und Bestimmungen und Neues in Ausbildung und Fortbildung. Zugleich kam viel zu wenig Geld, um neue Lehrer zu gewinnen. Bei den Inhalten kamen die außerordentlich wichtige Medienbildung oder die politische Bildung viel zu kurz, auch vieles Andere wurde nicht annähernd den Erfordernissen der neuen Zeit angepasst.

Das Thema „Moderne Schule“ ist kein Vorzeiger für unser Bundesland, zumal der Eindruck besteht, es wird in der Fläche wie 1989 lehrerzentriert, frontal oder nicht-differenziert unterrichtet. Aber die Schwäche der staatlichen Schulen hat im Ergebnis so viele Freie Schulen auf den Plan gerufen, wie in keinem anderen Bundesland. Jede für sich ist ein hoffnungsvoller Aufbruch von Eltern, Lehrern und Interessierten, die oft sehr große Mühe aufgewendet haben, um ihr Ziel trotz vielfältiger Hürden von Seiten der staatlichen Schulverwaltung zu erreichen. Wenigstens diese Möglichkeiten sind ein Glück für unsere Kinder und Enkel und zeigen: Jeder Aufbruch lohnt!

Dr. Ulrike Petschulat

## Mehr Demokratie lehren

Hakenkreuzschmierereien, antisemitische Beleidigungen, rechtspopulistische Ausgrenzungen und Hassreaktionen sind an Schulen oft Thema. Offenkundig bedarf auch die familiäre Situation von Schülern oft der stärkeren Unterstützung. Die Bildungseinrichtungen sind verstärkt gefragt, die demokratiefeindlichen Denkmuster zu erkennen, die ethnozentristische Menschenfeindlichkeit und das Leugnen von Fakten als pädagogische Herausforderungen anzunehmen.

Mecklenburg-Vorpommern hatte sich 2002 bis 2006 mit 15 Schulen am Bund-Länder-Programm DEMOKRATIE LERNEN UND LEBEN beteiligt. Auslöser waren rechtsextremistische Gewalttaten der 1990er Jahre und die Einsicht, dass die pädagogische Schulentwicklung „leistungsfähiger“ werden müsse. Die gut aufgestellte politische Bildung sollte ergänzt werden.

Soziales Lernen, das zum Erwerb demokratischer Handlungskompetenzen führt, soll u. a. die Werteverständigung im Sinne der Gleichwürdigkeit aller Menschen und gewaltfreie Konfliktfähigkeit trainieren. Einfühlungsvermögen und Lebensfreude als verlässliche Dimensionen des Schullaltags sollten mehr Raum erhalten. Sich einseitig an Leistungserwartung und kognitiver Wissensspeicherung zu orientieren, ist in demokratiepädagogischer Hinsicht mäßig erfolgreich.

Demokratiebildung ist im Schulgesetz genannt, jedoch selten überzeugend vorhanden, auch nicht in der Lehrerbildung. Sie sollte das demokratische Miteinander bewusst einüben und unter Rückgriff auf ihre geistesgeschichtlichen Wurzeln die Demokratie als Herrschafts- und Gesellschaftsform, vor allem jedoch als Lebensform plausibilisieren.

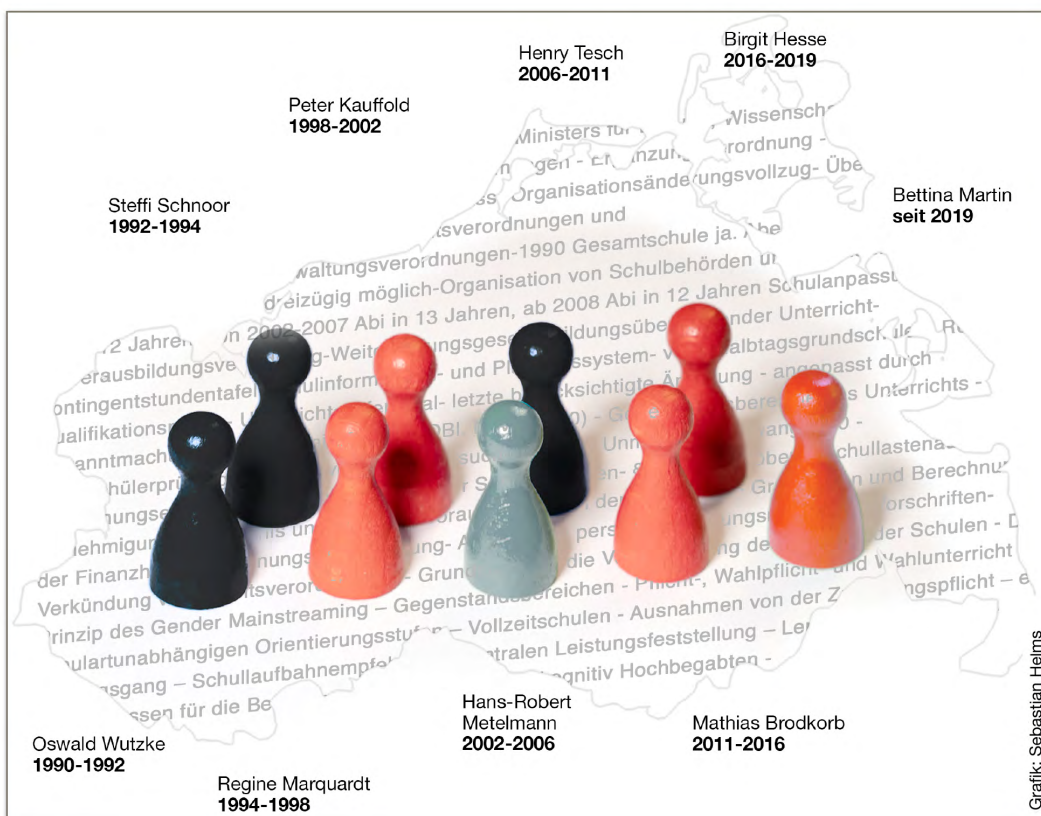
Junge Menschen sollten die Schule als Lebensort gestalten, Selbstwirksamkeit erfahren und mutigere Aushandlungsprozesse bei gegensätzlichen Interessen einüben.

Wie sonst können die innere Bejahung eines fairen Miteinanders und das Interesse für den Schutz demokratischer Institutionen geweckt werden?

Die Überwindung der kulturellen Desorientierung und der Sinn für soziale Einbindung müssen kräftiger zum Zug kommen. Wie das konkret zu machen ist, steht im Katalog „Merkmale demokratiepädagogischer Schulen“, den die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. (DeGeDe) mit erarbeitet hat.

Die KMK hat mit Beschlüssen zur Stärkung der Demokratieerziehung und Menschenrechtsbildung das Thema Demokratiepädagogik gepusht. Parallel ist das bundesweite Bündnis für Bildung für eine demokratische Gesellschaft entstanden, das sich für „Demokratie lernen und leben für alle“ einsetzt.

Wolfgang v. Rechenberg



Grafik: Sebastian Helms

Neubrandenburg gab es unkomplizierte Abstimmungen in den Sachfragen. Im September 1990 kamen Bildungsexperten aus Hamburg und Schleswig-Holstein zur Hilfe, die sehr engagiert kreative Vorschläge für die Entwicklung neuer Schulmodelle für unser Bundesland erarbeiteten.

Gebremst wurde dieser hoffnungsvolle Prozess, als auf Beschluss des CDU-Bildungsministers der letzten Volkskammer der DDR, Prof. Hans-Joachim Meyer, sehr plötzlich Landesschulräte installiert wurden. Das hieß, uns drei Ressortleitern der Nordbezirke wurde ein Landesschulrat vor die Nase gesetzt mit dem Auftrag, die Bildungsbelange der neuen Landesregierung vorzubereiten. Mit ihm zusammen wurden zwar Vorstellungen entwickelt, wie das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern Neues und Bewährtes für den Bildungssektor in ein machbares System bringen konnte. Aber hier erlebte ich das erste Mal nach der Wende, dass Parteien die Richtung bestimmen, die Entscheidungen treffen und kaum Raum für Abwägungen ließen, ob etwas zu den Menschen des Landes passt.

Im August 1990 hatten schon seitens der Hamburger SPD fertige Entwürfe für ein Schulgesetz und

de Pädagogik münden kann. Mit der Gründung der Abteilung Schulen im neuen Kultusministerium gab es ein Schreiben des neuen Ministers Oswald Wutzke, das am 20. Dezember an alle Pädagogen des Landes erging. Darin wurde ein Schulreformgesetz angekündigt, das in der Praxis die Übernahme des dreigliedrigen Schulsystems und anderer CDU-Bildungsprämissen bedeutete.

Der Mecklenburger Aufbruch berichtete an unzähligen Stellen von Schwierigkeiten durch dieses Vorgehen. Mir liegt der Abschiedsbrief des damals so hoffnungsvollen Leiters des Landesinstitutes für Schule und Ausbildung (L.I.S.A.) vor, der zusammen mit vier Beratern aus Schleswig-Holstein nach einer intensiven Einrichtungsarbeit des L.I.S.A. im September 1991 quasi aus dem Land geekelt wurde, weil deren Aufbau-Arbeit den parteipolitischen Interessen des Kultusministers nicht entsprach. Er fand bittere Worte und bedauerte zutiefst, dass viele Hoffnungen für das Land zu begraben wären.

Ich war erschüttert, wie man mit jungen aktiven Kollegen aus dem Westen umging und darüber, wie mit einem Handstreich die Empfehlungen der Arbeitsgruppen

## Bildung

Schauspielerin Bärbel Röhl schob in der ersten Ausgabe des MA eine lebhafte Diskussion zum Thema Krippen an

# Betreuung im Viervierteltakt

„Zerstören Kinderkrippen das Urvertrauen?“ Mit der Frage eröffnete die Schauspielerin Bärbel Röhl in der allerersten Ausgabe des MA ein lebhaftes Diskussionsforum. Sie beschrieb die optimalen Mutter-Kind-Bindungen bei Indianerfamilien und stellte fest, dass die Verhältnisse in den Krippen nicht geeignet wären, eine solche Vertrauensbasis zu schaffen. Es war von Einsamkeit, Aufbewahrung oder ideologischer Beeinflussung der Kleinsten die Rede. Mütter aus dem Diskussionsforum betonten die enge Verbindung von Mutter und Kind – ganz besonders in den ersten drei Jahren.

Es wurde verlangt, bei der zukünftigen Bildungsreform drei Babyjahre vorzusehen und vom Staat bezahlen zu lassen, denn die Kosten für Kinderkrippen wären auch nicht viel geringer. Laut Statistik würde das fundamentale Recht des Kindes auf die Mutter in der DDR weltweit am häufigsten vorenthalten, da 81 % der Kleinkinder die Krippe besuchen mussten (Platz 2 mit 26 % die CSSR).

Die dreijährige Nähe zu den Kleinkindern fehle auch den Müttern, die in ihrem eigenen sozialen Lernen fundamental gefordert wären und dazu auch ge-

schult werden (müssen). Eine erfahrene Kinderärztin kommentierte: Die Mütter gingen lieber zur Arbeit, als sich den ganzen Tag mit den Kindern auseinandersetzen zu müssen, sie gäben ihre Kinder blind in die Anonymität mit Argumenten wie: „Schließlich ist es das Beste für das Kind.“ „Ich war lange genug zu Hause“, „Man braucht doch das Geld“. Müssten sie bezahlen, würden sie es sich genauer überlegen.

In Nr. 4 und 5 1990 kommen Erzieherinnen zweier Krippenkollektive zu Worte, die davon berichten, wie schnell aus Wunschkindern sozusagen in-der-Krippe-abgegebene Lasten werden. Sie beschreiben drastisch, dass die Kinder viel zu früh und viel zu lange in die Krippe kommen. Sie stimmen mit der Meinung überein, dass sich im intakten häuslichen Umfeld ein Kleinkind optimal entwickeln kann.

Aber sie beschreiben auch, dass manche Kinder in der Krippe und im Kindergarten besser aufgehoben sind, als zu Hause. Der Aufenthalt in der Krippe sollte allerdings bessere Bedingungen aufweisen, wie z.B. höchstens 6-8 Kinder pro Erzieherin in einer Gruppe.

Hier meldete sich die Chefredakteurin des MA persönlich zu Wort:

## Kinder, Kinder...

Keines der in der ersten Nummer des „Mecklenburger Aufbruchs“ angerissenen Themen hat so große Resonanz gehabt wie dieses!

Die Meinungen waren sehr vielschichtig, manch eine Leserin fühlte sich einer Meinung mit der Autorin, etliche lehnten den Standpunkt Frau Röhl's schlankweg ab, etliche verteidigten sich für ihren Beruf der Krippenerzieherin, manche waren betroffen, weil sie ihre Kinder in Krippen unterbrachten. Das zeigt uns, dass dieses Thema wohl nicht so leicht abgearbeitet werden kann.

Ich möchte ganz deutlich machen – es geht hier nicht um die Verurteilung von Menschen, sondern um Bewusstsein von Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft. Mich hat berührt, dass viele Frauen, die Müttern das Aufziehen der Kinder abnehmen, sich verteidigen müssen! Wer hätte das Recht, sie zu verurteilen? Sollen wir ihnen nicht danken, dass sie es möglich machen, dass Frauen arbeiten können? Sollten wir ihnen nicht danken, dass sie für die Kinder unseres Landes Zeit und Nerven haben? An den Pranger gehört eine verfehlte Lohn- und Preispolitik der Vergangenheit. Warum verdienen in unserem Land Arbeiter, auch Akademiker so wenig, dass beide Elternteile arbeiten müssen, um einen befriedigenden Lebensstandard zu realisieren? Das trotz der Schleuderpreise für lebensnotwendige Güter?

Es steht zu vermuten, dass hinter dieser Lohnpolitik auch das Konzept stand: Die Kindererziehung zu kollektivieren. So hatte Vater Staat die Landeskinder von Anfang an, sie zu bilden nach seinem Maß.

Regine Marquardt

Mit diesem Artikel aus dem Mecklenburger Aufbruch von 1990 (Nr.5 S.3) wird eine Zwischenbilanz zu den „Kinderkrippen“ gezogen. Es ist ein aufwühlendes Thema, das noch in fünf weiteren Ausgaben von Leser\*innen kommentiert wurde. Soweit der Blick in die Vergangenheit.

Die Entwicklung der vergangenen 30 Jahre führte weg von den DDR-Krippen hin zu Kindertagesstätten in vor allem privater oder kirchlicher Trägerschaft. Sie bieten den Kindern und Eltern je nach eigenen Plänen, Ausstattung und Vermögen Programm, liebevolle Begleitung, Inklusion oder auch Aufbewahrung bis zu später Stunde. Wie sich Eltern, Kinder und Kindertagesstätten-Mitarbeiter\*innen dabei zusammenfinden und wie zufrieden sie sind, ist sicherlich sehr verschieden.

Aber es gibt eine große Vielfalt und jedes Kind kann mittlerweile per Gesetz einen Kitaplatz beanspruchen. Das ist eine grundsätzlich positive Entwicklung. Die Landesregierung M-V hat die volle Beitragsfreiheit im Blick. Es ist gut gedacht, dass Bildung für alle vom ersten Tag an frei ist.

Wenn wir bedenken, dass das wertvollste, was eine Gesellschaft hat, ihre Kinder sind, gäbe es noch Luft nach oben. Dazu gehört die Verkleinerung der Gruppen, die Verbesserung der Bedingungen für Erzieher\*innen oder auch höherwertige inhaltliche Angebote in Kitas.

An dieser Stelle haben Ministerien des Landes, Kita-Träger, Kita-Leitungen, Mitarbeiter\*innen und Eltern noch eine Menge gemeinsamer Themen. Red.

## Unvorstellbar und betroffen

Geschichtsstunde für Lübecker Azubis im Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen

**Cathleen Minners aus Schleswig-Holstein, auszubildende Bootsbauerin im 2. Lehrjahr**

Freiheitsrecht und Menschenrechte: Im Rahmen eines Klassenausfluges fuhren wir ins Staatssicherheitsgefängnis nach Schwerin. Schon beim Hineingehen fuhr mir ein Schauer über den Rücken und die dort aufgestellten Überwachungstapes schürten ein Gefühl von Enge und Kontrolle. Während der Führung nahmen wir einen älteren, sehr aufmerksam beobachtenden Herrn wahr. Er nahm immer mehr Platz in unserer Gruppe ein und fing an, von sich selbst zu erzählen. Er war als Staatsfeind über vier Jahre hier eingesperrt. Nach und nach kamen wir ins Gespräch. Was da zu unseren Ohren kam, löste absolute Fassungslosigkeit und Unverständnis aus, gerade auch, weil es zu damaliger Zeit pure Realität und Gesetz war! Da er trotz schlechter Bedingungen und extremer Unmenschlichkeit sein Urteil über die Verweigerung des Fahneids aufgrund eines Berufswechsels nicht anerkennen wollte, musste er seine Strafe voll absitzen. Auch nach der Entlassung erfuhr er jahrelang Schikanen und wurde als Krimineller abgestempelt.

Nun frage ich mich, wie eine solch banale Entscheidung des

Berufswechsels so starke Auswirkungen auf das eigene Leben und das der Familie haben kann. In meinen Augen ist dies eine unvorstellbare Einschränkung der persönlichen Freiheit und Autonomie des Menschen. Auch wenn ich heute noch Bootsbau lerne, kann ich mich schon morgen für eine neue Idee faszinieren, ich kann studieren solange meine Qualifikation reicht und ich kann reisen wann und wohin meine Finanzen es zulassen! Dafür bin ich sehr dankbar und weiß dies nach meinem Besuch im Dokumentationszentrum deutlich besser zu schätzen!

**Nadja Flachmann aus Thüringen, auszubildende Bootsbauerin im 2. Lehrjahr**

Stasimitarbeiter im öffentlichen Dienst: Ich wusste bis vor kurzem überhaupt nicht, dass Stasimitarbeiter wegen ihrer Tätigkeit im MfS nach dem Fall der Mauer nicht angeklagt wurden. Letzte Woche war ich mit meiner Berufsschulklasse im ehemaligen Stasiknast in Schwerin. Ich erfuhr, dass die meisten nicht angeklagt werden konnten, da nach DDR-Recht verurteilt wurde. Das ist für mich so unfassbar, nach dem was ich alles über die Menschenrechtsverletzungen in der DDR erfahren habe. Und zudem sind viele ehemalige Stasi-Mitarbeiter (17000 laut Financial



Die Bootsbauer-Lehrlinge im Dokumentationszentrum

FOTO: JÜRN KUDLA

Times Stand 2009) nach 1989 direkt in öffentliche Ämter gekommen oder zur Polizei gewechselt. Ich kann nicht fassen, dass so etwas in Deutschland heute noch toleriert wird. Die Menschenrechte, die heute ein Grundstein unseres Rechtsstaates bilden, sollten auch rückwirkend gelten, sodass damalige Verbrechen geahndet werden können.

**Mathis Eckmann aus dem Allgäu, Florian Woll aus Usedom, auszubildende Bootsbauer im 2. Lehrjahr**

Staatsfeind in der DDR und heute: Um ein potenzieller Staatsfeind der DDR gewesen zu sein, musste man sich keines schwerwiegenden Vergehens schuldig

gemacht haben. Man wurde trotzdem unverhältnismäßig hart bestraft. Durch das äußerliche Erscheinen, den Umgang mit der Kirche, das Hören westlicher Radiosender, Verweigerung der Wehrpflicht, Ablehnung der SED und vieles mehr, für unseren Horizont völlig belanglose Dinge, geriet man schon ins Visier der Stasi. Zusammengefasst, alles was nicht zum Gedankengut des Sozialismus oder der Parteiführung passte, konnte und wurde gegen die Bürger verwendet um den Staat zu „schützen“.

Heute leben wir in einem Staat, der nicht ideologisch geprägt ist und in dem Meinungsfreiheit großgeschrieben wird. Im Alltag wird kaum ein Gedanke daran

verloren, ob man etwas Falsches gesagt hat, oder ob dieses einem schaden könnte. Viele Menschen legen sogar ihr privates Leben auf sozialen Plattformen im Internet dar – ein Traum für jeden Stasioffizier! Kein Gedanke daran, ob einem Staatsfeindlichkeit vorgeworfen werden könnte.

Nach einer Definition ist Staatsfeind, wer dem Staat oder der staatlichen Ordnung schadet. Macht mich das auch heutzutage zu einem Staatsfeind, nicht zu wählen oder sich kritisch zu äußern? Den Kapitalismus als schlechtes System zu sehen? Politisch rechts oder links orientiert zu sein? Schwarz zu arbeiten, um keine Steuern zahlen zu müssen? Auf eine G20-Demo gehen? Würde sich das System wie 1989 von heute auf morgen ändern, wer kann garantieren, dass Informationen über unsere Aktivitäten nicht gegen uns verwendet werden würden? Wer sagt, dass nicht längst eine Kartei über einen jeden von uns existiert, die bloß darauf wartet, zum Einsatz gebracht zu werden? Ich glaube, dies sollten wir uns von Zeit zu Zeit ins Gedächtnis rufen und den Umgang mit unseren Informationen gut bedenken.

Der Staat entscheidet wer Feind ist und wie die Geschichte gezeigt hat, hat ein solcher nicht zwingend Bestand...

+++ Was Deutsche verbindet – ob sie es wollen oder nicht +++

1993-005

MECKLENBURGER  
AUFBRUCH

## Wir aus dem Westen

# Ohne Handy und Internet

Wie die Journalistin Cora Stephan zum „Aufbruch“ kam

Regine. So schwebte sie auf einen zu, im wallenden Rock, mit ausgestreckter Hand, die einlud und auf Abstand hielt zugleich – königlich eben: Regine Marquardt. Pfarrersfrau aus Carlow, Blattmacherin aus Schwerin. Mein alter Freund Jo Müller aus Hamburg hatte uns zusammengebracht, 1990, mein Interesse konnte er voraussetzen, und womöglich konnte Regine Marquardt Hilfe von einer westdeutschen Journalistin gebrauchen.

Nun, sie verbarg ihre Skepsis nicht. Man hatte ja bereits so seine Erfahrungen gemacht mit „Besserwessis“, die sie wie Kinder behandelten, die Menschen, die sich soeben selbst aus ihrem Staatsgefängnis befreit hatten. Die Erfahrung der Selbstbefreiung haben uns Westdeutschen, nebenbei, die Ostdeutschen mit DDR-Erfahrung und der dadurch bedingten Empfindlichkeit gegenüber Propaganda und „Gutsprech“ noch immer voraus.

Regines Geschichte beeindruckte mich: wie sie mit einem Artikel „Denk' ich an Deutschland“ im Dezember 1989 zur Schweriner Volkszeitung ging, die solche wie sie kurz zuvor noch als Randalierer und Krakeeler beschimpft hatte. Wie die SVZ den Artikel nicht abdrucken wollte. Wie Regine mit Pappkarton und Sendungsbewusstsein zu Hamburger Verlegern fuhr, die ihr Projekt, den „Mecklenburger Aufbruch“, zu unterstützen versprochen. Denn eigenartigerweise, wie sie gern sagte, war bis dato niemand auf die Idee gekommen, einfach die vor-

handenen und bestens ausgestatteten DDR-Zeitungen zu besetzen. Nun also auch ich, bis vor kurzem noch Korrespondentin im Bonner Spiegelbüro. Ich hatte im November 1989 heulend vorm Fernseher gesessen und verstand nicht, warum sich viele meiner ehemaligen Kollegen weigerten, dieses frisch befreite Stück Deutschland überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Die DDR war insbesondere bei der intellektuellen Szene im Westen offenbar beliebter als in der DDR selbst und nun nahm man den „Zonis“ übel, dass sie sich des schnöden Konsums wegen ihres Sozialismus entledigen wollten. Ich finde das noch heute beschämend und fürchte manchmal, dass die damalige Indolenz des Westens an der Wurzel so mancher Missverständnisse liegt.

Was Regine und mich von vornherein verband: wir waren beide keine Frauen, die glaubten, sich Anerkennung erst erkämpfen zu müssen. Der westliche Feminismus mitsamt Opferkult war ihr so fremd wie mir. Auch schien sie mir ähnlich unsentimental zu sein wie ich. Nüchtern meinte sie, wenn jemand aus dem Westen über die angeblich größere menschliche „Wärme“ im Osten fabulierte und dem Kapitalismus die Schuld daran gab, dass einst so enge Beziehungen auseinanderzudriften schienen: So sei das eben, wenn die Notwendigkeit des Tauschhandels, der engen sozialen Kontakt voraussetzt, wegfallen. Andererseits war Regines Skepsis auch mir gegenüber durchaus berechtigt. Natürlich wollte ich keine ar-



FOTO: ANKE PRINZLER

rogante Besserwesserin sein. Doch in zwei Dingen kamen wir zunächst nicht zusammen: ich sagte deutlich, überdeutlich, was ich so meinte. Regine schwieg erstmal, dachte nach, stellte vorsichtig ein Argument in den Raum, langsam und bedächtig, so wie sie auch sprach. Ich verstand nicht, warum sie nicht offener aussprach, was sie dachte. Heute wundere ich mich, warum ich mich darüber wunderte. Ihre Leitartikel trugen trotz Ironie und Selbstdistanz Züge einer Predigt. Vor allem aber war das Ziel des MA, mit gründlich recherchierten Reportagen zur Selbstaufklärung der Bevölkerung beizutragen, mit den beschei-

denen Bordmitteln kaum zu leisten. Die Redaktion belegte fünf Zimmerchen im Neustädtischen Palais in der Puschkinstraße, in der idyllischen Schweriner Schelfstadt, und verfügte über gerade mal ein Telefon. Das alles bestimmte das Tempo in der kleinen Zeitungsredaktion, das war das zweite, was mich oft wahnsinnig machte. Denn es brannte um uns herum. Im Sommer 1990 war der Aufbruch, auf den so viele gesetzt hatten, schnarrend zum Stillstand gekommen. Wer sein eigenes Geschäft oder die eigene Autowerkstatt gründen wollte, war nicht kreditwürdig, solange nicht klar war, wem die Immobilie gehörte,

in dem der Gewerbefleiß stattfinden sollte. Es war ebenso faszinierend wie furchtbar, der Auflösung eines Gemeinwesens zuzuschauen. Das Alte ging nicht mehr, das Neue war noch nicht da. Obzwar ich froh über das Ende der DDR war und obwohl ich es richtig fand, das vergangene Unrecht – Enteignung von Betrieben und Immobilien – nicht im Nachhinein zu legitimieren, war der Stillstand zum Verzweifeln. Was macht in solchen Fällen eine ehemalige Spiegeljournalistin? Sie greift zum Telefon und... Genau. Telefonieren aus der DDR heraus war im Jahre 1990 theoretisch möglich, aber selten sofort. Auch das unhandliche Funktelefon, mit dem ich reiste, funktionierte nur in der Nähe der Grenze. Mit Regines geduldiger Hilfe drang ich endlich zum Finanzministerium in Bonn durch, um zu fragen, wo denn die versprochene Staatsbürgerschaft bliebe, damit die Banken kommunale Bauvorhaben finanzieren konnten. Ich wurde, was ich nicht gewohnt war, wie ein unbedarftes Ostmädel behandelt. Regines Ruhe entsprach der Situation weit besser als meine mit Fassungslosigkeit gepaarte Ungeduld. Vielleicht haben wir uns auf diese Weise sogar ab und an ergänzt? Ich war und bin stolz darauf, sie kennengelernt zu haben – und bin froh, dass sie endlich öffentliche Anerkennung fand – als Kultusministerin von Mecklenburg-Vorpommern. Vielleicht wollte sie ja lieber Kanzler werden, wie sie einmal lachend sagte? Ich hätte nichts dagegen gehabt.

Cora Stephan

## Für herausragende Leistungen

Stolz. Ja, das ist das richtige Wort. Es gibt tolle Geburtstagsgeschenke, über die man sich freut, die man gebrauchen kann, aber die, die stolz machen, sind eher selten. Doch die 20 DDR-Mark, eingebunden in einer Kladde mit Deutschlandkordel und der Widmung „für herausragende Leistungen beim Aufbau einer unabhängigen Presse in der DDR“, unterschrieben von den Kollegen und Chefs des Mecklenburger Aufbruchs, ganz voran Regine Marquardt, Jo Müller und Rainer Prinzler, ja dieses Geschenk hat mich stolz gemacht. In diesem Moment wurde mir klar, dass ich das Richtige tue.

Knapp ein Jahr war seit dem Mauerfall vergangen. Zusammen mit meinem Freund Frank Willers hatten wir unsere schöne Heimat Oldenburg verlassen. Das war ungewöhnlich, denn wer in Oldenburg geboren ist, bleibt auch in Oldenburg. Aber wir waren Ende 20, gerade das Studium beendet, ausgebildete Journalisten von der Nordwest-Zeitung, und nicht einmal 250 Kilometer von Oldenburg Richtung Osten entfernt passierten unglaubliche Dinge. Wir waren in Berlin, sahen die eingerisse-

ne Mauer und wurden mitgerissen von der Begeisterung, und wir wollten dabei sein. Aber nicht als Wessi, der meint es besser zu wissen. Wir wollten dazu beitragen, dass auch die kleinen, die tollen Ideen eine Chance bekommen und es am Ende nicht nur die alten SED-Zeitungen als Ortsmonopolisten geben würde. So landeten wir beim „Mecklenburger Aufbruch“. Schwerin, so schön, jeden Abend Fischstäbchen mit Kartoffelsalat, duschen in der Küche und wenn wir morgens nicht den Ofen füllten, war es abends bitter kalt.

Die Arbeitsräume waren einfach, Putz blättere von den Wänden, die Menschen schlicht einmalig. So überzeugt, so gastfreundlich, so interessante Geschichten. Noch heute denke ich mit Freude an die Zeit zurück. Eine Zeit, die mein Arbeitsleben geprägt und meine Karriere beschleunigt hat. Aufbau von Anzeigenblättern in M-V und Sachsen, Objektleiter in Dresden, Geschäftsführer der Potsdamer Neueste Nachrichten. Danke Regine Marquardt für Deinen Mut und Deine Kraft etwas Neues zu wagen.

Nils Mester



FOTO: NILS MESTER

## Ein turbulentes Jahr

„Hallo, meine Herren, Sie wollen mir also beim Aufbruch helfen“. So begrüßte uns Regine Marquardt im September 1990. Wir besuchten sie in den provisorischen Redaktionsräumen im Neustädtischen Palais in der Puschkinstraße 19 in Schwerin. Unser Dozent Dr. Jo Müller von der Universität Oldenburg hatte meinen Freund und Studienkollegen Niels Mester und mich gebeten, das erste freie Zeitungsprojekt DDR und der Wendezeit mal für zwei Wochen „unter die Lupe“ zu nehmen. Aus den geplanten 14 Tagen wurde mehr als ein Jahr, und ein sehr turbulentes dazu.

Wir „bauten“ den Mecklenburger Aufbruch wie eine Schülerzeitung. Wir schrieben mit einem kleinen Team Texte mit der Schreibmaschine, zählten Zeilenlängen und Fotos, brachten alles zu der Satzfirma abc-Satz in Lübeck und heraus kam Woche für Woche ein durchaus respektables Print-Produkt, auf das wir (meist) stolz waren. Unser schmaler Lohn für die Arbeit veranlasste mich sogar dazu, meinen gebrauchten Golf II gegen einen Trabi 601 Kombi einzutauschen, den mir unser Anzeigenleiter Reiner

Prinzler mit noch gültiger Versicherung besorgte. Auf den Wegen in meine niedersächsische Heimat löste die „Rennpappe“ aus Zwickau auf Raststätten wunderbare Reaktionen aus. Wie oft wurde mir (!) zugerufen: „Herzlich willkommen im Westen, herzlich willkommen in der Freiheit“.

Am liebsten denke ich aber zurück an die Einladungen der Familie Marquardt zum Abendbrot. Wir diskutierten nächtelang darüber, wie es weitergeht nach der „Wende“ und mit „unserer“ Zeitung. In einer wunderbaren Wohlfühl-Atmosphäre mit Menschen aus Ost und West am Tisch. Anfang Dezember 2015 hatte ich Regine Marquardt noch einmal mit der Idee angeschrieben, uns zu einem „Aufbruch-Revival“ mit allen Kolleginnen und Kollegen von 1990 zu treffen. Nach 25 Jahren. Am 09. Dezember schrieb sie mir per Mail zurück: „Lieber Frank, ich bin leider schwer krank und kann, so gerne ich wollte, so ein Treffen nicht mehr einplanen. Ganz liebe Grüße Regine.“ Am 24.02.2016 ging Regine Marquardt für immer von uns. Eine besondere Frau der „Wendezeit“.

Frank Willers

## Wir aus dem Osten

# Frauenpower, wo bist du geblieben?

Silke Gajek begibt sich auf die Suche

Dass ein Aufruf unserer Gruppe „Umweltbewusstes Leben“ in der ersten Ausgabe des Mecklenburger Aufbruchs veröffentlicht wurde, hatte ich total vergessen – wie so vieles andere auch aus diesem Herbst 89. Unsere Basisgruppe bildete sich im Zuge der Gründung des NEUEN FORUM und setzte sich dafür ein, dass unsere Kinder im Einklang mit sich und der Umwelt aufwachsen können, dass sie den aufrechten Gang und Demokratie „lernen“.

Ich begab mich im Dezember 89 jedoch noch auf eine andere Reise, die meine Biographie und mein politisches Handeln stärker beeinflusst und geprägt hat. Über das Bürgerbüro des Neuen Forums las ich einen Gründungsauftrag vom Unabhängigen Frauenverband (UFV), der in Berlin schon gegründet war und sich hier regional verankern wollte. Ich war Feuer und Flamme. Nüchtern diskutierten und stritten wir über die Selbstbestimmung und Selbstmächtigung der Frau, über ökonomische Unabhängigkeit, Gewalt gegen Frauen, Sprache, Herkunft, Sexualität und und und.

Manchmal kam es mir damals und auch noch heute zurückschauend so vor, als öffneten sich wahre Dämme unterdrückter Wünsche, Ideen und Lebensentwürfe – die Frauen waren so mutig und auch laut und unbändig. Diese Zeit empfinde ich noch heute als sehr intensiv, offen und aufregend, aber auch sehr ambivalent und anstrengend. Und ich vermisse sie manchmal. Diese Debatten gingen nicht spurlos an mir vorbei; sie stellten den eigenen Lebensentwurf, die Visionen und Ideale in Frage und führten auch dazu neue, oftmals unbequeme Wege zu gehen. Wir wollten Aufbruch in dem Sinne: Wir wissen was gut für uns ist und wir schaffen uns dafür

den Rahmen. So gründeten wir die Alternative Fraueninitiative 1990 und wollten Frauenprojekte selbstbestimmt umsetzen. Dazu gehörte das Autonome Frauenhaus, Frau und Technik, Frauenfreizeit in Hundorf, Mädchentreff, Frauenbibliothek und Frauencafé 'Ratsfrau'. Möglicherweise sagen sie jetzt: Wow, toll! Ja, war es auch,

Frauenhäuser mit 216 Plätzen. Und dies mit dem Wissen, dass bis dato häusliche oder sexualisierte Gewalt in der DDR gar nicht existierte und stark tabuiert wurde. Auch darf nicht vergessen werden, dass es den Beruf der Sozialarbeiter\*in/Sozialpädagog\*in nicht gab. Somit war die Diskussion um die Qualität und Ausrich-

verloren hat. Oh, Mitarbeiterinnen, die vor lauter Professionalisierung ihrer sozialen Arbeit die politische Arbeit völlig aus dem Blick verloren hatten. So bin ich zu Bündnis 90/Die Grünen gekommen....

Viele von uns kennen die Zeit Anfang der 90er Jahre, wo uns die Blaupause des konservativen

geht über kurz oder lang die Luft aus. Meine Kolleginnen kämpften damals und verloren. Aktuell wird im Landtag die Einführung eines Wohlfahrtsgesetzes diskutiert, welches die Zuwendungen regeln soll. Ich bin da sehr kritisch, denn es ist zu fragen, inwiefern kann sich Soziale Arbeit losgelöst von den Wohlfahrtsverbänden überhaupt den Bedarfen anpassen und selbstbestimmt agieren. Muss jeder Verein dann einem Wohlfahrtsverband angehören und was ist mit den Selbstorganisationen oder neuen Initiativen? Manchmal spüre ich eine Resignation in mir, da diese Ökonomisierung aller Lebensbereiche so rasch und geräuschlos fortschreitet. Auch der meines Wissens immer so stark politisierte Frauen- und Sozialbereich ist ruhig und erfüllt die an ihn gestellten Aufgaben professionell und gehorsam. Das muss er wohl, um zu überleben. Ein Teufelskreis. Brauchen wir nicht eher wieder die Phase des Dialoges und des Aufbruchs, um nach neuen, emanzipatorischen und selbstbestimmten Wegen und Strukturen zu suchen?

Und dabei gibt es doch innovative Ansätze und gute Ideen, wie z.B. die Gemeinwesenökonomie, oder die wirtschaftliche Selbsthilfe in Form u.a. von Genossenschaften. Das wären doch selbstorganisierte und selbstbestimmte Strukturen, die in einer immer weiter individualisiert erfahrenen und gleichzeitig globalisierten Welt neue Freiräume bieten könnten. Wo ist unser Mut und Lust, Neues auszuprobieren? Wir können die Zeit nicht zurückdrehen. Wir können aber heute für ein gerechteres Morgen kämpfen. Ich denke, es ist an der Zeit, alte Denkstrukturen aufzubrechen. Hannah Ahrendt sprach vom Denken ohne Geländer. Ja, das sollten wir.



FOTO: HENDRIK SCHMIDT/DPA

Nur hat unsere Vision den Alltagstest, Formalien, Bürokratie und das Umsetzen eigener Ansprüche nicht bestanden. Heute existiert nur noch der Alternative Mädchentreff. Anfang der 90er Jahre galten Frauenhäuser als Bestandteil sozialer Arbeit und sollten auch schnell in den neuen Bundesländern entstehen. Im Oktober 1990 begann ich dort zu arbeiten. Wir mussten nicht wie die westdeutschen Frauen für die Notwendigkeit von Frauenhäusern und der Prävention vor häuslicher und sexualisierter Gewalt kämpfen. In Mecklenburg-Vorpommern gab es im Dezember 1991 schon acht

tung der Arbeit im Frauenhaus schwierig und wurde heftig diskutiert. Meine These ist noch heute, dass diese Gemengelage das doch wenig entwickelte politische Handeln und Bewusstsein für Frauenpolitik verstärkte. Das merkte ich besonders, als meine ehemaligen Kolleginnen mich baten, doch in der Stadtpolitik für die Frauenhäuser zu werben. Das tat ich dann und stellte fest: Oh, überall Männer mit Null-Interesse für das Thema. Oh, eine Gleichstellungsbeauftragte, die eigene Interessen hatte. Oh, ein Vorstand, der vor lauter Projekten offensichtlich den Bezug zu einzelnen Projekten

Wohlfahrtsstaates BRD mit seinen Sozialgesetzbüchern aufgedrückt wurde. Aus der anfänglichen selbstbestimmten, emanzipatorischen Sozialbewegung, folgte eine formalisierte, paternalistische und später dann ökonomisierte und daran angepasste Sozialarbeit. Die seit Jahren geprägt ist von Haushaltskonsolidierung und vorläufiger Haushaltsführung, befristeten Zuwendungsbescheiden und Projektstatus, um nur einige Probleme sozialer Arbeit zu benennen. Das sind perspektivisch gesehen schlechte Voraussetzungen für alle, aber insbesondere den kleinen Vereinen und Initiativen

## An später denken

Eine Grenze für seine eigene konstruktive Meinung zu haben? Für uns heute kaum vorstellbar. Eine Grenze bei seinem eigenen Handeln zu haben? Unfassbar. Freier zu sein als damals ist für uns normaler Alltag, heute ist es üblich frei zu reisen, zu demonstrieren und seine Zukunft frei zu gestalten. Und dennoch, der Drang politisch etwas zu ändern, eine sichere Zukunft zu haben, bleibt bis heute bestehen. Solche Grenzen zu überwinden sollte nicht unmöglich sein, wie uns die Menschen damals gezeigt haben. Seine eigene Meinung zu verdrängen ist falsch, man bewirkt viel mehr, wenn man offen ist und gemeinsam kämpft. Das „Neue Forum“ sollte ein Vorläufermodell für unsere Generation heute sein, für die Fridays for Future Bewegung. Jugendliche heute können auf damals schauen und diese Gemeinschaft mitnehmen. Friedlich zu sein ist dabei der wichtigste Punkt, für eine sichere

Zukunft, für ein Zusammenleben und wer friedlich und trotzdem stark ist, der wird etwas bewirken, so wie 1989. Heute können wir positiv auf diese Ereignisse blicken, denn wenn wir das Ergebnis dieser Demonstrationen betrachten, sehen wir ein vereintes Deutschland, Reise- und Pressefreiheit. Doch sich damit zufrieden zu geben, können wir nicht, darauf aufbauen können wir! Auch heute haben immer mehr Menschen den Mut, sich entschieden gegen politische Entscheidungen zu stellen, sich kritisch zu äußern. Der Wille etwas zu verändern ist da und wir denken genau so wie die Menschen damals daran, was für positive Auswirkungen dieses Handeln für später hat. Gemeinsam an später denken und von damals inspiriert zu werden, dass ist unsere Aufgabe.

Jule Meiburg, Jahrgangsstufe 11, Niels-Stensen-Schule Schwerin

## Mein Zuhause DDR

Sommer 89. Ich wollte nicht, dass die DDR untergeht. Sie war mein Zuhause schon fast ein halbes Jahrhundert. In der sowjetischen Besatzungszone hatte ich laufen gelernt. Als die DDR gegründet wurde, war ich ein Schulkind. Ich habe gern gelernt und gern studiert. Mein Wissen war die Aussteuer, die der Staat mir ins Leben mitgegeben hat.

Ich hatte niemals Fernweh. Vielleicht, weil ich von Berufswegen viele Male im größten Land der Welt unterwegs war. Ich kenne fast alle Republiken der Sowjetunion. Mir ging es gut. Kann sein, ich war einfach ein Glückskind, aber ich glaube, dass mein Glück mit der Gesellschaft zu tun hatte. Dem Land, in dem ich lebte, ging es schon lange nicht mehr gut. Darum habe ich mich wenig gekümmert. Als die Menschen wie die Lemminge westwärts strömten, war es zu spät. Der Ruf von Christa Wolf „Für unser Land“ verhallte. Meine



FOTO: SOEREN STACHE/DPA

Enttäuschung, dass wir so wenige waren, die das kleine Land mit dem großen Versuch verteidigen wollten, war größer als meine Freude über das historische Ereignis. Dennoch, ich hatte Lust auf die Herausforderung. Und mit mir viele. Wir waren 17 Millionen Menschen, die ihre Biografien, ihre Berufe, ihre Erfahrungen mit ins vereinte Deutschland brachten. Dreißig Jahre sind vergangen. Dreißig Jahre Parteilehrjahr pur: Kapitalismus, das ist Gewinnmaximierung durch Ausbeutung. Unsere Städte

wurden schöner. Alleebäume wurden gepflanzt, Kreuzfahrtschiffe gebaut. Die Arbeitslosenzahlen sanken. Die PS-Stärken der Autos stiegen. Deutschland im Luxus. Flüchtlinge strömten ins scheinbare Paradies. – Deutschland geht es so gut wie nie.

Der Kapitalismus ist ein zähes Luder. Ausbeutung funktioniert. Aber wen beuten wir aus? Die Menschen? Die Natur? Welcher Wettlauf führt schneller zum Ende. Die Erkenntnisse der Wissenschaft sind erdrückend, die Folgen des Klimawandels messbar. Wir stehen am Abgrund. Wir müssen uns entscheiden, ob wir weiterleben wollen. Wir brauchen ein neues Denken. Wie muss eine Gesellschaft beschaffen sein, die in der Lage ist, für die Rettung der Erde zu sorgen. Wenn ich darüber nachdenke, halte ich den Sozialismus nicht für eine „Fußnote in der Geschichte“.

Astrid Kloock

## Aufschwung Ost

# Lösung gesucht... TREUHAND ... ganz persönlich

Das Thema Treuhand war oft auf den Seiten des Mecklenburger Aufbruch präsent. Ob diese Anstalt Fluch oder Segen für Menschen im Lande bedeutete, bewegte Autoren und eine große Leserschaft. Die Szene beobachtet und für uns eingeschätzt hat der ehemalige Bundestagsabgeordnete Hans-Joachim Hacker, SPD.

Beim Rückblick auf die Zeit nach '89 und die Veränderungen in Ostdeutschland wird immer wieder die Frage nach dem Agieren der Treuhandanstalt aufgeworfen. Schnell wird das Urteil gefällt: Kriminelle Machenschaften und Ausverkauf. Diese verkürzte Bewertung trägt nicht. Natürlich, das belegt auch ein Bericht des Sachverständigenrates der Bundesregierung aus dem Jahr 1994, wurden unter dem Zeitdruck der Privatisierung Fehler gemacht und missbräuchliche, zum Teil kriminelle Formen der Bereicherung einzelner Personen konnten nicht ganz verhindert werden.

Gab es aber zur Privatisierung der DDR-Wirtschaft über eine Holding wie die Treuhandanstalt eine Alternative? Bei der Beantwortung dieser Frage muss man sich die damaligen Abläufe vor Augen halten: Der Zentrale Runde Tisch in Ost-Berlin hatte im Februar 1990 über einen Vorschlag zur Bildung einer Treuhandgesellschaft beraten. Am 01. März 1990 beschloss die

Modrow-Regierung daraufhin die Gründung der „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“ mit dem Ziel der Entflechtung der Kombinate und Umwandlung der Betriebe in Kapitalgesellschaften. Die demokratische Volkskammer hat danach am 17. Juni 1990 mit dem Gesetz zur „Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz)“ den gesetzlichen Auftrag für die Treuhandanstalt bestimmt. Die größte Zahl der ehemaligen Staatsbetriebe wurde privatisiert, reprivatisiert und kommunalisiert, circa ein Drittel der Treuhandbetriebe wurde liquidiert. Wir alle wissen, warum die nicht weitergeführten Betriebe in der Regel keine Chance in der Marktwirtschaft hatten. Sie waren technisch veraltet und hatten mit der Einführung der D-Mark in der DDR Absatzmärkte im Wirtschafts-bündnis der sozialistischen Staaten (RGW-Gebiet) verloren – trotz millionenschwerer Bürgschaften der Bundesregierung. Und: Nach der DM-Einführung wollten viele DDR-Bürger für ihr „hartes Geld“ keine Ostprodukte mehr kaufen. Diese Betrachtungsweise hat sich mittlerweile zum Glück geändert. Auf die Frage, ob es nach dem Sturz Honeckers im Oktober '89 noch eine reale Perspektive für eine „neue, wirklich sozialistische DDR“ gibt, haben damals manche die Hoffnung auf einen „Dritten

Weg“ gerichtet. Die Frage ist aber, wer sollte diesen Weg finanzieren? Dazu kommt und das war nicht unwichtig, die Sowjetunion hatte das Modell DDR aufgegeben. Zur Perspektive einer „neuen DDR“ geben Insider (SED-Spitzenfunktionäre) mit ihren Kenntnissen über die ökonomische Situation des Staates in einem Geheimbericht vom 27.10.1989 an den neuen SED-Generalsekretär Krenz die nüchterne Einschätzung: „Der für die Zahlungsfähigkeit der DDR erforderliche NSW-Exportüberschuss ist nicht sicherbar. 1985 wäre das noch mit großen Anstrengungen möglich gewesen. Heute besteht die Chance nicht mehr. Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30% erfordern und die DDR unregierbar machen.“ Dieser Offenbarungseid der SED-Spitzenfunktionäre (u.a. G. Schürer, G. Beil, A. Schalck-Goldkowsky) beantwortet nicht alle Fragen im Zusammenhang mit den Begleitprozessen bei der Herstellung der Deutschen Einheit im Bereich der ostdeutschen Wirtschaft und danach. Schon gar nicht geben diese Analyse und spätere Interpretationen eine Antwort auf die anzuerkennenden Lebensleistungen der Menschen aus der DDR unter schwierigen Bedingungen, auf die sie stolz sein können und die kein vernünftiger Politiker in Frage stellen kann. *H.-J. Hacker*

Schmuck sieht es aus, das alte Haus aus dem frühen 19. Jahrhundert. Eine Zierde für die kleine Stadt und hinten heraus eine Idylle für die Familie. Seit einem Jahr ist endlich alles fertig. Zufrieden blickt Juliane L. auf ihr Anwesen, in dem sie nun schon seit ein paar Jahren wohnt. Eigentlich hat es immer ihrer Familie gehört. Bis auf die Jahre, in denen zu DDR-Zeiten die HO das Sagen im und für das Haus hatte. In den Ladenbereich sollte damals ein Intershops einziehen, die Kosten für die aufwendigen Sicherheitsmaßnahmen musste die Besitzerin tragen. Die Mutter von Juliane L. konnte das nicht leisten, der vorgeschriebene Mietzins war viel zu gering dafür. So war sie gezwungen zu verkaufen. Der Staat hatte das Vorkaufsrecht. „Stolze 9.972 DDR-Mark wurden ihr dafür innerhalb von drei Jahren in Raten ausgezahlt“, merkt Juliane L. ironisch an.

Ein Schicksal, wie es wohl viele Hausbesitzer in der DDR getroffen hat. „Am Ende war meine Mutter wohl sogar froh, das Haus los zu werden“, vermutet Juliane. Anfang der neunziger Jahre dann der Antrag der Familie bei der Treuhand auf Rückübertragung. Er wird abgelehnt. Mehrjähriges Widerspruchsverfahren, es bleibt bei der Ablehnung. Aber ein Rückerwerb sei möglich. Nach alledem, was man in den Jahren nach der Wende über die Treuhand gehört hat, die große Betriebe für eine DM, sowohl an

ehrlische Investoren als auch an windige Geschäftemacher und Spekulanten verkaufte, müsste ein Rückkauf doch wohl erschwinglich sein. Man war voller Zuversicht. Doch dann der Bescheid der Treuhand, man wolle 110.000 DM haben. Widerspruch! Dann, im Laufe der Verhandlungen wurde auf 180.000 DM gesteigert, um am Ende, dann schon vom Landesamt für offene Vermögensfragen, den Kaufpreis von 159.650 DM zu hören. „Es war wie auf einem Basar“, empfindet Juliane L. noch immer. Man kauft trotzdem, hat das Haus bewirtschaftet, so wie es die Mutter nie konnte, begann nach einigen Jahren zu renovieren und zu sanieren.

Heute blickt Juliane L. nun stolz und zufrieden auf das Ergebnis des jahrelangen Mühens ihrer ganzen Familie und wünscht, dass auch die nachfolgenden Generationen das Erbe ihrer Familie weiter nutzen können. Aber sie ärgert sich weiter, dass die Treuhand, bzw. das Land, die auch in dieser Hinsicht ungerechten Verhältnisse in der DDR, postum für rechtens erklärt und damit viel Geld von den sogenannten kleinen Leuten eingenommen hat. Geld, das die Treuhand von den Großen nicht bekommen wollte. Eine Lebenserfahrung, mit der sie sicher nicht allein dasteht. Vielleicht auch ein Mosaiksteinchen zur Erklärung der getrüben Stimmung im Lande. *Holger Panse*

## ENDE und ANFANG

Gerhard Apelt hatte es 1991 geschafft, so beschrieb es der Mecklenburger Aufbruch in einem Artikel am 16. Oktober 1991. Zusammen mit anderen Mitarbeitern der LPG Pflanzenproduktion Crivitz erkämpfte er sozusagen eine Ausgründung von Garten- und Landschaftsbau aus den Betriebsbereichen seiner LPG. Vorausgegangen waren drei bis vier Vollversammlungen der LPG. Den Frauen und Männern war klar, das Schiff sinkt, sie mussten es schaffen, die LPG aufzuteilen, sonst hätten sie keine Chance. Der Start war unglaublich schwierig, weil Herren in dicken Autos angefahren kamen, Geld, juristischen Rat oder Versicherungen versprochen und meinten, das wäre für die Crivitzer allein nicht zu schaffen.

Aber die Mitarbeiter waren zäh, sie brachten ihre hart erarbeiteten LPG-Anteile mit ein und ließen nicht locker, auch die LPG-Technik, die Hallen und Ausstattung zu verrechnen, damit das finanzielle Volumen für eine GmbH ausreicht. Es funktionierte gegen den Rat der Berater. Die Garten- und Landschafts GmbH wurde gegründet und arbeitet noch heute erfolgreich. Es hat sich gelohnt aufzubrechen und jetzt nach 30 Jahren konnte Gerhard Apelt sich zur Ruhe setzen. *Red.*

## Landwirtschaft als Wendegewinner?

Mecklenburg ist Landwirtschaft, das spiegelt sich in der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung wider. Die Vereinigung hat daran nichts verändert.

Der Hallenser Wirtschaftssoziologe Bernd Martens bilanzierte einst, dass die Landwirtschaft in Ostdeutschland ein später Erfolg der DDR sei. Vergleichsweise große Bewirtschaftungsflächen sowie ein hoher Mechanisierungsgrad waren gute Voraussetzungen für eine schnelle Systemanpassung im wiedervereinten Deutschland. Heute werden im deutschen Vergleich in Mecklenburg-Vorpommern die größten Flächen je Betrieb bewirtschaftet. Während es hier 275 Hektar sind, liegt dieser Wert in Bayern bei knapp 35. Umsätze, Produktivität und Erträge sind durchschnittlich höher als bei den Kollegen im Westen. Das führte zu entgegengesetzten Entwicklungen: das Höfesterben in den alten Bundesländern beschleunigte sich seit 1990, die Anzahl der Agrarbetriebe in den neuen Bundesländern stieg an. Im Nordosten sind aus einst gut 1.000 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und Volkseigenen Gütern knapp 5.000 Agrarbetriebe entstanden.

Die Rolle der Landwirtschaft in der Gesellschaft hat sich geändert. Mit der Vereinigung ging die Ökonomisierung der Betriebe mit einem rigorosen Personalabbau einher. Arbeitete 1989 noch jeder 11. im Landwirtschaftsbereich sind es heute in Mecklenburg-Vorpommern nicht

mal mehr zwei Prozent. Tierbestände wurden radikal auf teils 30 Prozent abgebaut, damit in Gesamtdeutschland europäische Umweltvorgaben erfüllt werden konnten. Außerdem endeten mit der Wiedervereinigung oft soziale Funktionen der LPG. Betriebskindergärten wurden geschlossen, die Straßenreinigung eingestellt. Menschen wurden nicht mehr gebraucht, vor allem junge Frauen zogen weg. Waren die LPG vor der Wiedervereinigung oft noch der wichtigste Arbeitgeber im Dorf, verödeten nach 1990 ganze Landstriche. Till Backhaus, seit 1998 Agrarminister, hat diese Prozesse miterlebt: „Die Wiedervereinigung führte auch auf dem Land zur Ernüchterung. Die Suche nach Arbeit und einem neuen Platz in der Gesellschaft hat viele sehr beschäftigt. Es ging erstmal darum, das eigene Leben neu zu ordnen. Viele ansässige Bauern kannten zudem die neuen Spielregeln der Marktwirtschaft nicht. Da haben sehr viele Menschen, die nicht von hier kamen, davon profitiert.“

Die Folgen sind noch heute spürbar. In Zeiten von Niedrigzinsen wird Boden für Finanzinvestoren immer attraktiver. Dies macht sich bei den Bodenpreisen bemerkbar. Waren 1990 fünfhundert DM für einen Hektar noch viel, zahlt man gegenwärtig in M-V durchschnittlich deutlich mehr als 23.000 Euro – Tendenz steigend. Hinzu kommt eine EU-Agrarförderung von ca. 285 Euro je Hektar, was Bodenkäufe

nochmals interessanter macht. Vom ‚Ausverkauf ganzer Landstriche‘ ist da die Rede. Zu den neuen Landbesitzern gehören unter anderem die Münchener Rückversicherung, Aldi oder das Pharmaunternehmen Merckle. Sei es direkt, in dem sie Bauernhöfe ganz übernehmen oder Gesellschafter- oder Genossenschaftsanteile kaufen. Dadurch wird es für Landwirte vor Ort immer schwerer, selbst an Pacht- oder Kaufland zu kommen. Das bundeseigene Thünen-Institut stellte 2017 fest, dass allein im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte ‚überregional ausgerichtete Investoren‘ über 40 Prozent der Betriebe besitzen.

Ein weiterer Preistreiber war auch der Bund, der staatseigene Flächen der ehemaligen DDR am Markt verkaufte. „Die Rolle der Treuhand und ihrer Nachfolgeorganisation war kein Ruhmesblatt. Der Grundsatz der Treuhand ‚privatisieren vor sanieren‘ führt noch heute zu einem Ausverkauf der ostdeutschen Landwirtschaft. Dass das zugelassen wurde, war ein Kardinalfehler der deutschen Einheit“, konstatiert Backhaus. „Mit den ehemals staatseigenen Flächen der DDR würden wir heute mehr für das Allgemeinwohl erreichen können. Nun fehlen uns diese Flächen für Maßnahmen gegen den Klimawandel oder als Orte zum Erhalt der Artenvielfalt und die Privatisierungswelle läuft weiter. Das holt den ländlichen Raum noch weiter aus.“

Auch die Verbraucher bekunden ein

immer größeres Interesse für mehr Klima-, Umwelt- und Tierschutz in der Landwirtschaft. So wird die Forderung nach einer Agrarwende immer lauter. Dieser Wunsch nach mehr Ökologie spiegelt sich aber noch nicht im Kaufverhalten wider. Zudem führt der Einzelhandel einen erbarmungslosen Preiskampf um die Kundengunst. Nach den Daten des statistischen Bundesamtes liegt der Anteil von Nahrungsmitteln an den privaten Konsumausgaben in Deutschland bei rund zehn Prozent. Lebensmittel sind nur noch im Vereinigten Königreich und in Irland weniger wert. Dass Landwirte dabei zwischen die Fronten geraten, verwundert wenig.

Die anstehende Reform der europäischen Agrarpolitik könnte einen Ausweg bieten. Ob sie tatsächlich kommen wird, ist ungewiss. Neben ost- und südeuropäischen Staaten ist auch der Deutsche Bauernverband gegen grundlegende Veränderungen im Agrarfördersystem. Doch es gibt auch Teile des Berufsstands, in denen die Bereitschaft für Veränderungen noch vorhanden ist. Deutschlands berühmtester Agrarblogger Bauer Willi schreibt: „Mehr Tierwohl, mehr Bio, mehr Biodiversität sind nicht zum Nulltarif zu haben. Sollen Bauern das leisten, müssen sie dafür entlohnt werden, am besten in Form von höheren Produktpreisen und eben nicht in Form der so viel gescholtenen Subventionen.“

*Constantin Marquardt*

## Umwelt

# Reizthema Mülldeponie

Der Müllberg, er stinkt immer noch zum Himmel und immer wieder haben Menschen die Nase voll von ihm. Im abgeschiedensten Winkel der DDR, im Grenzgebiet, wurde er aufgeschüttet, hauptsächlich mit devisenbringenden Westmüll. Erst sehr spät war zu sehen, was sich da im Sperrgebiet tat, als der neue Berg schon weit in die Landschaft ragte. Was die alte Bundesrepublik los zu sein meinte, wurde nach der Vereinigung zur Altlast. Stoff für Mythen und Verschwörungstheorien bis heute. Wen wundert's, dass auch jetzt wieder über ihn gestritten wird. Bei allem was der Landtag zur Schließung der Deponie befinden wird: Der Berg bleibt und kreißt weiter, gebiert immer wieder mal ein Gerücht, Kosten und ganz sicher einen miesen Geruch. Er bleibt über Generationen hinweg ein Ärgernis und Mahnmal dafür, dass deponieren unsere Müllprobleme nicht löst, nur Vermeidung. Also nicht nur Fridays For Future, sondern täglich.

Wer die alten Ausgaben des Mecklenburger Aufbruch durchblättert, wird alsbald feststellen, dass ein Thema immer wieder präsent ist – die Mülldeponie Schönberg, zur Wendezeit Europas größter Giftberg. Transporte mit Sondermüll der übelsten Art trafen aus Westdeutschland, Österreich, Italien und anderen Ländern am bundesdeutschen Grenzübergang Schlutup ein, dem „Darmausgang der Nation“, wie es in westdeutschen Medien hieß. Nach der Wende kehrt nicht etwa Ruhe ein. Denn noch mehr Abfall als zu DDR-Zeit gelangt jetzt von West nach Ost – über eine Million Tonnen Haus- und Giftmüll allein 1992. Einer, der schließlich 1993 den Stöpsel zieht, ist der Schweri-



Deponie Ihlenberg

FOTO: BERND WÜSTNECK/DPA

ner Matthias Baerens. Als Autor des 1993 erschienenen Buches „Die Müll-Connection – Entsorger und ihre Geschäfte“ macht er den Müllfilz um die Deponie Schönberg publik. Bereits im Januar 1990 hieß es in einem Greenpeace-Artikel, der im Mecklenburger Aufbruch zu diesem heiklen Thema erschien, es sei jetzt an der Zeit, „die Leichen im Keller deutscher Umweltpolitik zu exhumeren...“ Während andere junge Männer in Matthias Baerens Alter vor allem Discos und Mädchen im Kopf haben, beginnt er 1988 zur Deponie Schönberg zu recherchieren. Der junge Mann besitzt einen guten Riecher für Umweltskandale. In oppositionellen kirchlichen Umweltgruppen engagiert er sich gegen die Geheimhaltung von Umweltdaten in der DDR und organisiert Ökoseminare. Die Stasi lässt ihn von mehreren IM's überwachen. Dass ihm dadurch in der DDR Abitur und Studium verwehrt bleiben, nimmt er in Kauf.

In den Wendetagen 1989/90 ist Matthias Baerens einer der Gründer des ostdeutschen Umweltverbandes GRÜNE LIGA e.V. in der Region Schwerin. Er ist für den Verband an verschiedenen Runden Tischen aktiv. „Endlich wurde offen über alles geredet“, erinnert er sich. „Beispielsweise über die Qualität der Gewässer. Mitten in der Stadt, am Schweriner See, wurden die Fäkalien ins Wasser geleitet. Da musste schleunigst was passieren. Oder die Forellenkäfige in der Mueßer Bucht. Die Zucht verbrauchte enorm viel Sauerstoff, Fischkot verseuchte das Wasser. Alle Käfige müssen weg, beschlossen wir am Grünen Runden Tisch des Bezirkes. Und siehe da: Wenige Wochen später wurden sie abgebaut. Unglaublich, wie schnell einige Umweltmaßnahmen in jenen Tagen umsetzbar waren. Davon können Umweltschützer heute nur noch träumen, bei den oft jahrelangen Genehmigungsverfahren.“ Nicht

ganz so einfach ging es mit der Mülldeponie Schönberg (heute Mülldeponie Ihlenberg). Das Geschäft mit dem Müll war bis zur Wendezeit sehr lukrativ für beide Seiten. Auf ostdeutscher Seite verdiente im Auftrag der SED und der Stasi das KoKo-Unternehmen des Schalck-Golodkowski, im Westen der Müllhändler Adolf Hilmer, der dadurch Millionär wurde.

Die Wende lässt die Mülltransporte nicht versiegen, im Gegenteil, es fließt noch mehr von West nach Ost. Warum? „Nach 1989 wechselten im Osten die Firmennamen, die Unterhändler blieben dieselben“, erinnert sich Matthias Baerens. „Dr. Mann, der zu DDR-Zeit in Kiel (Schleswig-Holstein) für die Genehmigung des Müllexportes in die DDR zuständig war, arbeitet nach der Wende auf einmal im Umweltministerium von M-V in Schwerin.“

Das war eine zu jener Zeit gerne praktizierte Kombi in den neuen Bundesländern: einem unerfahre-

nen Ostpolitiker wird ein erfahrener Wessi zur Seite gestellt. In diesem Fall sitzt Peter-Uwe Conrad als Staatssekretär an der Seite der neuen ostdeutschen Umweltministerin Dr. Petra Uhlmann. Und er ist wieder zuständig für Mülltransport-Genehmigungen, diesmal für den Import. So kommt es, dass Exklusivhändler Hilmer besser verdient als je zuvor. Das Land Mecklenburg-Vorpommern sieht zunächst keinen Pfennig. „Gut 60 Prozent der gezahlten Müllgebühren bleiben bei den Abfallhändlern, die den Müll nicht mal sehen. Die Transportkosten verschlingen rund 33 Prozent.“

Für die eigentliche Deponierung bleiben nicht mal sieben Prozent übrig“, schreibt Matthias Baerens in seinem bereits zitierten Buch. Mit dem Werk deckt der junge Mann die deutsch-deutschen Verflechtungen im Müllgeschäft auf. Bekannt wird, dass im Juli 1992 eine landeseigene Gesellschaft die Deponie Schönberg für zehn Millionen Mark von der Treuhand aufgekauft hat – vorübergehender Geschäftsführer der Gesellschaft: Staatssekretär Conrad. Wie geht es weiter? Staatsanwaltliche Ermittlungen und ein Ministerrücktritt folgen.

Trotz Ermittlungen gelingt es nicht ganz, Klarheit in die dubiosen Vorgänge der vereinigungsbedingten Kriminalität in Bezug auf die Eigentums- und Nutzungsverhältnisse der Deponie zu bringen – noch heute wird die Mülldeponie Schönberg rege genutzt. Ihr Müllberg wächst jährlich um ungefähr 600 000 Tonnen an – überwiegend überwachungsbedürftiger Sondermüll aus ganz Deutschland. Die Höhe des Berges soll gegenwärtig 110 Meter betragen.

Anja Bölk

## Die Ablagerungsrepublik Netzwerk für Gründer

„In einem offenen Brief vom 10.9.1989 an DDR-Ministerrat und BRD-Bundestag forderten wir den sofortigen Stopp aller Müllimporte in die DDR, damit unser Land nicht endgültig zur Müllgrube im gemeinsamen ‚Haus Europa‘ wird.“ Mit diesem Satz beginnt eine kleine Meldung im Mecklenburger Aufbruch, Ausgabe Januar 1990. Unterschrieben im Auftrag der kirchlichen Umweltgruppen. Im Namen der regionalen Umweltaktivisten wurde zum konkreten Handeln aufgerufen.

Vorangegangen waren Demonstrationen vor der Mülldeponie Schönberg. Weil Verantwortliche weder in Ost noch West auf den offenen Brief reagierten, starteten die Mecklenburger Umweltaktivisten nunmehr die ungewöhnliche Aktion unter dem Motto: „Müll zurück - wir sind keine Ablagerungspolitik“. Angegeben waren im Mecklenburger Aufbruch die Adressen der beiden großen Müllfirmen. Außerdem stand da geschrieben: „Schicken Sie ihren Müll per Post an zwei Firmen in

der DDR und der BRD, die dafür sorgen, dass Millionen Tonnen Müll aus dem Ausland in die DDR gekarrt werden.“

Beim Lesen dieses Aufrufes aus dem Jahr 1990 stellt sich Heiterkeit ein. Sicher werden die Müllgiganten nicht schlecht geguckt haben, als plötzlich zahlreiche Pakete mit stinkendem Inhalt in der Firma eintrafen. Wie viele solcher Pakete von den Mecklenburgern auf die Reise geschickt wurden, bekamen die Umweltaktivisten nicht heraus.

Red.

Ob Mauscheleien bei der Mülldeponie, verschmutzte Gewässer, unreine Böden, bedrohte Tierarten – überall, wo es in Mecklenburg-Vorpommern kurz nach der Wende 1989 zum Himmel stank, die Menschen auf die Straße oder besser zum Gestank hingingen, war die Grüne Liga dabei. Die Grüne Liga war keine Partei, sondern ein „Netzwerk ökologischer Bewegungen“ in Ostdeutschland. Ein unabhängiger Dachverband, indem Gruppen, Vereine, Institutionen, aber auch Einzelmitglieder

organisiert waren. Heute tritt die Grüne Liga in M-V nicht mehr in den Vordergrund. In anderen ostdeutschen Bundesländern hat sie hingegen ihren Netzwerk-Charakter behalten, besonders aktiv ist sie in Berlin. Dort geht die Grüne Liga die Projekte mit ihrer speziellen Arbeitsweise und unter Berücksichtigung der Probleme und Chancen der neuen Bundesländer an.

Obwohl sich die großen westdeutschen Umweltorganisationen wie BUND, NABU, WWF und Greenpeace ab 1990 nach Ostdeutschland ausdehnten, gelang es der Grünen Liga im Konzert der Umweltschutzvereine ihr eigenes Profil zu entwickeln.

Seit einigen Jahren ist die Grüne Liga in M-V nicht mehr aktiv, Beachtung in der Sonderausgabe Mecklenburger Aufbruch hat sie dennoch verdient. Denn es gab damals kaum eine Ausgabe, in der nicht über Projekte der Grünen Liga berichtet wurde. Die Grüne Liga gilt als ein Kind der Wende. Menschen, die sich vorab unter dem

Dach der Kirche engagiert hatten oder sich in der Interessengemeinschaft Stadtökologie einbrachten, trafen im November 1989 in Potsdam zusammen, um den Gründungsauftrag zu verfassen. Offiziell wurde das Netzwerk dann am 3. Februar 1990 in Buna bei Halle/Bitterfeld gegründet. Sehr rasch wurde die Grüne Liga in der DDR bekannt. Sie erhielt Sitz und Stimme am Zentralen Runden Tisch in Berlin.

Ihr Vorstandsvorsitzender, der Schweriner Klaus Schlüter, wurde von Hans Modrow als Minister ohne Geschäftsbereich in die „Regierung der nationalen Verantwortung“ berufen. Von 1990 bis 2011 stand Schlüter als Sprecher, Bundessprecher und Vorstandsvorsitzender an der Spitze des ostdeutschen Umweltnetzwerks Grüne Liga. Bis heute engagiert sich der 80-jährige Klaus Schlüter für den Naturschutz. Mehrmals im Jahr ist er am Ufer des Schweriner See unterwegs, um die Bestände der Wasservögel zu erheben.

Red.



Schülerdemo in Schwerin

FOTO: SARAH ALBRECHT

+++ Es stinkt zum Himmel +++ Real existierendes Ökochaos +++

1990-004

1991-022

MECKLENBURGER  
AUFBRUCH

## DDR-Unrecht

# Schild und Schwert der Partei

Brisante Aufklärungsarbeit im Mecklenburger Aufbruch von der ersten Ausgabe an

Die Themen Leid und Unrecht der SED Diktatur standen im MA oft im Fokus der Berichterstattung. Dabei war die Stasi als nach innen und außen gerichteter Machtapparat der Zersetzung und menschlichen Zerstörung besonders präsent und erhält hier einen eigenen Beitrag. Bei allem sollte deutlich bleiben, dass die Stasi „Ausführungshelfer“ der SED und Machtinstrument des Unrechtsstaates war.

Die erste Ausgabe des MA am Silvestertag des Jahres 1989 vermerkte mehr als drei Wochen nach der Erstürmung der Bezirks- und Kreisdienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS): „Die Kreisämter des ehemaligen MfS sind aufgelöst, die Mitarbeiter der Bezirksämter sind beurlaubt, die vorhandenen Unterlagen, technische Einrichtungen und Waffen wurden gesichert.“ Der Autor fragte aber auch: „Sind an dieser Entwicklung in der DDR wirklich nur 2 Millionen SED-Mitglieder und Tausende Stasi-Mitarbeiter schuld? Ist das Demokratie, wenn diese Menschen jetzt ausgegrenzt, beschimpft und bedroht werden?“ Hier schlug er in Ton und Problemaufriss die Debatte der kommenden drei Jahrzehnte an.

Noch aber war die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit nicht gestürzt, auch etliche Nebenstellen arbeiteten weiterhin. So berichtete die dritte Ausgabe des MA im Januar 1990 „Über 500 besorgte Bürger aus Crivitz und Schwerin versammelten sich auf Initiative des Neuen Forums am 13. Januar an der F 321 beim Waldschlößchen vor Crivitz. Sie forderten die Auflösung der dortigen Kommandozentrale des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes.“ Fünfzehn Demonstranten drangen auf das Gebiet vor, trotzdem blieben ihnen die „oberirdischen Stabs- und Dienstgebäude“ verschlossen. Grund: Geheimnisschutz. Eine Mahnwache bezog vorübergehend Stellung vor der Anlage bevor diese am 15. Januar an die NVA übergeben wurde.

Dieser misstrauische Ton gegenüber der DDR-Regierung, die die ehemaligen Mitarbeiter des MfS deckte, setzte sich fort. Am 25. Januar 1990 wurde aber auch festgestellt: „Es geht nicht um den einen Stasibeamten, schon gar nicht um die Mitbestrafung seiner Familie - es geht um die Zerschlagung des Unterdrückungssystems.“

## Zorn zu Stasi-Renten und Stasi-Grundstücken entfacht

Das skeptisch Mitfühlende gegenüber den ehemaligen Stasi-Mitarbeitern war für die absolute Mehrheit der Autoren aufgebraucht. Spätestens im Frühsommer 1990 als einer von ihnen schrieb: „Zu meinem Entsetzen höre ich durch die Westmedien, daß die obersten Stasi-Funktionäre ‚dicke‘ Westrenten von



Blick in die Stasi-U-Haftanstalt Demmlerstraße Schwerin 1997

FOTO: LOTHAR STEINER/LAMV

mehreren tausend DM erhalten sollen, während Opfer des stalinistischen (und poststalinistischen) Terrors um ihr Recht auf Wiedergutmachung und Rückgabe ihres alten Besitzes erst kämpfen müssen.“ Zu den Renten gesellte sich die Debatte um die Stasi-Grundstücke. Selbst ein damaliger Zuträger des MfS schrieb im MA vom 20. Juni 1990: „War es einmal die ehemalige Touristenstation am Pinnowsee, die Touristen wurden bald durch die geheimen Beamten mit Horchaufgaben ersetzt, ist es in einem anderem Fall gar der Stasichef des Bezirkes Schwerin selbst, der die Schönheit der Gegend im hermetisch gegen Blicke abgeschirmten Gehege genoß, ... das um 1955 ... einem Schweriner Frisörmeister weggenommen worden war und in den Besitz des Ministeriums für Staatssicherheit übergang. Später konnte der Stasi-General dasselbe als persönliches Eigentum erwerben und hat es nun an seine Tochter übereignet...“

Mit den Stasi-Immobilien und anderen Sachhinterlassenschaften wurde im MA emotionsloser als mit den Stasimitarbeitern umgegangen. Der MA vom 22. August 1990 berichtete ausführlich über einen am 25. August im ehemaligen Stasi Objekt in Rampe vorgesehenen Verkauf von Stasi-Inventar aus ehemaligen Ferienobjekten sowie aus dem Bunker „Waldschlößchen“. In derselben Ausgabe wurde außerdem berichtet, dass das ehemalige Ausbildungs- und Schulungsheim der Stasi in Dassow zur Jugendherberge umfunktioniert wurde. Die physische Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit wurde für die Bevölkerung im Gegensatz zur IM-Frage bald nebensächlich.

## Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit geben sich die Ehre

Erstmals wurde unmittelbar nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990, in deren Vorfeld der Spitzenkandidat des Demokratischen Aufbruch, Wolfgang Schnur, als inoffizieller Mitarbeiter (IM) des MfS enttarnt wurde, die IM-Problematik im MA diskutiert. „Hat er wirklich geglaubt, seine Vergangenheit auf Dauer verheimlichen zu können – er wäre die zwei Gesichter doch nie losgeworden. Wie lange kann man unter solchem Druck leben, ohne krank zu werden?“

Am 11. April 1990 publizierte der MA einen „Vorschlag zum Problem ‚Staatssicherheit‘“ des Mitglieds des Neues Forums U. Rudolph, der von der Volkskammer beschlossen und in allen Medien veröffentlicht werden sollte. Er forderte alle politisch aktiven DDR-Bürger auf, die im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit oder anderer Geheimdienste tätig waren, aus ihren Ämtern auszuscheiden, ein „normales bürgerliches Leben“ zu beginnen und sich bei anstehenden Wahlen jeglicher Kandidatur zu enthalten. Zuträger des ehemaligen MfS oder anderer Geheimdienste aber, die weiterhin in Parteien oder Volksvertretungen tätig seien und enttarnt würden, sollten namentlich öffentlich bekanntgemacht werden. „Gleichzeitig werden ihnen die staatsbürgerlichen Rechte aberkannt.“

In einer der folgenden MA-Ausgaben wurde die Veröffentlichung der Mitarbeiterlisten des MfS gefordert, da die neue Gesellschaft nicht auf einer Lüge aufgebaut sein kann und der Widerstand gegen die Offenlegung von der immer noch vorhandenen Macht des Stasi zeuge...

Anfang Mai 1990 hingegen machte sich ein Autor für den Schutz von inoffiziellen Mitarbeitern des MfS und gegen deren Hexenjagd stark. Die Antwort auf diesen Leserbeitrag erschien prompt im MA. „Jeder der für diesen Apparat Mitteilungen und Zubringerdienste so oder so geleistet hat, hat indirekt gegen unsere Bevölkerung gearbeitet...“

## Wohin mit den Stasispitzeln?

Bereits in der ersten Ausgabe des Mecklenburger Aufbruchs wurde deutlich verlangt, dass die Stasi wegmuss. Es wurde angesprochen, dass es Bereiche innerhalb der Stasi geben könnte, die mit den alten Mitarbeitern ihre Arbeit im Interesse der Menschen des Landes weiterführen sollten. Am 19. Januar, mutmaßlich verfasst noch vor der Stürmung der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin am 15. Januar, schrieb ein anderer Autor hingegen: „Wir verhindern die Wiedereinsetzung unserer Unterdrücker, welchen Namen sie auch tragen sollen. ... Antiterror-einsatzgruppen können in regulären Streitkräften ausgebildet werden. Die Zeit, in der es einen ‚Dienst‘ gab, der möglichst jeden Bürger überwachte, muß endgültig vorüber sein!“

Ehemalige MfS-Mitarbeiter sollten ihr Tun aber auch nicht unmittelbar in der freien Wirtschaft fortsetzen dürfen. Der spätere CDU Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Georg Diederich, schrieb Ende Februar 1990 im MA über eine dem Runden Tisch des Bezirkes Schwerin vorgestellte Idee der öffentlich geförderten Unternehmensgründung ehemaliger Stasitechniker im Telekombereich. „Sie stammen allesamt aus dem Bereich Telecom des ehemaligen Stasi-Objektes Rampe. Und sie

sind allesamt Experten in der Nachrichtentechnik – mit den besten Erfahrungen langjähriger Stasi-Praxis...“ Sie wollen mit ihrem beantragten Privatbetrieb ‚Nachrichtenelektronik‘ jetzt auf andere Art dem Gemeinwohl dienen. Während der Rat des Bezirkes am 13. Februar 1990 vorschlug, diese Herrschaften doch bevorzugt zu bedienen, wurde beschlossen: Keine Genehmigung für ein privatisiertes Stasi-Unternehmen ‚Nachrichtenelektronik‘! Wenn Übergabe der vorhandenen Mittel in private Hand, dann in saubere Hände!

## Opfer des SED-Regimes

Unmittelbar nach Beginn seines Erscheinens stellte der MA in seiner Serie „Wir denken an ...“ auch durch Mithilfe des Ministeriums für Staatssicherheit verschwundene Opfer des DDR Regimes vor. Am 4. Februar 1990 berichtete MA: „Da hat Herr Schäuble auf der anderen Seite laut über Amnestie im Blick auf Stasi-Mitarbeiter nachgedacht. Einer, der möglichst schnell zur Tagesordnung übergehen möchte - aus Zweckmäßigkeit. Einer, der nichts von uns versteht, wie es scheint. Er hat zwar von vielen Seiten Zustimmung erfahren, aber Amnestie löst nicht unser Problem. Denn selbst solche Ungeheuerlichkeiten, wie oben genannt, sind keine nach DDR-Recht strafbaren Pläne gewesen, also auch nicht amnestiebedürftig. Eines muß uns allen klar sein, wir müssen mit unserer Vergangenheit aufräumen, sie bewältigen, sonst schleppen wir sie weiter mit.“

## Unglaubliche Datensammlungen des MfS

Parallel zur allgemeinen Aufarbeitung nahm das Interesse von staatlichen und privatwirtschaftlichen Institutionen an den persönlichsten Daten der Bürger zu. Eine gezielte Sammlung zum Zweck der vorbeugenden Überwachung auch persönlichster Lebensvollzüge findet einerseits nicht statt. Die Stasiakten allein stellen aber ein riesiges Konvolut gesammelter Einzeldaten dar, die gegen den Willen der Betroffenen ausgelesen und ausgenutzt wurden. Heute muss uns deutlich sein, dass jede Datensammlung durch Kombination mit anderen einfacher als noch vor 30 Jahren gegen ein Individuum in der digitalisierten Welt auch tatsächlich verwendet werden. Mindestens als diffamierende Fehlinformation. Und auf diese verstand sich bereits das Ministerium für Staatssicherheit. Somit ist jeder nicht nur durch die Digitalisierung sondern auch durch die Aufarbeitung der Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit aufgerufen, genau zu überlegen, wem er bei seinen Social-Media- und anderen digitalen Aktivitäten welche Daten anvertraut. Vor allem, weil es regelmäßig auch die Daten von Mitmenschen sind.

Christoph Wunnicke



## Kirche

# Können sich Staat und Kirche vertragen?

Neuordnung des Verhältnisses der Kirchen in M-V war notwendig

Es war im Herbst des Jahres 1998. Ich war damals Pastor der St. Paulsgemeinde von Schwerin. Eines Tages kam mein damaliger Landesbischof Hermann Beste auf mich zu und bot mir eine Stelle an, von der ich gar nicht wusste, dass es sie gab. Er fragte, ob ich mir vorstellen könne, Beauftragter der Mecklenburgischen und Pommerschen Kirche für den Landtag und die Landesregierung zu werden.

Längst hatte ich vergessen, dass ich diese Stelle vier Jahre zuvor einmal als Synodaler der Mecklenburgischen Landeskirche mit beschlossen hatte. Sie ist Teil des Vertrages, den die Bischöfe und Kirchenpräsidenten für die beiden evangelischen Landeskirchen in Mecklenburg-Vorpommern sowie der damalige Ministerpräsident Dr. Bernd Seite für das Land am 20. Januar 1994 im Güstrower Schloss unterzeichnet hatten. Nach der Unterzeichnung bedurfte das Vertragswerk der Zustimmung der gesetzgebenden Organe beider Seiten, also des Landtages und der Synoden beider Landeskirchen, also auch meiner Stimme.

An die Einbringung des sogenannten „Güstrower Vertrages“ in die mecklenburgische Landessynode im Frühjahr 1994 erinnere ich mich noch ziemlich deutlich. So richtig wohl war mir nicht zu Mute. Wie können sich Staat und Kirche in einem Vertrag aneinander binden, wo sie doch eigentlich voneinander getrennt sein sollten? Noch zu lebendig standen mir die staatlichen Repressalien des sich atheistisch verstehenden DDR-Staates gegenüber bekennenden Christen vor Augen, die Benachteiligungen von Schülern aus kirchlichen Elternhäu-

sern, Jugendweihe und FDJ-Mitgliedschaft als Preis für die Zulassung zum Abitur, das Ende beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten für diejenigen, die für sich ausschlossen, in „die Partei“ einzutreten. Innerlich war ich 1994 noch so gebürstet, dass ich mit dem Staat eigentlich nichts zu tun haben wollte. Warum sollte meine Kirche einen Vertrag mit ihm schließen? Zu den Fachleuten, die uns das Vertragswerk damals vorstellten, gehörte Prof. Axel von Campenhausen, ein ausgewiesener Staats-Kirchen-Rechtler. Uns Skeptikern konnte er klar machen, dass es, obwohl die meisten von uns sich mit dem DDR – Staat nie identifizieren konnten, eine Trennung von Staat und Kirche zu Ostzeiten nicht gab.

Das hatte ich bislang so nicht gesehen, und doch hatte er recht: Denn solange z.B. Vertreter vom Rat des Kreises meinten, uns Kirchenleuten erläutern zu müssen, welche Texte und Lieder nicht in einen Jugendgottesdienst gehörten, ja noch mehr, was ein Gottesdienst sei und was nicht, überschritten sie ihre Kompetenzen und mischten sich in ureigene kirchliche Belange ein.

Mit dieser Praxis sollte nun Schluss sein. Nicht von ungefähr heißt es deshalb gleich zu Anfang des Vertrages: „Das Land gewährt der Freiheit, den christlichen Glauben zu bekennen und auszuüben, den Schutz durch Verfassung und Gesetz. Die Kirchen ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes.“ Vor diesem Hintergrund betonte Landesbischof Christoph Stier in seiner Rede anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages: „Gerade weil

Kirche und Staat getrennt sind, bedarf es rechtlich geordneter Absprachen.“ Für mich kam es so, wie mein mecklenburgischer Landesbischof es mir angetragen hatte: Ab Januar 1999 hatte ich Gelegenheit als von den Kirchen beauftragter Wandler zwischen den Welten – zwischen Pommern und Mecklenburg, zwischen Staat und Kirche, zwischen Landtag und Landesregierung – die vielfältigen Themen des Güstrower Vertrages durchzudeklinieren: Ob dies Fragen zur Denkmalpflege, zum Bestand der theologischen Fakultäten, zu den evangelischen Schulen, zum Religionsunterricht, zur Kirchensteuer, zur Bestattungskultur, zum Umgang mit Schwangerschaftskonflikten, zur Seelsorge in Krankenhäusern, in den Einrichtungen der Polizei und in Gefängnissen, zur Diakonie mit all ihren Einrichtungen und Diensten oder zum Sonntagschutz waren – längst nicht immer waren Staat und Kirche einer Meinung.

Zu den wichtigsten Erfahrungen jener Jahre gehört aber für mich, dass die Stimme der Kirche zu den aktuellen Fragen des Lebens umso aufmerksamer gehört wurde, je deutlicher war, dass sie nicht als Lobbyistin in eigener Sache auftrat, sondern sich im Interesse der Menschen zu Wort meldete, an die beide gewiesen sind: Der Staat und die Kirche.

Auch 25 Jahre nach dem Abschluss des Güstrower Vertrages wage ich zu sagen: Die damals in seiner Präambel formulierte Grundüberzeugung trägt bis heute durch, nämlich, „dass die Trennung von Staat und Kirche gleichermaßen Distanz und Kooperation gebietet.“

Martin Scriba



Schweriner Schelfkirche

FOTO: PETSCHULAT

## Stasi in der Kirche – Versuch einer Aufarbeitung

Der Mecklenburger Aufbruch scheute nicht, im kirchlichen Raum umstrittene Themen aufzugreifen. Dazu gehörte der Nachdruck eines Artikels des ehemaligen Magdeburger Bischofs Werner Krusche über das Buch „Pfarrer, Christen und Katholiken“ von Gerhard Bessier. Hier wurde behauptet, die evangelischen Kirchen in der DDR seien von Stasi-Leuten durch und durch durchsetzt und manipuliert worden. Krusche entgegnete, das Buch Bessiers verfolge das Ziel einer Demontage der Kirche und helfe in keiner Weise bei der Aufarbeitung der Vergangenheit. Die Kirche habe sich nicht vom Stasi-Geist beeindruckt lassen. Alle Synoden und Kirchenleitungen hätten auch von Versagen und Schuld gesprochen. Der Artikel von Werner Krusche brachte in großer Klarheit den Nachweis, dass das Kapitel Kirche

und Stasi, das in den 1990er Jahren heiß umstritten war, von Bessier völlig einseitig negativ dargestellt worden sei.

Die Feststellung, dass die Kirche nicht von der Stasi unterwandert war, reichte aber nicht, um Misstrauen und Unterstellungen zu beiseitigen. Sie belasteten den Kontakt zwischen Mitarbeitern und Kirchenleitungen, aber auch zwischen Pommern und Mecklenburg. Die ständige, überwiegend bössartige Berichterstattung der säkularen Medien schadete dem Ansehen der Kirche. Auch wenn Kirchenleitungen und Synoden sich um Aufklärung bemühten, blieben regelmäßige Kontakte einzelner Kirchenvertreter zur Stasi belastend, zumal die Opfer darunter litten, dass sich die Aufklärung manchmal sehr schleppend bewegte. In der Pommerschen Kirche stellte sich heraus, dass der Bi-

schof und drei Mitglieder des Konsistoriums Stasi-Kontakte hatten. Die Veröffentlichung Krusches konnte die heftige Debatte um Kirche und SED-Regime teilweise versachlichen. Die Spannungen zwischen Pommern und Mecklenburg ließen sich leider nicht lösen. Die von vielen erträumte Fusion zwischen den Landeskirchen Mecklenburg und Pommern in dem nun wieder einen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern kam nicht zustande.

In der Ausgabe zum 26. Juni 1991 erschien ein Kommentar zum Thema Kirche und Stasi von der Chefredakteurin Regine Marquardt persönlich. Unter Bezug auf die gerade abgeschlossene Tagung der Landessynode der evangelisch-lutherischen Landeskirche Mecklenburgs verwies sie auf die bleibende Schuld der Kirche. Die Stasi habe zweifellos zu

zahlreichen Opfern in den Gemeinden geführt. Sie habe eigene Mitarbeiter in die Kirche eingeschleust, bzw. direkt von der Stasi ausgebildete Leute dort platzieren können. Außerdem gab es einige kirchliche Mitarbeiter mit regelmäßigen Kontakten zur Stasi und der Parteileitung der SED. Die Synode habe bereits mit der Aufarbeitung begonnen und alle Mitarbeiter aufgefordert, sich zu einer eventuellen Stasi-Mitarbeit zu äußern. Es seien immer wieder auch einzelne gewagte Bündnisse eingegangen worden. So habe der Vertrauensrat eine schwierige Arbeit zu leisten bis hin zu Disziplinarverfahren.

Marquardt schloss: „Es bleibt zu hoffen, dass es der Kirche gelingt, diesen Weg zu Ende zu gehen. Es soll nichts ans Licht gezerrt werden, das Menschen zerbricht. Es soll aber auch nicht mit dem Män-

telchen falsch verstandener Nächstenliebe zugedeckt werden.“ Landesbischof Christoph Stier fand damals auf der Landessynode der evangelisch-lutherischen Landeskirche Mecklenburg folgende Worte: „Es wird kaum gelingen können, Opfer und Täter eindeutig zu bestimmen. Die Menschenwürde ist auf vielerlei Weise verletzt und zerstört worden, auch bei den vielen tausend inoffiziellen Mitarbeitern, die sich zur Mitarbeit erpressen ließen, die sich aus Opportunismus, aus Gewinnsucht oder Überzeugung zur Verfügung stellten... Es ist demütigend, erpreßt worden zu sein, und der Haß gegen andere kann leicht in Selbsthaß umschlagen.“

Hier gibt es weitere offene Fragen. Inwieweit jedoch die Bitten Marquardts erfüllt werden konnten, bleibt offen.

Dr. Wolfgang Nixdorf

+++ Sich regen bringt Segen +++ Vertrag kommt von vertragen +++

1991-012

1991-020

MECKLENBURGER  
AUFBRUCH

## Kultur

## Für den Jahrestag meines Todes

Jedes Jahr kreuze ich ohne es zu wissen den Tag

An dem die letzte Flamme mir zuwinkt

Und die Stille sich aufmacht

Die rastlos Reisende

Wie der Strahl eines erloschenen Sterns

Dann werde ich nicht länger mich

Im Leben wie in fremden Kleidern fühlen

Überrascht von der Erde

Und der Liebe einer Frau

Und der Schamlosigkeit der Menschen

Wie heute da ich nach drei nassen

Tagen schreibe

Den Zaunkönig singen höre und

der Regen einhält

Und ich mich vor ich weiß nicht

was verneige.

W. S. Merwin,

Nach den Libellen, Nachdichtungen aus dem Englischen von Hans Jürgen Balmer Edition Lyrik Kabinett bei Hanser

Wir alle feiern jedes Jahr unseren Geburtstag ohne auch nur einen Gedanken an unser sicheres Ende zu verschwenden. Dazu haben wir keine Zeit. Merwin dagegen, verschneidet sei-

nen Geburtstag mit seinem Sterbetag, mit der ewigen Stille des Universums, in die er dann eintauchen wird. Er sieht sich aufgehoben im Universum für immer. Wie das Licht eines vor

Milliarden Jahren erloschenen Sternes seinen Platz am Firmament einnimmt, niemals erlischt, so hofft er dem Sehnen der Sternegucker ein Ort zu sein, weiter zu leuchten für immer. Sein ewiges Sein verwandelt, umgekehrt betrachtet, sein Leben auf der Erde in das unfassbare Besondere, das Einmalige, die unbegreifliche Ausnahme im Weltraum allen Seins. Merwins Zeit auf der Erde sieht er, hell erleuchtet von Paula, seiner großen Lebensliebe, und zugleich bedroht vom schamlos gedankenlosen Verbrauch aller Ressourcen der Erde, die doch dieses Leben, dieses blaue Strahlen im Weltraum zu allererst und absolut einmalig ermöglichen. Die nassen, ängstigen Regentage, apokalyptische Zeichen des Vergehens unserer Erde ins Unbewohnbare, enden, wenn der Zaunkönig zu singen anhebt. Merwin verneigt sich vor dieser doppelten Tatsache in Dankbarkeit und Respekt. Sein sich Verneigen kennt keinen Adressaten, braucht keinen Altar, er verneigt sich in tiefer Demut vor nichts anderem als diesem Glück, dem Leben-Dürfen auf der Erde.

Hier und nur hier findet er Halt, Identität und Kraft. Merwin ist hier dicht bei den Großen der Barock Lyrik, bei Gryphius und den Vanitas – Be-

schwörern am Ende des mörderischen 16. Jahrhunderts. Ihre Botschaft war, wie die Merwins skeptisch, also voller Hoffnung, auch wenn oft nichts dafür spricht, dass die Menschen ihre Botschaft hören wollen, damals so wenig, wie heute.

Mervins Gedichte kommen allesamt ohne Punkt und Komma aus. Seine Worte fügen sich, wie von selbst zu einem Ganzen, seine Bilder atmen und strahlen im Rhythmus sprachlicher Präzision. Er braucht kein Metrum, führt, dem Enjambement vergleichbar, seine Verse überzeugend zu schweren Blöcken aus Lebensliebe zusammen.

William Stanley Merwin wurde 1927 in New York geboren. Er starb im Februar 2019 in Haku auf Hawai. Er hat dort eine aufgelassene Ananas-Plantage gekauft, hier mit seiner Paula in einem großen Park indigene, vom Verschwinden bedrohte Palmenarten gepflanzt und gepflegt, bis zu seinem Ende. Er hat immer an unser Leben auf der Erde geglaubt. Er wollte noch an seinem letzten Tag einen Baum pflanzen. Er gehört zu den großen amerikanischen Poeten dieses Jahrhunderts. Er hat zurecht zweimal in seinem Dichterleben den Pulitzerpreis, die wichtigste Auszeichnung für Poeten in Amerika, erhalten.

Dr. Udo Knapp

Hintern hoch!  
Kopf hoch!

Es war ein sonniger Spätsommertag Anfang der 90er Jahre, als ich, schon geschneigelt und gestriegelt, kurz nach acht in unserer Wohnung in einem kleinen Gartenhaus auf dem Hinterhof, auf dem Bett liegend über einem Buch wieder eingeschlummert, plötzlich geweckt wurde: Ein baumlanger Kerl stand an meinem Bett und sagte: Steh'n Sie auf!, was machen wir?, was schreiben wir heute? Das war kein anderer als Herr Feinstein oder Herr Mandelboom, d.h. Dr. Udo Knapp, der unter allen drei Namen viele scharfe, hellsichtige und gern auch zum Widerspruch animierende Artikel für den MA geschrieben hat. Derart inspirierend wie konsequent bin ich selten aus dem Halbschlaf an den Schreibtisch gebeten worden. Wobei Udo Knapp, am Pfaffenteich in der Frühsonne sitzend, schon einen neuen Lyrikband durchgearbeitet hatte. Udo Knapp, der Politologe, der für den MA diese wunderbare Lyrik-Rubrik entwickelt hatte, fein und klug gemacht und hin und wieder von einer mit einer stillen Genugtuung betrachtet – als etwa der lucianisch-britische Dichter Derek Walcott 1992 den Nobelpreis bekam, gabes mehrheitlich ein großes Rätselraten, wer dieser Mann denn sei, während Udo Knapp ihn längst im MA vorgestellt hatte. Wie gut, dass er auch für diese Sonderausgabe wieder einen Dichter vorgestellt hat, diesmal einen Amerikaner. Wolfram Pilz

## Tanz auf dem Vulkan

Am Anfang war da die Frage, ob ich mit dem Tanztheater Lysistrate die Festveranstaltung zum 30. Jahrestag der friedlichen Revolution mit gestalten könnte. Das daraus eine Reise in meine eigene Vergangenheit werden sollte und ein kritisches Beleuchten der politischen Bildung an unserer Schule, habe ich nicht geahnt.

Um Tanz mit Leben zu füllen, braucht es immer ein tiefes Verständnis für das Thema, welches gestaltet werden soll. Nur wenn die Tänzer\*innen wissen, was und warum sie Dinge auf der Bühne tun, können sie authentisch sein und das Publikum berühren. Darin liegt auch das besondere Potential einer künstlerischen Bildung, hier die des zeitgenössischen Tanzes.

So umfasst unsere Probenarbeit zum Projekt „Aufbruch“ die Recherche. Um auf historisch genauen Grundlagen die zeitgeschichtlichen Ereignisse zu begreifen und die Emotionen der Zeit nachempfinden zu können, sehe ich mir mit meinen Schüler\*innen die Dokumentation „Vom Einläuten der friedlichen Revolution“ von Holger Kulick über die Geschehnisse im Herbst 89 an.

In mir bringt der Anblick der historischen Bilder sehr persönliche Erinnerungen hervor. Im Herbst 1989 kam ich frisch vom Studium in Potsdam zurück und begann in meinem ersten Jahr als Lehrerin an einer Schweriner Schule zu arbeiten. Als ich die Bilder der Ge-

schehnisse im Herbst wieder sehe, stelle ich mir selbst eine Menge Fragen: Wann bin ich das erste Mal mit zur Demo gegangen? Warum bin ich mitgegangen? Wer war an meiner Seite? Was ging in mir vor? Nach und nach kommen die Bilder zurück und erfassen mich sehr stark. Es ist schon eine besondere Situation, wenn man als Lehrerin neben seinen Schüler\*innen sitzt und mit den Tränen kämpfen muss... Doch das besondere unserer Probenarbeit ist auch immer eine große Nähe, und so öffnet dieser Moment Türen – es entsteht ein Gedankenaustausch mit großem Vertrauen auf beiden Seiten.

„Irgendwie weiß ich gar nicht so richtig was über diese Zeit. Meine Eltern haben ein bisschen erzählt, aber in der Schule hatten wir das gar nicht so richtig...“ Diese Worte von Emma verwundern mich sehr. Kann das sein? Wieso findet dieses so wichtige Thema in der Schule nicht statt? Es ist doch unsere ureigene Geschichte! Gerade in dieser Zeit ist politische Bildung doch wichtiger denn je!

Die Erinnerungen an die bewegte Zeit, die die Beschäftigung mit diesem Thema aus meinem Inneren zurück holt, beginne ich mit den Jugendlichen, die lange nach dieser Zeit geboren wurden, zu teilen und befinde mich plötzlich in einer ungewohnten Rolle, die einer Zeitzeugin. Knisternd die Aufmerksamkeit, als ich meine ganz persönlichen Erlebnisse be-



Festveranstaltung im Schweriner Dom am 23.10.2019

FOTO: PETSCHULAT

schreibe. Und dann, in einem Raum der Vertrautheit, beginne, einzelne Geschichten von Großeltern und Eltern zu erzählen.

Pauls Großeltern wollten ausreisen, Annas Mutter war in den letzten Tagen der DDR in einem Pionierlager... Eine ganz besondere Atmosphäre breitet sich aus, Gänsehaut und Tränen, welch einzigartiger Moment.

Am Ende dieser Probe wird die 15-jährige Anna auf mich zukommen und sich bedanken. Bedanken für etwas, was doch selbstverständlich im Rahmen von Bildung, politischer Bildung sein

sollte. Als Sport- und Theaterlehrerin bin ich nicht über den Lehrplan-Inhalt aller Fächer im Bilde und sicher hängt vieles auch von der jeweiligen Persönlichkeit der Lehrenden ab. Doch als ich die Erfahrungen von meinen Schüler\*innen höre, wird mir bewusst, welch Lücken die politische Bildung aufzeigt. Ich spüre, wie ein Groll in mir aufsteigt.

In Zeiten, da es so wichtig ist, mutig für die Demokratie einzutreten, gegen Rassismus und Antisemitismus, kann das Wissen um die Protagonisten der friedlichen Revolution von 1989 der jungen Ge-

neration Stärke und Motivation geben. Denn schnell stoßen wir in unserem Gespräch auf Parallelen zur Gegenwart.

Ich bin beeindruckt von den klugen Gedanken meiner Tänzer\*innen. Ich spüre die enorme Wichtigkeit unseres gemeinsamen Projektes. Ich bin stolz und glücklich mit diesen jungen Menschen arbeiten zu dürfen und wünsche mir, dass eine solche Arbeit viel umfangreicher im Rahmen von Schule als wichtiger Bestandteil von politischer Bildung anerkannt wird.

Am Ende der Probe, nach unserem langen intensiven Gespräch, geht es in den praktischen Durchlauf unserer Choreografie für die Festveranstaltung im Dom. Es wird zu Strawinskys „Le Sacre“ getanzt.

Ich bin beeindruckt, wie sich die Ausdruckskraft meiner Tänzer\*innen verändert hat. Die realen Bilder, die ich eben noch in der Dokumentation gesehen habe, erlebe ich jetzt in künstlerischer Form auf der Bühne. Die Bewegungsabläufe, die in den vergangenen Proben noch Sinnbild für Vierterlei gewesen sein könnten, lassen ganz klare Assoziationen zum Herbst 89 entstehen. Die Jugendlichen haben verstanden!

Silke Gerhardt

Lehrerin am Goethe-Gymnasium Schwerin und Leiterin Tanztheater Lysistrate

## Kultur

## „Vermeide den Fehler von Denken“

Eine einmalige Sonderausgabe des "Mecklenburger Aufbruch" zu machen, heißt beinahe zwangsläufig, sich an die Haltung zu erinnern, die den „Mecklenburger Aufbruch“ bestimmte; Lobbyismusfrei, direkt, unverstellt sich einmischen. Die großen Themen aber überlassen wir doch den Theaterbühnen: Liebe und Tod, Verderben und Auferstehen, Krieg und Frieden. Wir verlegen uns in diesem Sonderausgabe-Fall auf die kleinen Immerwiederkehrer, die Lust am herzhaften Lästern, das ehrliche Betroffensein und das Trotzallem, die Hoffnung.

Also bitte: Als die Künstlerin Elke Siml vor einigen Jahren ihr Projekt „Rilke nach Hexaglott“ vorstellte, zeigte sich ein famoses Ergebnis. Elke Siml hatte eines der Rilke-Sonette an Orpheus mittels des Computerprogramms ins Amerikanische übertragen und wieder rückübersetzen lassen und so erschien der fabelhafte Satz: Vermeide den Fehler von Denken. Ein Satz wie ins Poesiealbum gemeißelt, einer göttlichen Eingebung gleich, ein Satz, dem keinerlei Befehlsgewalt innewohnt, um Missverständnissen aus dem Weg zu gehen: Er bleibt reine Poesie, absurde. Und damit scheint er in einem verwandtschaftlichen Verhältnis zu kulturpolitischen Würdenträgern wie auch Kulturinstitutionen zu stehen, man sehe



Alter Garten mit Theater

FOTO: PETSCHULAT

sich nur die Situation am großen Mecklenburgischen Staatstheater Schwerin an. 2016, zum Ende der Ära Joachim Kümmritz/Peter Dehler erschien all das, was doch immerhin silberglänzte, vom ewigen Aufpolieren matt und abgenutzt, von der neuen Intendanz mit Lars Tietje an der Spitze versprach man sich einen neuen, frischen Impuls.

Der neue Intendant wurde folglich mit offenen Armen empfangen. Anfangs, dann folgte die Ernüchterung, die Enttäuschung und eine Flut handfester Klagen der Mitarbeiter, eine miserable Personalpolitik und ein unanständig ausgedünnter Spielplan waren zwei zentrale Vorwürfe an den Intendanten, der bspw. behauptet hatte, der Sonnabend sei kein Theaterabend, das sei seine in Nordhausen gemachte Erfahrung, wo er, nebenbei, das Schauspiel abgebaut hatte, sonntags sei Theater nicht gefragt, hatte er den verdutzten Theaterleu-

ten in Schwerin erklärt, auch jenen, die seit vier Jahrzehnten für den laufenden Spielbetrieb sorgen. Das musste ihnen wie die Verkündung eines „Nordhäuser Weges“ klingen, eines Bitterfelders in seiner zweiten Daseinsform. Und der Intendant bemerkte, fast schon kapitulierend, auch gern, er setze doch nur um, was die Politik von ihm verlange: weniger, noch weniger Theater. Das ist wahrhaftig treu und herzlich. Katzen, nur z.B., können, wenn es ihnen gut geht, 22 Stunden am Tag schlafen, bei Vollpension, versteht sich, die Nachtruhe benutzen sie dann, um sich für den Tagesschlaf auszuruhen, Katzen brauchen kein Theater. Was aber machen die vielen tausend Verwaltungsangestellten und Beamten am Sonnabend? Sitzen sie in trauriger Runde mit ihrem General-Theater- und Kulturmanager ausgelassen beim Wein in der Kürbishütte und reimen sich das Wochenende sonnig? Nein, der-

art barocke Lebenslust steht hier wahrscheinlich nicht auf dem Spielplan. Und erinnert sei an eine Tietje-Vor-Vorgänger-Theaterleitung, an eine große Schweriner Theater-Ära mit dem Schauspielintendanten Ingo Waszerka, dem Operntendanten Werner Saladin und dem Geschäftintendanten Joachim Kümmritz: Als Ende der 1990er / Anfang der 2000er Jahre die Theater immer heftiger zu sparen gezwungen wurden, erklärte Waszerka, bei der nächsten verordneten Sparrunde würde er seine Vertrag kündigen, und Saladin gleich mit ihm. Die nächste Sparauflage kam und Ingo Waszerka und Werner Saladin gingen, aus freien Stücken. Den kontrollierten Abbau wollten sie nicht weiter schönspielen. 1989 hatte das Mecklenburgische Staatstheater rund 530 Mitarbeiter, inzwischen sind es noch etwas mehr als 330, davon 59 Stellen für die Staatskapelle und

knapp 30 im Parchimer Theater. Die Chance fürs Theater ist es nach wie vor, nicht im Luxus, sondern im Leben zu bleiben, könnte man meinen, würde man damit nicht einer low-budget-Theaterpolitik ein wohlfeiles Argument liefern. Im Staatstheater ein, mit der freiwillig eingegangenen Abbau-Verpflichtung offenbar überforderter Kulturmanager, im benachbarten, ebenso großen Staatlichen Museum ein SPD-Versorgungsfall an der Spitze. Und: Der Museumsanbau ist so etwas wie ein Flop, die billigst-Variante, keine der großen Ideen, das Museum für viele Menschen zu öffnen, hell und spannend und liebenswert zu machen, sind verwirklicht worden. Und das erste Haus im Lande macht nun der ehrenwerten Kunstmühle in Schwaan Konkurrenz: Carl Malchin muss für den Ausstellungs-Höhepunkt eines ganzen Jahres, oder besser noch mehrerer Jahre erhalten, die wunderhübschen Bilder mecklenburger Landschaften sind unverfänglich, das Risiko, das womöglich mit brisanter zeitgenössischer Kunst einhergeht, bleibt überschaubar. D.h. bei Lichte am Wasser betrachtet: Mit dem Großherzoglich-Mecklenburgischen Kammeringenieur wird der Horizont abgesteckt für das Staatliche Museum Schwerin. Eine Mutprobe oder vielleicht doch ein Fest für Satiriker. *Hans Michau*

## Wo Theater auch anstrengend wird

Wolfram Pilz besuchte den ehemaligen Intendanten des Theater Anklams, Wolfgang Bordel

*Die Umbrüche in der Theater- und Musikwelt vor 30 Jahren konnten im Mecklenburger Aufbruch lebhaft miterlebt werden. Hier kommt Wolfgang Bordel zu Worte, er war gelernter Lokschafter, studierter Physiker, hat zu philosophischen Fragen der Naturwissenschaft promoviert. Von 1983 bis zum Mai 2019 Intendant am Theater Anklam, resp. an der Vorpommerschen Landesbühne.*

**Wolfgang Bordel, war das Ende der DDR für die Theaterleute in Ostdeutschland letztlich auch gleichbedeutend mit dem Rauswurf aus dem Paradies?**

Nunja, ich kann das doch nur für das Theater Anklam sagen: natürlich war die DDR kein Paradies für die Theater, die DDR-Kulturpolitik nahm die Theater sehr ernst und befürchtete immer, dass neue Ideen, neue Visionen oder so eine Art Umsturz aus dem Theater heraus passieren könnte, deswegen war dieses schöne polnische Sprichwort „die Kultur schreitet voran und hinter ihr die Wächter“ durchaus zutreffend, aber dieses unglaubliche Interesse bestand ja nicht nur bei denen, die darüber wachten, dass wir irgendwie auf der Linie blieben, sondern dieses große Interesse gab's natürlich auch in der Bevölkerung.

Die Theater waren in einem bestimmten Maße ein Ort, wo man

vielleicht etwas Neues erfahren konnte, wo ganz anders über Demokratie gesprochen wurde als es sonst so üblich war, insoweit hatten die Theater natürlich einen großen Zuspruch, und da gab's nach der Wende einen riesen Einschnitt, weil dieses Bedürfnis nun nicht mehr bestand, es gab nun ganz andere Möglichkeiten. Sich mit Geschichte, mit neuen Ideen auseinanderzusetzen, dafür musste man nicht mehr unbedingt ins Theater gehen.

**Stattdessen begann dann der Abbau doch ziemlich schnell, also die Streichung von Stellen, Schließung von Sparten, Abwicklung von Orchestern, wie etwa der Schweriner Philharmonie ...**

Ja das Sagen hatte jetzt im Wesentlichen die Westmark und es wurde alles nach bundesdeutschem Standard gemessen, danach gab es z.B. in Anklam kein Theater, d.h. es war im Grunde klar, das wird zugemacht, dafür gibt es keinen Bedarf mehr, das ist einfach zu teuer für so eine ländliche Region. Und unser Anliegen war, dagegen zu kämpfen, zu sagen, hier gehört ein Theater hin, hier ist es wichtig, ansonsten verlieren wir alle Menschen in der Region.

**Das heißt, die Freiheit des Wortes, die Freiheit des Theaterspiels wurde mit schweren strukturel-**

**len Einbußen bezahlt?**  
Ja.

**Es gibt den Satz „Kultur definiert, was wir sind.“, ein kluger Satz, der richtigerweise nicht lautet „Kultur definiert, was wir haben.“ Definiert sich unsere Gesellschaft zu sehr über das Haben und zu wenig über das Sein?**

Ein wirklich glänzender Ausdruck, ja, es kommt darauf an zu erklären, dass Kultur sehr viel mehr ist, als etwas auf dem Konto zu haben, sondern Kultur heißt tatsächlich leben - ich gehe ja nicht arbeiten, um abends müde ins Bett zu fallen und am nächsten Tag wieder aufzustehen, sondern ich gehe ja arbeiten, um kulturvoll zu leben, und das wird manchmal vergessen. Deshalb ist es so wichtig, immer wieder zu sagen, wenn wir so etwas wie Fortschritt haben wollen, wenn wir Zukunft haben wollen, wenn wir gegen die Verwüstung unseres Lebens ankämpfen wollen, dann ist Kultur ganz wichtig.

**Kulturpolitik begreift, womöglich der Einfachheit halber, Theater immer wieder gern als „Kulturversorgungseinrichtung“, nimmt das den Theatern einen Gutteil ihrer Wirkungsmöglichkeiten?**

Also für die Wirkungsmöglichkeiten ist das Theater selbst zuständig! Für uns ist erstmal wichtig, dass die Politik uns erstmal die

Möglichkeit gibt, zu versorgen, und die Inhalte und die Art und Weise, wie wir die Geschichten erzählen, die liegen schon in der Verantwortung der Theater selber. Ob wir den Speck nach der Wurst werfen, oder ob wir uns herausnehmen, Dinge zu sagen, die vielleicht nicht so populär sind - wo Theater auch anstrengend wird - das ist unsere Verantwortung, dafür kann ich Kulturpolitik nicht verantwortlich machen. Wichtig ist nur, dass der Politik klar ist, zur Versorgung der Menschen gehört nicht nur Essen und Trinken, sondern eben auch die Kultur und damit auch das Theater.

**Theaterleute dürften sich kaum nach dem Paradies sehnen, wenn wir davon ausgehen, dass paradiesische Umstände auch träge machen, wie also müsste eine Kulturpolitik aussehen, die den Theatern wieder mehr Spielraum gibt?**

Um Theater zu spielen, brauche ich Menschen auf der Bühne und hinter der Bühne, und wenn ich da zu wenige habe, kann ich umso weniger leisten, natürlich kann ich auch sagen: Ich hab noch einen Puppenspieler und einen Techniker und Licht kann ich auch anmachen - das aber ist es nicht. D.h. also: Die Daseinsfürsorge für das Theater, die obliegt der Kulturpolitik, aber das was auf der Bühne passiert, welche Stücke ich spiele,

mit wieviel Leuten ich spiele, das ist tatsächlich in der Verantwortung der Theater mit seinen Zuschauern zusammen. Wenn kein Zuschauer hingehört, kann ich noch so großartiges Theater machen - es hat dann einfach nicht stattgefunden.

Es geht also darum, wie sich Theater in die gesellschaftlichen Erfordernisse einbaut, um immer noch ein Ort zu sein, von dem man weiß, wenn ich mal eine Idee kennenlernen will, wenn ich mal aus der Geschichte lernen will auf eine ganz besondere Weise, dann gehe ich ins Theater und dann erfahre ich etwas von Zukunft.

**Der Schauspieler und Jazzman Manfred Krug bemerkte gern mal: lieber einen kräftigen Pessimismus als einen schlappen Optimismus ...**

... ja, wie sagt man so schön: Optimismus ist Mangel an Information, also es hilft uns ja nicht weiter, durch die rosarote Brille in die Zukunft zu schauen nach dem Motto, wir werden alles mit Geld regeln. Geld regelt gar nichts, Geld ist nicht zu fassen, das ist weg oder auch nicht, es geht darum zu wissen, es wird das Paradies auf Erden nicht geben, wir können Zukunft nur so kulturvoll wie möglich machen, das ist unsere Aufgabe.

**Wolfgang Bordel, vielen Dank für das Gespräch.**

## Medien

## Theorie... Aufbruch mit neuen Blättern ... Praxis

Der „Mecklenburger Aufbruch“ stand nicht alleine da. Angesichts der Abhängigkeit der vorhandenen Tageszeitungen von der SED und den Blockparteien – dies waren die Ostsee-Zeitung, die Norddeutschen Neuesten Nachrichten, Der Demokrat und die Norddeutsche Zeitung – gründeten die Reformkräfte und friedlichen Revolutionäre in Rostock im Dezember 1989 eigene Publikationen. Es handelte sich um den „Bürgerrat. Rostocker Initiativen für die Erneuerung der Gesellschaft“ und um die „plattFORM. Unabhängiges Blatt für mündige Bürger“.

Beide kosteten 50 Pfennig und damit mehr als doppelt so viel wie die etablierten Zeitungen; der Bürgerrat erschien alle zwei Wochen, die plattFORM zumindest eine Zeitlang wöchentlich. Die Auflage wurde für die erste Nummer mit 25.000 und bei der plattFORM mit 50.000 angegeben. Darüber hinaus wurde die 1933 geschlossene sozialdemokratische Mecklenburgische Volks-Zeitung (MVZ) wiedergegründet, die sich in ihrer ersten Beilage als „Zeitung für Hierbleiber“ bezeichnete. Die Startauflage lag bei stolzen 100.000 Exemplaren pro Tag, sie sank bis zum letzten Erscheinungsmonat auf 9000 Stück.

Mitte September 1990 war Schluss, die ehemaligen Redakteure gehörten zu den ersten, die sich beim Arbeitsamt meldeten.

Alle drei wurden im Ostsee-Druck Rostock hergestellt. Als Herausgeber des „Bürgerrates“ fungierte die „Vereinigte Bürgerinitiative für einen neuen Sozialismus“, eine Nähe zum Reformflügel der SED war unverkennbar. Diejenigen, die aus dem universitären Bereich kamen, hatten sich in dem Studiengang „Lateinamerikawissenschaften“ mit der Theologie der Befreiung beschäftigt, hinzu kamen einzelne Pastoren wie Jens Langer, der in der ersten Nummer einen Artikel mit dem Titel „Protestantische Revolution“ beisteuerte.

Auf der nächsten Seite folgte ein „Aufruf zu Vereinigten Bürgerinitiativen für einen neuen Sozialismus“, u.a. unterzeichnet von Sybille Bachmann als Stellv. Parteisekretär der Wilhelm-Pieck-Universität, SED. Ein Anliegen war ihnen die Vermeidung einer Konflikteskalation und das Werben um Verständnis für reformorientierte Kräfte des alten Regimes. Eine Basisgruppe Harte Straße „Neues Forum“ und Familie Kleinau reklamierten in der zweiten Nummer: „Allein die Zugehörigkeit zur SED oder den Sicherheitsorganen rechtfertigt keine Beleidigungen oder Bedrohungen... Altes Unrecht darf nicht durch neues Unrecht ersetzt werden! Seid brüderlich!“

In der umfangreicheren „plattFORM“ fiel die Themenpalette breiter aus, sie repräsentierte das Neue Forum und die Bürgerbewegten, als Chefredakteur wurde der Oberbürgermeister Christoph Kleemann genannt. Neben der Frage des insgesamt als zu schnell empfundenen Weges zur deutschen Vereinigung fallen Debatten zur Zukunft des Volkstheaters, der Museen, von Universität und Bildung

bis hin zur Homosexualität auf. „Die alternative Bildzeitung“ zeigt z.B. in einer Ausgabe Fotos vom Lindenpark, dem Brunnen der Lebensfreude und von der Altstadt. „Jugendweihe – das letzte Mal?“ hieß es im April 1990.

Ein gewisser nostalgischer Grundzug war also auch hier erkennbar und eine Enttäuschung über das nachlassende Interesse der Leser: „Das war’s, Volk“, lautete eine Bildüberschrift in der letzten Nummer. Angesichts des Aufschwundes, der ab März 1990 zunehmenden Konkurrenz aus

heißt es in einem am 3. Oktober 1990 von der Redaktion unterzeichneten „letztem Wort“: „Die, deren Blatt wir sein wollten, also die, die Basisdemokratie und Bürgerbewegung sich auf die Fahnen schreiben, hatten wohl zu wenig Interesse an der Chance, die wir ihnen damit vor allem inhaltlich boten.“ Die Abschiedsnummer enthielt ebenfalls eine Gesprächsrunde mit skeptischem Unterton angesichts der Zerstrittenheit der Bürgerbewegungen, die zur ersten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 1990 mit drei Grup-

Noch heute bewundere ich mich selbst, mit welchem Mut und welcher Aufbruchstimmung ich von einem Tag auf den anderen meinen etablierten Job im Greifswalder Stadtarchiv gegen den als absolute Newcomerin bei der neugegründeten Tageszeitung „Greifswalder Tageblatt“ eingetauscht habe. Ohne zu wissen, worauf ich mich einlasse. Aber eines wusste ich: Ich wollte mir selber treu bleiben. Ich habe mir immer geschworen, wenn es einmal anders käme, werde ich ein neues Leben beginnen und die Chance nutzen. Das geschäftige Tun in der Etage über unserem Archiv, so viele neue und junge Leute, fröhlich, laut und selbstbewusst.

Wir kamen ins Gespräch und ich schrieb zunächst Artikelserien über alte Greifswalder Kneipen und historische Ereignisse aus der Hansestadt. Und ganz schnell kam die Frage vom Chefredakteur, ob ich nicht wechseln möchte. Als Volontärin in die Lokalredaktion. Mit 35 Jahren übrigens die Älteste. Welch eine Chance! Ein riesiger Redaktionsraum bestens ausgestattet mit Technik nach der sich jede Redaktion im Westen gesehnt hätte. Meine erste Aufgabe – die Serviceseiten gestalten – also Notrufnummern, Veranstaltungstipps und Horoskope zu platzieren. Die Redaktion war so ziemlich paritätisch aufgeteilt zwischen Kollegen aus Ost und West. Sehr schnell wurde klar – wir alle wollen den alten SED Blättern den Schneid abkaufen und wir stellten uns das relativ einfach vor. Keiner von uns konnte sich vorstellen, dass die verhassten Lügenblätter von den Menschen weitergelesen werden, nur weil etwas anderes geschrieben wurde als zu zensierten DDR-Zeiten. Aber dem war nicht so – es war ein harter Kampf, den wir letztlich verloren haben, so wie sämtliche neugegründeten Tageszeitungen im Osten Deutschlands. Aber dazu später! Was ist aus der Zeit geblieben: wunderbare Diskussionen über Lebensläufe und Brüche, Weltanschauungen, journalistische Themen.

Ich bekam bei der Akademie für Journalistik in Hamburg eine, wenn auch kurze, aber sehr kompakte Ausbildung und durfte sehr schnell auch richtige Artikel schreiben. Seit an Seit mit den Kollegen aus Sport, Wirtschaft, Politik war ich für Lokales dabei. Was ist denn ein Ereignis, welches die Menschen interessiert – Diskussion, Streit am Ende ein Ergebnis. Ist ein endlich eingerichtetes Geschäft für Wolle aller Art unzulässige Werbung oder eine Erfolgsgeschichte? Was uns alle aber wirklich antrieb, war immer wieder zu zeigen, dass wir unabhängig berichten, dass wir mutig sind, dass wir keine Angst vor unbequemen Interviews haben und den Lesern aufzeigen, was in der DDR alles schieflief. Aber es war auch meine erste Begegnung mit der Marktwirtschaft

und die war außerordentlich desillusionierend. Während wir um das Überleben kämpften, übernahmen die großen Verlage aus dem Westen die SED-Blätter mitsamt ihren Vertriebsschienen und, was noch viel interessanter war, häufig auch unbesehen mit den Mitarbeitern, die dem System ohne Wenn und Aber gedient hatten.

Die Verlage, die mit ihren Blättern jede Annäherung an die DDR verteuert hatten und das System des Journalismus in der DDR komplett und rigoros in Frage gestellt haben. Davon ließen wir uns nicht entmutigen. Das Projekt hat nicht nur vielen Lesern Freude bereitet und auf dem Weg in das neue Leben begleitet. Es hatte auch den großen und wunderbaren Nebeneffekt, dass wir in unserer Redaktion voneinander gelernt haben – nicht nur was den Journalismus betrifft, sondern auch was unsere unterschiedlichen Lebenswege betrifft. Freundschaften sind entstanden ohne Ansehen der Herkunft und eine nachhaltige Prägung für mein Berufsleben auf jeden Fall.

In der Rückschau auf die Zeit werde ich so manches Mal doch sehr nachdenklich. Wo war der politische Wille für die Schaffung neuer Strukturen in der Medienlandschaft? Kampflös wurde das Feld den keineswegs unabhängigen Zeitungen überlassen. Die Marktvereinigung, organisiert aus dem Westen, hat perfekt geklappt. Während wir sehr unbequeme, manchmal vielleicht auch nicht ganz rechtmäßige, Veröffentlichungen von Stasiakten und Interviews mit Stasispitzeln herausbrachten, schrieben ebensolche Spitzel in den etablierten Tageszeitungen auch hier im Norden der Republik gänzlich ungewohnte Geschichten. Ohne die Schere im Kopf und ohne Angst vor der Zensur.

Ich will nicht verschweigen, dass wir auch Fehler gemacht haben. Vielleicht die eine oder andere zu reißerisch aufgemachte Geschichte – das zu schnelle Wachstum von Greifswald nach Stralsund, Anklam und Grimmen. Oder auch der eine oder andere Redaktionsleiter, dem ein teures Dienstauto wichtiger war als der Erfolg unserer Zeitung.

Nur gute zwei Jahre alt wurde das „Greifswalder Tageblatt“ und viele viele Leserinnen und Leser haben es später vermisst. Heute würde ich behaupten, wir hätten es schaffen können, wenn wir uns potente Partner gesucht hätten, wenn wir lauter gewesen wären und selbstbewusster. Aber es war eine wichtige Erfahrung für uns alle, haben wir doch ein Stück Geschichte dokumentiert wie kein ehemaliges SED Blatt es konnte. Wir waren wirklich unabhängig und haben die Zeit so abgebildet, wie wir sie gesehen haben, ohne Wenn und Aber.

Elke Haferburg,  
NDR-Landesfunkhausdirektorin i.R.



Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

FOTO: PETSCHULAT

den alten Bundesländern und nachlassender Beiträge der Bürgerbewegten fusionierten die beiden Blätter nach der Währungsunion Anfang Juli 1990 zum Gemeinschaftsblatt „Bürgerrat/plattFORM“.

Mitentscheidend war die politische Entwicklung: Sowohl die Volkskammerwahlen am 18. März 1990 als auch die Kommunalwahl am 6. Mai 1990 zeigten eine Abkehr von den Bürgerbewegungen. Die drei „Wende-Zeitungen“ in Rostock verloren in dem Maße an Bedeutung, wie sich die etablierten Zeitungen den neuen Themen und Gruppierungen öffneten. Erst fehlte es den alternativen Zeitungen an Geld und dann an inhaltlichen Beiträgen und auch Abonnenten.

Die sich bald einstellende Konkurrenz durch die westlichen Pressezeugnisse, die die vormaligen Zeitungen von SED und Blockparteien unter Beibehaltung eines großen Teils der alten Mitarbeiter übernahmen, wurde als übermächtig empfunden. Schließlich fiel das Ende von „Bürgerrat/plattForm“ mit der deutschen Vereinigung 1990 zusammen. Selbstkritisch

perierungen antrat: Die Grünen, das NEUE Forum und das Bündnis 90.

Verglichen mit der Entwicklung in der größten Stadt im neu entstehenden Bundesland zeichnet sich der „Mecklenburger Aufbruch“ durch seine Langlebigkeit aus. Dies dürfte am Engagement der Herausgeber gelegen haben sowie einer klugen Kooperation mit Personen und Autoren aus anderen Bundesländern. Aber auch hier gilt die Erfahrung der friedlichen Revolutionäre in der DDR: Auf den Aufbruch folgte nach der schnell vollzogenen Vereinigung 1990 eine gesamtgesellschaftliche Transformation, die alle Kräfte der Menschen band. Bald präsentierten sich die vormaligen staatssozialistischen und nun zu westdeutschen Konzernen gehörenden Regionalzeitungen als Lebensberater im Transformationsprozess. Für die Herausbildung der regionalen politischen Kultur wäre es möglicherweise gut gewesen, wenn die eigenständigen Versuche länger angehalten hätten. Immerhin sind etliche Fragen, die damals diskutiert worden, nach wie vor aktuell. Prof. Dr. Nikolaus Werz i.R.

## Nachgefragt

## Tschüss SED-Blätter?

Martin Klähn ist vielen Schwerinern noch aus den Wendetagen bekannt. Der studierte Bauingenieur und Programmierer nahm 1989 als einziger Vertreter aus dem Norden der DDR an der Gründung des Neuen Forums in Grünheide bei Berlin teil. Kurz darauf half er dabei, den Aufruf der Bürgerbewegung unter die Leute zu streuen. Ob beim ersten Infoabend des Neuen Forums in der Paulskirche mit 800 Leuten oder der ersten großen Schweriner Montagsdemo mit 40 000 Teilnehmern – immer war Martin Klähn vorne mit dabei.

Wenige Wochen nach der großen Demo wird in Schwerin die erste unabhängige Zeitung verteilt. Wir wollten wissen, wie Martin Klähn persönlich den Mecklenburger Aufbruch wahrgenommen hat.

**Herr Klähn, erinnern Sie sich an den Augenblick, als Sie den Mecklenburger Aufbruch das erste Mal in den Händen hielten?**

Ich erinnere mich. Toll, das Regime das hingekriegt hat, waren meine Gedanken. Ich erinnere mich auch, dass die Initiative damals von uns Bürgerrechtlern begrüßt wurde. Die erste unabhängige Zeitung! Wir waren uns sicher, dass damit die Zeit der alten SED-Blätter abgelaufen war.

**Sie selbst hatten zuvor bereits Erfahrungen mit der Herstellung unbequemer Zeitungen gesammelt.**

Ab 1988 arbeitete ich bei der Herausgabe einer Schweriner Untergrundzeitung mit. Die kritische Auseinandersetzung mit dem DDR-System hatte aber schon früher begonnen. 1987 schloss ich mich dem DDR-weiten Freundeskreis Wehrdienststo-

talverweigerer an und gründete mit Freunden zusammen in Schwerin eine Regionalgruppe. Wir organisierten als Lesekreis Konzerte, Diskussionen und Lesungen zu Themen, die uns bewegten. Als man die Drucker der Umweltblätter, die ab 1986 von der Umweltbibliothek in Berlin herausgegeben wurden, verhaftet hatte, nahm ich im November 1987 an der Mahnwache vor der Berliner Zionskirche teil.

**Was meinen Sie, haben die Leute damals durch den Mecklenburger Aufbruch eine Anregung zum gesellschaftlichen Diskurs bekommen?**

Das ganz sicher. Ideen, wie es weitergehen könnte in Sachen Bildung, Politik oder auch Umwelt gab es reichlich in der Zeitung. Damals hatte für einige Wochen jeder das Gefühl, mitreden und mitgestalten zu können. Eine wunderbare Sache. Es waren euphorische Zeiten.

**Und dieses Selbstbewusstsein hielt nur einige Wochen an?**

Mit dem Fall der Mauer setzte ein Umschwenken im Reformationsprozess ein. Sozusagen eine Wende in der Wende. Es war enttäuschend mit anzusehen, wie immer weniger Menschen sich für das Neue Forum und die Gestaltung ihrer neu gewonnenen Freiheit engagierten. Heute wird es in den Medien manchmal so dargestellt, als hätten wir Bürgerrechtler damals am Horizont nur die Wiedervereinigung gesehen. Wir glaubten jedoch zunächst an eine reformierbare DDR.

**Welche Zeitungen hielten denn nach dem Fall der Mauer bei Ihnen Einzug?**

Mal abgesehen vom Mecklen-



In der Paulskirche hatten Martin Klähn und seine Mitstreiter vor 30 Jahren zur Gründung der Bürgerbewegung Neues Forum Schwerin aufgerufen.

FOTO: ANNETT HABERMANN

burger Aufbruch, den ich abonniert hatte, wurde der SPIEGEL zur regelmäßigen Lektüre. Fasziniert war ich vom Geo-Magazin. Die globalen Themen und die eindrucksvollen Fotos fand ich berauschend. Es dauerte nicht lange und das Fernweh hatte mich gepackt. 1993, im letzten Erscheinungsjahr des Mecklenburger Aufbruch, ließ ich die anstrengenden Wendejahre hinter mir und ging für ein Jahr nach Indien.

Red.

Claus und Marcus Wergin

## Vater und Sohn: Ein Gespräch über Armut

**Marcus:** Bei Euch im PKK (Paulskirchenkeller) in den 1980er Jahren wurde einmal in der Woche eine warme Mahlzeit für die Besucher bereitgestellt. Gab es schon damals arme und hungrige Menschen in Schwerin?

**Claus:** Viele der jungen Leute, die damals den PKK besuchten, kamen direkt von der Arbeit oder von der Straße. Manche brachten großen Hunger mit oder waren wegen der Lebensumstände froh, im Keller essen zu können. Die Küche im Augustenstift (diakonisches Pflegeheim) hatte an den Vortagen Eintopf gekocht und es reichte für 40 bis 60 Portionen. Wer zu spät kam, ging leer aus. Und wie ist das heute bei Dir in der Petrusgemeinde auf dem Schweriner Großen Dreesch? Gibt es dort viele Menschen, die Euch wegen Hunger oder Armut besuchen?

**Marcus:** Einmal in der Woche geben wir Lebensmittel aus, die uns von der Schweriner Tafel gebracht werden. Es kommen manchmal 100 bis 150 Menschen zu uns und hoffen auf Nahrung, die sie dringend für ihren Lebensunterhalt brauchen. Das sind vor allem wirklich arme Menschen mit einem anerkannten Hilfebedarf, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, auch viele Senioren, die mit ihren Renten nicht auskommen.

Du hast erzählt, ihr habt im Paulskirchenkeller gemeinsam gegessen. Kannten sich denn die Leute damals alle und wie war die Stimmung?

**Claus:** Wir wollten damals keine billige Essenausgabe. Wer hierher kam, konnte mehr erwarten. Wir

achteten bewusst auch auf Stil und gute Atmosphäre: Immer gab es Tischdecken, ausreichend Besteck und kostenfrei schwarzen Tee aus Gläsern. Es gab einen gemeinsamen Beginn und es wurde einander zugereicht. Und bei Euch, in der Tafel, wie läuft es dort ab?

**Marcus:** Durch die vielen Nationalitäten gibt es zuweilen Verständigungsprobleme, denn manche sprechen Russisch, andere Arabisch, Farsi oder Afghanisch. Ein Drittel unserer Gäste spricht Deutsch. Die Nationalitäten wollen gerne auch unter sich bleiben. Das leuchtet mir ein, denn ihre Armut beschränkt sich nicht nur auf das Essen, sondern ist auch zugleich Bildungsarmut und Armut an sozialen Kontakten. Wir bieten Tee und kostenfreien Kaffee, wir schaffen eine Atmosphäre der Gastfreundschaft mit Tischdecken und Kerzen auf den Tischen und regen die Besucher an, sich kennen zu lernen. Seelsorge, Tischgemeinschaft, Wellcome, Tafelungen und allgemeine Soziale Beratung gehört auch dazu. Eigentlich müsste sich die Tafelarbeit in unserer Gemeinde überflüssig machen, aber derzeit wächst der soziale Druck und wir könnten gut das Doppelte verteilen. Armut in Schwerin nimmt nicht ab.

**Claus:** Ganz offensichtlich nimmt die Armut in Schwerin und im Lande eher zu. Darum bedarfes auch in Zukunft solcher Orte wie den Paulskirchenkeller oder die Petrusgemeinde mit ihrer Tafelarbeit: Ort der Zuflucht und der Würde; Orte, an denen man eine Zeitlang Armut und Ausgrenzung vergessen kann.

## Eine Zeitung, wie wir sie uns gewünscht haben

Zu den mutigen Bürgerrechtlern, die die friedliche Revolution vorantrieben, gehört der Schweriner Heiko Lietz. Er kam aus der kirchlichen Friedensbewegung der DDR und stieß im revolutionären Herbst 1989 zum Neuen Forum. Am 23. Oktober hält er auf der ersten großen Montagsdemo auf dem Alten Garten eine Rede vor etwa 40 000 Menschen. Brenzlig wird es, als sich später etwa 2000 Demonstranten mit Wut im Bauch vor dem Gebäude der SED-Bezirksleitung einfinden. Heiko Lietz versucht, die Leute zu beruhigen, mit Engelszungen, wie er sagt. „Wenn hier Gewalt angewendet worden wäre, wäre die ganze friedliche Demo perdu gewesen.“ Zur Landtagswahl im Oktober 1990 war Heiko Lietz Spitzenkandidat des Neuen Forums und von 1990 bis 1993 Landessprecher der Bürgerbewegung. Wir wollten wissen, wie der 75-Jährige den MA in Erinnerung behalten hat.

**Herr Lietz, konnten Sie den Mecklenburger Aufbruch für die Berichterstattung des Neuen Forums nutzen?**

Ich kann mich an ein Interview mit der Chefredakteurin Regine Marquardt zum Neuen Forum erinnern. Die Redaktion befand sich damals im ehemaligen Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, dem heutigen Justizministerium. Das mit der Berichterstattung hielt sich ansonsten in Grenzen, denn der MA war keine ausgesprochene Bürgerbewegungszeitung.

Dafür hatten wir vom Neuen Forum andere kleinere Zeitungen. Regine Marquardt versuchte ohnehin, die Eigenständigkeit ihrer Zeitung zu wahren. Sie ließ sich von keiner politischen Gruppierung vor deren Karren spannen. Der MA war freie Presse – genau das, was wir uns zu DDR-Zeit gewünscht hatten.

**Hat der MA damals auf die richtigen Themen gesetzt und etwas in den Köpfen bewirkt?**

Der Mecklenburger Aufbruch war gut gefüllt mit allen Themen, die den Menschen zu jener Zeit wichtig waren. Diese Zeitung hatte einen ganzheitlichen Ansatz. Sie hatte Format. Der MA versuchte, den friedlichen Umbruch professionell zu begleiten, natürlich mit eigener Akzentsetzung. Das Blatt spielte bei der Identitätssuche eine wichtige Rolle.

**Sie meinen bei der Gründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 1990?**

Nach dem 2. Weltkrieg wurde dieses Land in drei Bezirke zerlegt und nach dem Mauerfall wieder „zusammengeflickt“. Die Bewohner verband kaum gemeinsame historische Substanz, von der sie zehren konnten. Es galt, M-V als liebenswerte Heimat zu entdecken und Identität zu spüren. Letztere besaßen wir durch unser Arbeit in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche bereits, denn auch Regine Marquardt arbeitete

als Theologin in dieser. Mecklenburg und Vorpommern spielten auch deswegen immer eine Rolle für uns, weil sie für uns eine Einheit bildeten und wir uns in dieser Region ohne Grenzen verankert fühlten.

**Der Mecklenburger Aufbruch hat also auch im Norden beim Aufbruch geholfen?**

Der Titel passte gut zur Stimmung in dieser Zeit. Unglaublich, wie wach die Leute im Herbst 1989 waren und in was für einer Aufbruchstimmung. Doch diese Stimmung hielt nur bis zum Fall der Mauer unbegrenzt an. Danach schrumpfte die Zahl der Demonstranten.

Bei der Volkskammerwahl 1990 war die Messe gesungen. Die westlichen Parteien hatten die Aufmerksamkeit der Bürger auf sich gezogen. Sie bedienten Sehnsüchte, versprachen blühende Landschaften und präsentierten sich öffentlichkeitswirksam.

**Gebe es den MA noch, welches Thema läge Ihnen heute am Herzen?**

Die Agenda 2030, die die Weltgemeinschaft im Jahr 2015 verabredet hat und in der Armutsbekämpfung, Klimapolitik und nachhaltige Entwicklung eng miteinander verwoben sind. Die Agenda kann jedem eine Orientierung geben und einen vernünftigen Weg aufzeigen, wohin wir uns gesellschaftlich weiterentwickeln sollten, zum Wohle aller Menschen.

Den Kern der Agenda bildet ein Katalog von 17 Zielen. Wiediesich herunter brechen und vor Ort umsetzen lassen, ist ein besonders spannendes Thema für Jung und Alt.

Damit wären wir wieder beim Aufbruch. Wir befinden uns zurzeit erneut in einem gesellschaftlichen Aufbruch, auch wenn viele Menschen es vielleicht nicht sehen wollen.

Red.

+++ Wer ist denn nun das Volk? +++ Nur sagen, was ich denke +++

1991-043

1992-002

MECKLENBURGER  
AUFBRUCH

## Verlagsgeschichte

# Eine Stimme der neuen Freiheit

Die Entstehung des Mecklenburger Aufbruch (MA) beschreibt Regine Marquardt in einem Beitrag für das Flensburger Tageblatt am 16. 9. 2009. Wir zitieren ihn in Auszügen.

Wahnsinn! „Wahnsinn“ war das Wort des Jahres 1989. Die Welt hatte sich verändert. Nichts war mehr, wie es zuvor gewesen war. Doch das stimmt nicht ganz. Morgens, wenn wir zum Briefkasten gingen, fanden wir sie vor: unsere Tageszeitung, Revolution hin, Wende her. Die Leser blieben ihren Blättern treu. Als alles ins Wanken geriet, blieb das Blatt dasselbe. Buchstäblich dasselbe, zunächst zumindest. Von wirklicher Wende war den Zeitungen lange nicht viel anzumerken. Die Auseinandersetzung mit dem eigenen Tun wurde oft halbherzig oder gar nicht in Gang gesetzt. Es blieb den Kollegien überlassen, einen Neuanfang zu suchen, oder auch nicht. Der Markt sollte es richten, was er auch tat, allerdings anders als erwartet.

Liest man die Schlagzeilen aus jenem Jahr, wird die Absurdität deutlich, die in den Redaktionsstuben bis zu jenen Ereignissen des Herbst 1989 geherrscht haben muss. Natürlich waren die Journalisten alle im Bilde, was sich in der Welt tat. Schreiben wollten, konnten, durften sie nicht darüber. So erfuhren die DDR-Leser im Mai: Bei den Kommunalwahlen hatten die Bürger in gewohnter Mehrheit der Politik der SED und der Blockparteien zugestimmt. Wahlbetrug? Fehlanzeige. Im Juni das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking, das Fanal, das vielen im Ostblock deutlich machte, dass sie diesen Weg nicht mehr lange mitgehen konnten. Was stand in unseren Zeitungen darüber? Nur offizielle Verlautbarung.

Später wurde wie in jedem Sommer von der „Ernteschlacht“ berichtet. Ungarn? „Wir weinen ihnen keine Träne nach“. Im September wieder eine „machtvolle Manifestation des Friedenswillens des Volkes“. Gab es nicht längst andere Manifestationen? In der Zeitung lasen wir lange nichts darüber oder solches, was Manchem heute die Schamröte ins Gesicht treiben müsste. Von Rowdys war zu lesen und „Zugeführten“ wie Verhaftung im DDR-Deutsch hießen. Was mag in den Redaktionsstuben in jenen Wendewochen los gewesen sein? Gab es Selbstzweifel? Diskussionen über einen Neubeginn? Chefredakteure mussten gehen oder gingen von sich aus. Es wurden plötzlich viele Leserbriefe veröffentlicht, mehrheitlich die von braven Parteigängern. Neugründungen von Zeitungen waren bei den Bürgerrechtlern in der im Untergang begriffen in DDR an der Tagesordnung. Als ein Beispiel für das Schicksal einer solchen Gründung sei das eigene Produkt vorgestellt: Mit dem Datum des Silvestertages 1989 erschien der „Mecklenburger Aufbruch“ zum ersten Mal. Im Mai 1993 stellt er sein Erscheinen ein. Er

war ein typisches Wendeprodukt: viel Enthusiasmus und Naivität befeuerte die Macher. Ob wir in Kenntnis der Marktgesetze auch den Mut aufgebracht hätten? Wohl kaum, aber es waren eben wahnsinnige Zeiten.

Solche Fragen kamen uns gar nicht erst. Also: Ohne Marktanalyse, ohne finanzielles Polster, ohne professionelle Journalisten, ohne Erfahrung in Betriebsführung machten wir uns ans Werk. Erst gut zehn Jahre später waren die Schulden bei den Banken zurückgezahlt, aber: die Geschichte des „Mecklenburger Aufbruch“ ist trotz seines Scheiterns eine Erfolgsstory.

Die wichtigste Voraussetzung hierfür war der Wille zum Neuanfang. Die Revolution jener Tage war im schönsten Gange. Sie hatte den letzten Winkel der DDR erreicht, auch den Kreis Gadebusch. Im Carlower Pfarrhaus, einem Ort nahe der ehemaligen Grenze, entstand die erste überregionale Zeitung eines großen Herbstes. Beim Werden des Projekts „Mecklenburger Aufbruch“ spielte Kollege „Zufall“ eine wichtige Rolle. Die spätere Herausgeberin und Chefredakteurin, Regine Marquardt, war während Veranstaltungen des neuen Forums im Kreis Gadebusch aufgefallen. Sie wurde in die Programmkommission der Bürgerbewegung delegiert. Björn Engholm, damaliger Ministerpräsident Schleswig-Holstein, hatte in jenen Tagen Kontakt zu Vertretern des Neuen Forums in Mecklenburg gesucht. Zufällig kannte ein schleswig-holsteinischer Landtagsabgeordneter das Pastorenehepaar im Kreis Gadebusch. Zufällig durfte die M. vor der Maueröffnung zu einem runden Geburtstag einer Verwandten reisen. So kam es zu einem Treffen in der Kieler Staatskanzlei. Das Projekt, eine Zeitung zu drucken, wurde aufgegriffen und Kontakt zum Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag (sh: z) hergestellt. Der Verleger erklärte sich bereit, eine Zeitung (eine Ausgabe!) zu drucken. Bedingung: Kein Blatt für eine Partei oder Gruppierung. So verpflichtete sich die DDR-Bürgerin Marquardt zu persönlicher Haftung in Sachen Presserecht.

Sie sammelte Artikel. Ein Blick auf die Autorenliste ist aus vielerlei Gründen spannend. Mit einer Mappe voller Manuskripte kreuzte die Macherinnen in Rendsburg im Druckhaus der sh:z auf. Fotos hatte sie auch dabei, vornehmlich von Bäumen – in Ermangelung anderer Motive. So entstand später „die größte Baumschule“ Mecklenburg – Vorpommerns. Diese Bildsprache wurde beibehalten und Markenzeichen. Die Chefetage war versammelt und war hin- und hergerissen zwischen Respekt und Amüsement. Zugegeben, alles erinnert eher an eine Schülerzeitung denn an ein ernstgemeintes Zeitungsprojekt. Am 30. Dezember fuhr nachts ein LKW, beladen mit 80.000 Exemplaren, in Schlutup über die Grenze, was noch einmal ein kleines Abenteuer war. Der Zoll wollte die Einreise nicht gestatten. Nach lan-

gem Palaver und diversen Anrufen kamen zwei Zollbeamte und erbaten für sich persönlich zwei Exemplare. Die ersten Leser: zwei DDR Zöllner! Ein Lübecker Radfahrer war zufällig in dieser Nacht am Grenzübergang unterwegs und rief immer wieder: „Wahnsinn“! Bis zu

dieser Nacht sollte es bei dieser einen Ausgabe bleiben. Erst als der LKW über die holprigen Straßen rumpelte, entstand die Idee einer langfristigen Zeitungsgründung. Die Fracht wurde in der Garage des Pfarrhauses abgeladen. Jetzt musste das Blatt vertrieben werden. Das ge-

schah durch das Netzwerk von Bürgerbewegung und Kirche. Autos machten sich auf vereisten Straßen auf, so kam die Zeitung unter die Leute. Um das Blatt auf Dauer erscheinen zu lassen wurde eine Lizenz beantragt, eine GmbH gegründet.

## Erst die Zeitung, dann der Verlag

Eine Zeitung zu machen, ohne zu wissen, wer sie kauft und ohne Ahnung, wie sie zu vertreiben ist, das gibt es wohl nur in Zeiten, in denen alles zusammenbricht. So war das zu Beginn des Jahres 1990. Der „Mecklenburger Aufbruch“ war über den Jahreswechsel in Mecklenburg und Vorpommern von Wendebewegten an Wendebewegte und an Westbesucher verteilt und begeistert aufgenommen worden. Endlich eine richtige Zeitung neben und gegen die etablierten Parteiblätter. Weg von den hektografierten Druckerzeugnissen, die an vielen Stellen verteilt wurden.

Schön war das für die Macherin des Blattes. Aber wenn es weitergehen sollte, musste dafür eine Struktur gefunden werden. Wie also konnte das gehen in der noch existierenden, aber sich auflösenden DDR? Die Ämter arbeiteten zwar noch, aber die Runden Tische mischten sich ein. Waren Dienstvorschriften der alten Zeit noch gültig? Eigenverantwortliche Entscheidungen auf Ämtern zu erwarten, bis heute eine wenig aussichtsreiche Erwartung. Aber wie war das in den Zeiten der allgemeinen Verunsicherung?

Gründung eines Verlages? Keiner hat Ahnung. Ein Notar aus Bonn, Cousin von R. Marquardt, schlägt die Gründung einer GmbH vor und gibt Hinweise dazu. Was aber macht man in Schwerin damit? Staatliches Notariat? – „noch nie gemacht.“ Es wird eine Notarin des staatlichen Notariats gefunden, die schon im Dezember in einem westdeutschen Notariat gearbeitet, also einen GmbH-Vertrag schon mal gesehen hatte. Sie entwirft den Vertrag für die anfänglich drei Gesellschafter. Darf sie das eigentlich? Aber die Unterschriften werden gegeben, sie setzt das Siegel.

Kontoeröffnung. Wer macht denn so etwas für ein Unternehmen wie die Mecklenburger Verlag GmbH, die es eigentlich noch nicht geben dürfte? Ein Mitarbeiter der Raiffeisenbank eröffnet das Konto für die Verlag GmbH. Hat er noch nie gemacht. Ein paar Wochen später wird das Routine werden.

In der Zwischenzeit wurde ein Antrag beim Rat der Stadt Schwerin zur Zulassung des Verlags verhandelt. Ja, Ordnung muss sein, auch in Zeiten, wo es eigentlich keine mehr gibt und die neue noch nicht da ist. Einer der vielen Runden Tische verhandelt kurz darüber, beauftragt die Stadt das Nötige zu regeln. Wer ist die Stadt in jenen Tagen? Irgendjemand legt fest, Abteilung „Örtliche Versorgungswirtschaft“ sei dafür zuständig.

Nun sitzt man vor dem zuständigen Stadtrat, ausgestattet mit GmbH-Urkunde, Gesellschaftervertrag und Bankauszug. Was soll man da machen?

Der Mann sitzt zwischen allen Stühlen. Windet sich, warum er. Da erinnert sich seine langjährige Sekretärin, dass unten im Keller noch ein altes Buch der Stadt Schwerin liegt, ein Handelsregister, in das man die Betriebsgründungen Schwerins bis Mitte der fünfziger Jahre ordentlich registrierte. Es wurde geschlossen. Betriebsgründungen im Sozialismus gingen anders. Sie geht das Buch suchen, findet es und legt es dem Chef vor. Für einen geschichtlichen Augenblick wird das Register wieder eröffnet, die Mecklenburger Verlag GmbH unter dem 13. Februar 1990 mit der Nummer 1/1990 eingetragen, sofort wieder geschlossen und erneut in den Keller gebracht.

Spätere Unternehmungsgründungen müssen warten, bis die dann gegründeten Amtsgerichte tätig werden können.

Dann wird die Urkunde auf der typischen Erika-Schreibmaschine mit Durchschlägen erstellt. So ausgestattet, ringt man den zuständigen Stellen auch noch Räume für den Verlag ab. Im damaligen Haus der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft, dem heutigen Justizministerium, lösen sich gerade mehrere staatstragende Massenorganisationen der DDR auf. Räume sind frei geworden. In einem Seitenflügel findet der Mecklenburger Aufbruch für drei Jahre sein Domizil.

Alles ganz ordentlich in einer Zeit, in der sich die Ordnungen auflösten. Durchaus beispielhaft dafür, wie in diesen Zeiten typisch deutsch agiert wurde. Doch der Verlag war ein Grund dafür, dass es den Mecklenburger Aufbruch so lange geben konnte.

Holger Marquardt

Viele von uns arbeiteten lange Zeit unter Selbstausbeutung. Und so war nach gut drei Jahren das Ende unausweichlich. Und dennoch war das Projekt ein Erfolg! Wir arbeiteten frei von Zwängen! Ein Beitrag zur Entwicklung der sogenannten vierten Gewalt wollten wir leisten. Das haben wir getan. Von den rund 80 Neugründungen jener Monate ist heute kaum noch eine existent. Nur solche hatten eine Chance, die in größere Verlage eingebettet waren oder marktgängige Profile entwickelten, wie etwa „Superillu“. Es ist ein Trep-penwitz der Geschichte, dass Neu-

gründungen die Wende nicht überlebten, wohl aber sämtliche SED-Blätter. Im Frühjahr 1991 wurden die ehemaligen SED-Zeitungen durch die Treuhand zum Verkauf ausgeschrieben. Westdeutsche Großverlage fanden Gefallen an den Blättern mit ihren exorbitant hohen Auflagen. Die Zeitungen gingen im Stück samt Immobilien und Druckereien über den Ladentisch. Durch den Verkauf an Großkonzerne war echte Konkurrenz nicht möglich. Marktberingung hatte schon stattgefunden, ehe Markt entstand. Westdeutsche Medien mit bildungsbürgerlicher Leserschaft konnten kaum

Fußfassen, die Pflänzchen von Wende – Neugründungen hatten nicht den Hauch einer Chance. Das liegt nun 20 Jahre zurück. Der Prozess ist nicht abgeschlossen. Auf dem hiesigen Zeitungsmarkt ist viel in Bewegung gekommen. Inzwischen kooperieren die wenigen verbliebenen Blätter. Mantelblätter sind die Antwort auf die zurückgehenden Auflagen. Die Redaktionen sind klein geworden. Inwieweit bleibt Zeit für Recherche? Bleibt in den Blättern Raum für Aufklärung des Lesers über die Welt, in der er lebt. Nur Fragen von Romantikern oder Idealisten?

Regine Marquardt

## Verschiedenes

Der ehemalige MA-Redakteur Dieter W. Angrick erinnert sich

# Norddeutscher Leuchtturm lebte auf

Mehr als 36 Jahre lang war ich Monat für Monat in ein Haus der heutigen Landeshauptstadt gegangen – eine Villa, die Anfang 1900 das Hochzeitsgeschenk eines Rechtsanwalts für seine Braut gewesen sein soll: Graf-Schack-Allee 11. Dort befand sich die am 4. März 1946 gegründete Norddeutsche Zeitung (NdZ), das Blatt der Liberal-Demokratischen Partei (mit dem anspruchsvollen, aber Illusion gebliebenen späteren Zusatz „Deutschland“).

Innerhalb der Kulturredaktion dicht unterm Dach gab es seit dem 30. Oktober 1952 eine Wochenendbeilage mit dem Titel Norddeutscher Leuchtturm. Mit hoch- und niederdeutschen Beiträgen aus der kulturellen und literarischen Vergangenheit und Gegenwart Mecklenburgs erfreute sich diese Beilage bei den Lesern recht großer Beliebtheit. Es gab den Norddeutschen Leuchtturm so lange, bis der Herbst '89 die ostdeutsche Welt veränderte.

Bereits Ende jenes Jahres 1989 kam ein Angebot: Das Hamburger Abendblatt würde gern mit der Norddeutschen Zeitung zusammenarbeiten. Zwei norddeutsche Blätter – das könnte sich vertragen. So dachten wir jedenfalls blauäugig. Berater des Pressekonzerns Springer aus der Hansestadt, zu der damals das Abendblatt gehörte, kamen, machten uns in einem so genannten Crashkurs rasant mit der modernen, westdeutschen Zeitungsherstellung per Computer und Datenbank vertraut...

Das Ende kam abrupt. Plötzlich rechnete sich die Zeitung nicht mehr. Zählstab war nicht Infor-

mations- und Wissensvermittlung, sondern Kommerzialisierung mit Sucht nach Quote. „Wir danken Ihnen für Ihre Bereitschaft bis heute“, so begannen die Herren mit den langen Mänteln aus der Personalabteilung aus Hamburg vor versammelter Belegschaft in Schwerin. „Sie fertigen heute die letzte Ausgabe der NdZ.“ Datum: 31. August 1991. Die Worte trafen voller Wucht wie Keulenschläge, noch mehr aber diese Begründung: „Es ist die Psychologie unseres Hauses, denn hätten wir

und ihre angrenzenden Regionen gaben dem Leuchtturm sein unverwechselbares Gepräge und natürlich die Texte, die in der Sprache Mecklenburgs verfasst waren.“ So begann mit der Ausgabe vom 8. November 1991 im Aufbruch das ‚zweite Leben‘ des Leuchtturms. Jetzt zwar nur noch mit vier Seiten, aber weiterhin eine davon mit ausschließlich plattdeutschen Beiträgen. Die Zählung wurde mit der Nummer 2003 fortgesetzt. Nach dieser erschienen weitere 48 Ausgaben bis zum 19. Februar 1992. Insgesamt gab es also 2050 Norddeutsche Leuchttürme. Es war ein intensives, kreatives Schaffen in der Redaktion Mecklenburger Aufbruch, meist und gern mit Wolfram Pilz, dem Kulturredakteur. Wir saßen in kleinen Räumen innerhalb des damaligen Hauses der Freundschaft in der Schweriner Puschkins-

traße (heute Justizministerium). Ein leicht mulmiges Gefühl beschlich mich mit Beginn des Jahres 1993. Chefredakteurin Regine Marquardt deutete an, dass wir wohl eine kleine Pause einlegen würden, was sich auf die Herausgabe des Aufbruchs bezog.

Der Februar begann, Wolfram Pilz und ich redigierten die Beiträge unserer Seiten, aber um uns wurde es stiller. Als ich die Haustür abschloss – ich war der Letzte in dem großen Gebäude – wagte ich nicht daran zu denken, dass auf den Leuchtturm der Sensenmann ein zweites Mal wartete. Endgültig.

Doch im Rückblick: Es waren anderthalb produktive Jahre. Ich möchte sie nicht missen – und ich denke mit Freude an sie zurück.

Dieter W. Angrick



Ihnen schon vor einem Monat diese unerfreuliche Mitteilung gemacht, so wäre Ihre Motivation bereits vorher zu Ende gewesen.“

Im Mecklenburger Aufbruch vom 8. November 1991 hieß es: „Eine gute Nachricht für die Freunde zweier Zeitungen: Der Norddeutsche Leuchtturm hat ein neues Zuhause gefunden. Fortan wird er jede Woche im Aufbruch zu finden sein.“ Chefredakteurin Regine Marquardt erläuterte: Aus einer „recht kleinen und bescheidenen Rubrik“ – sie entstand 1949, drei Jahre nach Gründung der Norddeutschen Zeitung, und wurde bald zu einer großformatigen Beilage mit acht Seiten – „ein begehrtes Sammelobjekt. Hier fand man Texte zum Nachdenken und zum Schmunzeln. Die Heimat Mecklenburg

## Ich Urossi

Grüße eines alten Mitstreiters des MA

1953, dahin ich 16 Jahre alt. Meine Eltern, meinen Bruder, meine Verwandten und Freunde zurücklassend, flüchte ich aus politischen Gründen von Schwerin aus über Westberlin nach Westdeutschland. Hatte unbeabsichtigt Stalin beleidigt. Hatte zu seiner Trauerfeier in der angesagten Gedenkminute einen donnernden Furz gelassen, da hieß es abhauen. Im Westen bin ich dann nahezu immer freundlich und hilfreich aufgenommen worden. Nach meinem Studium voller Freude in der Steiermark, in Graz, habe ich ab 1975 als selbständiger Ingenieur mit einigen Mitarbeitern in dem kleinen Dorf Bäk südlich von Lübeck gearbeitet, direkt westlich

des Eisernen Vorhanges. Und dann, ab 1989 mit einem zweiten Büro nahe Dömitz an der Elbe, in Mecklenburg, wieder mit einigen Mitarbeitern, und nun? Ich hatte zu tun in Ost und West mit meinen Mitarbeitern, mit Bürgermeistern und Gemeinderäten als Auftraggeber, mit Genehmigungs- und Dienstaufsichtsbehörden, mit Autofahrern und Fußgängern, mit Wirtsleuten und Trinkbrüdern in ihren Gasthäusern und habe nicht einmal einen Unterschied verspürt zwischen Ost und West. Überall gab und gibt es solche und solche. Diese ewige Differenzierung zwischen Ost und West, für mich ganz unverstänlich. Ganz allgemein gibt es doch auch Unter-

schiede zwischen Nord und Süd und die gab es immer. Zum Schluss: Um 1955 habe ich auf einer Baustelle nahe Rosenheim als Handlanger gearbeitet und da hieß es nur: „Saupreiß Steine, Saupreiß Kalk, Servus Saupreiß“. Und? Ich habe diese Zeit in bester Erinnerung.

Allens Gaude, Grüß Gott, Servus Ossis und Wessis und Südis und Nordis, Saupreißens Ihr.

Der Urossi Dieter Haker, Bäk

Er schrieb im MA fröhliche plattdeutsche Texte zu vielen Themen. (Blättern Sie selbst unter [www.lbmvgu.de/ma-digital](http://www.lbmvgu.de/ma-digital))

## Die Menschen sind gleich geblieben

Ich bin froh, dass ich die wirtschaftliche und politische Implosion der DDR noch erleben konnte, den Fall der Mauer, die Einheit Deutschlands...

Enttäuscht bin ich darüber, dass die Idee vom „gemeinsamen Haus Europa“ so schmählich verraten worden ist. Für mich unerwartet sind heute die Zeichen einer gestrigesellschaftlichen Spaltung des Landes zwischen Ost und West, Folge einer 40-jährigen Spaltung des Landes Europas und Einbindung in verschiedene Wertesysteme. Ansonsten sind die Menschen sich gleich geblieben und agieren angepasst an die gesellschaftliche und ihre jeweilige persönliche Situation wie Turner in der Geschichte.

Den Gedanken an eine „bessere“ DDR (siehe Aufruf '89 „Für unser Land“) oder andere gesellschaftliche Utopien hatte ich nie!

Peter v. Hanstein  
Quedlinburg, 17. 4. 2019

Hans-Joachim Hacker erzählt

## Silvesterabend mit Erstausgabe

Im Gedenkjahr 2019 - 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution in der DDR - gehen die Gedanken zurück in die Zeit der Ungewissheit des Jahres 1989 und die Wochen im Herbst, als unser Mut wuchs und wir die politischen Zustände nicht mehr hinnehmen wollten. Mir fallen die Demonstrationen auf dem Alten Garten am 23. Oktober und an den folgenden Montagen ein. „Wir kommen wieder“ war der Ruf, der uns im Bestreben einte, dass es anders werden muss, in Staat und Gesellschaft der DDR. Die Jubiläumsausgabe vom Mecklenburger Aufbruch zum 30. Jahrestag, der „Stimme unabhängiger demokratischer Gruppen in Mecklenburg“, erinnert mich daran, wie ich hunderte Exemplare am späten Silvesterabend von Carlow bei Rehna nach Schwerin transportierte. Damals gehörte ich zu den Initiatoren der Gründung des SDP-Ortsverbandes Schwerin. Eines Tages (es muss der 28. oder 29. Dezember gewesen sein) erhielt ich einen Telefonanruf. Am anderen Ende der Leitung war Holger Marquardt, Pfarrer in Carlow. Mit seiner Frau Regine bewohnte er das Pfarrhaus im Ort. Seine Frage war: „Können Sie und die Schweriner SDP-Mitglieder mithelfen, den Mecklen-

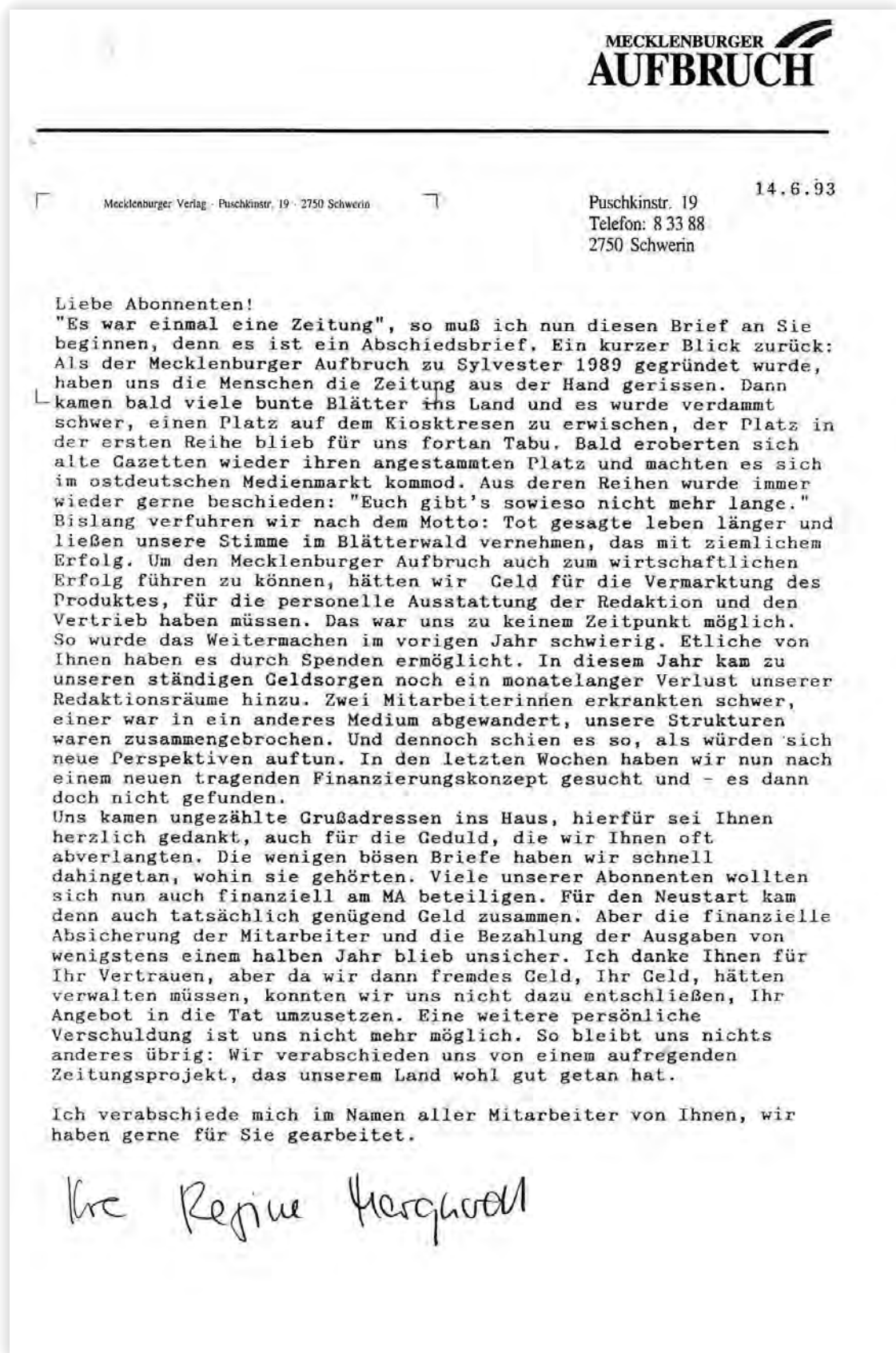
burger Aufbruch am Neujahrstag 1990 in Schwerin zu verteilen. Dazu müssten die Zeitungstapel aus Carlow abgeholt werden“. Ich musste nicht lange überlegen. Na klar, da sind wir dabei. Es war leichter Schneefall und glatt auf den Straßen, vor allem zwischen Rehna und Carlow. Dort traf ich am Silvesterabend im Pfarrhaus die Eheleute Marquardt und wir beluden meinen Wartburg. Eine außergewöhnliche Aktion an einem Silvesterabend – aber es war ja auch eine außergewöhnliche Zeit. Am Neujahrstag wurden dann die Zeitungsexemplare mit den Landesfarben Blau/Gelb/Rot vor dem Schweriner Hauptbahnhof und an anderen Orten der Stadt verteilt. Sie wurden uns von Schwerinern und unseren Besuchern aus Hamburg, Lübeck, Ratzeburg und anderen Städten der Bundesrepublik förmlich aus der Hand gerissen.

Der Leitartikel „Denk' ich an Deutschland...“ war nachdenklich und gab die Stimmung der damaligen Tage wieder. Und auch die Abschlussbotschaft passte dazu: „Denk' ich an Deutschland in der Nacht dann bin ich wach, hellwach. Ich wünsche uns eine gemeinsame Zukunft, die gut ist für die Welt, in der es sich zu leben lohnt.“

## Reaktionen

Falls Sie nach der Lektüre der Ausgabe den Wunsch verspüren, einen Kommentar abzugeben, haben wir ein Problem. Denn das Wesen der Sonderausgabe besteht darin, dass danach Schluss ist. Wer doch nicht an sich halten kann, hätte die Möglichkeit, bei der Stiftung Mecklenburg ein Email abzusetzen ([www.stiftung-mecklenburg.de](http://www.stiftung-mecklenburg.de)) Ob und in welcher Form es eine Antwort gibt, weiß die Zukunft besser, als die Gegenwart.

## Das Letzte



### Mecklenburger Aufbruch im Original nachschlagen

In manchen Beiträgen dieser Sonderausgabe wird auf Originalmaterial aus dem MA von vor 30 Jahren Bezug genommen oder auch direkt darauf verwiesen. Wer gern solche Artikel nachlesen möchte, ist eingeladen, die Zeitungsausgaben im Original zur Hand zu nehmen (zu finden in der Landesbibliothek Schwerin) oder Zeitungen online im digitalen PDF zu durchsuchen. Lassen Sie sich beim Stöbern hineinnehmen in dreieinhalb Jahre Wende- und Nachwendegeschehen, erleben Sie Sorgen und Nöte der Menschen, politische Debatten, Umbrüche, Abbrüche und Abrisse. Selbst Hoffnungen und Begleitung von zarten Pflänzchen der Ermutigung kamen nicht zu kurz. Blättern sie los unter: [www.lbm-gu.de/ma-digital](http://www.lbm-gu.de/ma-digital)

### Forschung lässt grüßen

Wer sich über den Mecklenburger Aufbruch und seine Stellung in der Presselandschaft ein Bild machen möchte, kann das online durch die Bachelorarbeit von Cathleen Diedrich von 2011 tun: (<https://docplayer.org/120054511-Bachelorarbeit-cathleen-diedrich-analyse-der-wende-medien-und-ihre-einordnung-in-das-gesamtdeutsche-system-am-beispiel-des-mecklenburger-aufbruch.html>).

### Danke

Diese Sonderausgabe ist in ehrenamtlicher Arbeit entstanden. Wir danken allen, die Texte schrieben oder Bilder beisteuerten, die Interviews gegeben haben und jenen, die in den alten MA-Archiven stöberten. Wir sind sehr gerührt über die Begeisterung derer, die mit uns aufgebrochen sind, diese Zeitungsausgabe zu planen, sie durchzuführen und bis zum Druck zu Ende zu bringen.

### Kurz erklärt

Bei den Sätzen am unteren Rand der Zeitungsseiten handelt es sich um originale Überschriften aus den drei Jahrgängen des Mecklenburger Aufbruchs (MA).

### MA digital

Wer diese 24-seitige Sonderausgabe des Mecklenburger Aufbruch online lesen oder seinen Bekanntheit als PDF weiterleiten möchte, kann sie ebenfalls bei der Landesbibliothek finden unter dem Link: [www.lbm-gu.de/ma-digital](http://www.lbm-gu.de/ma-digital) oder unter [www.svz.de/mecklenburgeraufbruch](http://www.svz.de/mecklenburgeraufbruch)

## MECKLENBURGER AUFBRUCH

### HERAUSGEBER

Dr. Ulrike Petschulat im Auftrag der Stiftung Mecklenburg, Schliemannstraße 2, 19055 Schwerin, Tel: 0385 77883820 [www.stiftung-mecklenburg.de](http://www.stiftung-mecklenburg.de) [info@stiftung-mecklenburg.de](mailto:info@stiftung-mecklenburg.de)

In Kooperation mit dem Landtag Mecklenburg Vorpommern, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin, Tel: 0385 5250 [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de) [poststelle@landtag-mv.de](mailto:poststelle@landtag-mv.de) und der Landeszentrale für Politische Bildung Jägerweg 2, 19053 Schwerin, Tel: 0385 58817950 [www.lpb-mv.de](http://www.lpb-mv.de) [poststelle@lpb.mv-regierung.de](mailto:poststelle@lpb.mv-regierung.de)

### ERSCHEINUNGSTAG

Anlässlich des 30. Jahrestages der Wiederkehr der Erstausgabe am 31. 12. 1989

### REDAKTION

Holger Marquardt  
Dr. Ulrike Petschulat  
Anke Prinzler

### REDAKTIONELLE MITARBEIT

Anja Böck,  
Journalistenbüro tastenfischer  
Buschstraße 1, 19053 Schwerin  
[www.tastenfischer.de](http://www.tastenfischer.de)

### SATZ

**medienhaus nord**  
Gutenbergstraße 1, 19061 Schwerin

### DRUCK

prima Rotationsdruck  
GmbH & Co. KG

Red.

## Ein leuchtender Sonnenstrahl am Pressehimmel

*Als Katholik blieb ihm in der DDR sein Wunsch-Studium verwehrt. Und auch sonst war es nicht leicht, in Mecklenburg religiös zu sein. Rainer Prachtl lernte also schon als Kind, gegen den Strom zu schwimmen. Mit der Wende trat der Neubrandenburger in die CDU ein. Mit großer Leidenschaft baute er die Landtagsverwaltung mit auf und war selbst von 1990 bis 1998 Landtagspräsident. Neben seinem politischen wird Rainer Prachtl bis heute auch wegen seines sozialen Engagements von vielen Landsleuten geschätzt. Während seiner Zeit als Landtagspräsident lag der Mecklenburger Aufbruch (MA) oft auf seinem Tisch. Wie hat er die Zeit in Erinnerung behalten?*

**Herr Prachtl, können Sie sich an den Augenblickerinnern, als Sie das erste Mal den Mecklenburger Aufbruch in den Händen hielten?** Ich kann noch heute das Gefühl abrufen – ein warmer Strom der Freude. Der Mecklenburger Aufbruch erschien wie ein leuchtender Sonnenstrahl am Pressehimmel. Endlich gab es etwas Unabhängiges.

Der MA war der Schrei der Opposition nach Pressefreiheit. Ein Bruch mit dem uns verordneten Lügenapparat. Dieses Blatt war für mich und andere ein Zeichen zum Aufbruch. Und wir sind gerne aufgebrochen.

**Welcher Gedanke kommt Ihnen bei der Idee, den MA noch einmal in Form einer Sonderausgabe aufleben zu lassen?**

Wir brauchen Erinnerungen, wir brauchen Geschichte. Unsere Geschichte sollten wir erzählen. Außerdem weckt diese Sonderausgabe bei mir Erinnerungen an Regine Marquardt.

**Welche Erinnerungen wären das?**

Regine Marquardt war eine ehrliche Ansprechpartnerin und zu alledem noch eine von mir geschätzte Sozialdemokratin. Sie gehörte zu jenen christlichen Menschen, für die es aus der DDR-Zeit für mich eine Verbundenheit gab, unabhängig von Parteizugehörigkeit. Menschen, die ein Nischendasein führten, Pfarrers-Kinder etwa, Leute, die an die Demokratie glaubten, sich in der Friedens- und Umwelt-

bewegung engagierten.

**Hatten Sie das Gefühl, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen sich durch den MA angesprochen fühlten?**

Der MA besaß diese besondere Chance, die Wirklichkeit der Ostdeutschen abzubilden, denn die Westdeutschen hatten eine andere Wirklichkeit und eine andere Sicht auf die Dinge. Wir DDR-Bürger kamen in Deutschland an, hatten Europa noch garnicht im Blick. Wir hätten darum im Osten eine gesonderte Berichterstattung gebraucht. Doch durch die westdeutschen Medien wurde uns zu schnell der westdeutsche Blick übergestülpt und damit unser eigener Lernprozess erschwert.

**Am 12. Juni 1991 erschien im MA ein Interview, das Regine Marquardt mit Ihnen geführt hatte. Hier schrieb sie: „In dieser Woche gab es ein denkwürdiges Datum: Der Landtag ist stasifrei. Haben wir in der Frage Klarheit erreicht, oder muss man mit weiteren Enthüllungen rechnen?“ Ihre Ant-**

**wort lautete: „Vollkommene Klarheit wird es in dieser Frage nicht geben, aber das mögliche Maß haben wir geschaffen. Das ist ein Stück unserer Geschichte.“ Wie denken Sie heute über dieses Kapitel?**

Der Aufarbeitungsprozess war richtig. Dennoch habe ich damals immer dafür plädiert, auf diese Menschen zuzugehen. Denn ohne Versöhnung und Erbarmen erfrieren sowohl Wahrheit als auch Recht. Solche Worte wollten die meisten aber gar nicht hören.

**Was möchten Sie Ihren Landsleuten heute gern mit auf den Weg geben?**

Mein Wunsch wäre es, dass wir uns wieder auf gemeinsame Werte besinnen. Egoismus und Narzissmus treiben zunehmend bizarre Blüten. Wir sollten uns einbringen für eine bessere Welt – egal ob in der Politik, Gewerkschaft, Arbeiterbewegung oder Kirche. Und wir sollten die jungen Leute nicht allein lassen in ihrem Streiten für eine bessere Umweltpolitik.